

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1 1/4 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Die Posener Zeitung eröffnet für die Monate Februar und März ein besonderes Abonnement. Der Abonnementspreis beträgt für Posen in der Expedition und bei den Kommanditen 1 Thlr. 5 Sgr., für auswärts inklusive Postporto 1 Thlr. 15 Sgr. Bestellungen von auswärts auf zweimonatliche Abonnements sind direkt an die Expedition zu richten.

Expedition der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 29. Januar. Se. Majestät der König haben Allernachst befohlen: Den technischen Generaldirektor der Gesteine, Freiherrn v. Malgahn, zum Vorsitzenden des oberen Schiedsgerichts zur Entscheidung von Streitigkeiten in Kien-Angelegenheiten zu ernennen; dem Regierungs- und Schulrath Dr. Dittl zu Danzig den Charakter als Geh. Regierungsrath; und dem praktischen Arzt, Hofrath Dr. Schmieder zu Biegnitz den Charakter als Geh. Sanitätsrath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Kiel, 30. Januar, Morgens. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist Sr. Maj. Brigg „Rover“ am 28. d. Mts. in Lissabon angekommen.

München, 30. Jan. Vormittag. Gutem Vernehmen nach wird in einer heute Abend stattfindenden, von hervorragenden Mitgliedern der partikularistischen Partei berufenen Versammlung, der Staatsrath v. Schrenk als Kandidat für das Zollparlament vorgeschlagen werden.

Stuttgart, 30. Jan. Nachm. Die Kammer der Standesherren trat in ihrer heutigen Sitzung dem Beschlusse der zweiten Kammer, betreffend die Abschaffung der körperlichen Züchtigung, einstimmig bei.

Stuttgart, 30. Januar, Abends. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über das Wehrgesetz fortgesetzt. Die Dauer der Präsenz wird auf zwei Jahre festgelegt, die längere Präsenzzeit der Kavallerie soll beim Dienst in der Landwehr in Abzug gebracht werden. Bei der darauf erfolgenden Schlussabstimmung wird das Gesetz mit 50 gegen 40 Stimmen angenommen.

Hamburg, 29. Januar, Abends. In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft ging ein Antrag des Senats ein, betreffend die Auflösung des Hamburger Bürgermilitärs. — Der Vertrag mit der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft, betreffend den Bau der Bahn Dönnabrück-Hamburg, sowie der Antrag, die Finanzdeputation zur Kontrahierung einer Anleihe von 9 1/2 Millionen Thalern für diesen Zweck zu ermächtigen, wurde definitiv genehmigt.

Hamburg, 30. Januar. Nach einem Wiener Telegramm der „Hamburger Nachrichten“ hätte Frankreich den der Konferenz günstig gefinnenden Mächten die Mittheilung gemacht, das Resultat der stattgehabten vorläufigen Verhandlungen berechtige zu der Hoffnung, daß ihre Mitwirkung die römische Frage in einer befriedigenden Weise abschließen werde.

London, 30. Januar, Nachmittags. Vom Kap Nassau (Guyana) wird gemeldet, daß die preussische Brigg „Beate“ von Jaelmel (Hayti) nach Falmouth unterwegs am 7. Dezember gescheitert ist. 1800 Sach Raffee sind gerettet.

Florenz, 30. Jan. Vormittags. Gerüchtweise verlautet, daß demnächst eine aus spanischen Freiwilligen bestehende Legion, welche unter der besondern Protektion der Königin Isabella steht, in Rom eintreffen werde; auch aus Nordamerika werden Freiwillige erwartet, welche in den Dienst des Papstes treten wollen.

Italienische Rente 49, 60. Napoleonsd'or 22, 90.

Kopenhagen, 30. Januar Nachmitt. Der Vertrag über den Verkauf der westindischen Inseln wurde heute in zweiter und letzter Lesung vom Landsting ohne Diskussion und einstimmig angenommen. Die Angelegenheit ist somit im Reichstage als erledigt zu betrachten.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 30. Januar. Die definitiven Verhandlungen mit den Spielbankgesellschaften sind, wie man erfährt, sofort nach der Ankunft des Regierungsraths Wohlers in Wiesbaden begonnen worden und werden mit der größten Energie fortgeführt, so daß man das Resultat derselben wohl schon in den nächsten Tagen erfahren wird. Für den Fall, daß auch dieser letzte Versuch, ein Uebereinkommen herbeizuführen, scheitern sollte, sind bereits jetzt die Einleitungen getroffen, die Angelegenheit sofort und noch in der gegenwärtigen Landtagssession auf legislativem Wege zur Erledigung zu bringen. Dasselbe Verfahren wird, falls die Unterhandlungen auch nur mit einer Gesellschaft nicht zum Abschluß führen sollte, sofort auch gegen diese allein zur Ausführung kommen.

In der „Danz. Ztg.“ ist die Klage angeregt worden, daß von Seiten der Festungsbauperwaltung in Ostpreußen nicht genug gethan werde, um Arbeitern Beschäftigung zu geben. Dem gegenüber dürften folgende aus amtlicher Quelle geschöpfte Daten am Platze sein. Die Festungsbauperwaltung hat bereits im Spätherbst vorigen Jahres angeordnet, daß während des Winters, wenn die Witterung es irgend zulasse, der Festungsbaubetrieb unausgesetzt in regem Gange zu halten sei und daß bis Ostern dieses Jahres Arbeiten in

bedeutendem Umfange ausgeführt werden sollen, wodurch in Königsberg etwa 835, in Pillau 75 und in Memel 210 Arbeiter Beschäftigung erhalten. Die Gesamtzahl der Arbeiter, etwa 1120 Mann also, übertrifft die in früheren Jahren zur Verwendung gelangte um 560. Außerdem sollen in Danzig demnächst die Erdarbeiten für das Fort bei Brösen in Angriff genommen werden, wodurch weitere 200—300 Arbeiter Beschäftigung erhalten.

Der Ministerpräsident gab gestern ein großes Diner, zu welchem außer den Mitgliedern der Kommission zur Ausarbeitung einer Civilprozeßordnung auch der General Karl Schurz geladen war. — Für die sogenannte geschlossene Zeit vor Ostern gehen bei den Konfessionen oftmals Gesuche zur Befestigung von Trauungen ein, für welche keine andere Gründe angeführt werden können, als daß man das Gesetz nicht gekannt und daher schon alle Einleitungen zur Hochzeit getroffen habe. Es ist nun daher von einigen Konfessionen den Geistlichen die Befestigung erteilt worden, einige Wochen vor Beginn der geschlossenen Zeit von der Kanzel herab das betreffende Gesetz zur Kenntniß zu bringen.

W.T.B. Berlin, 30. Januar. Stadtverordneten-Sitzung. Der Antrag auf Erhöhung der Mieths- und Haussteuer auf 8% resp. 3 1/2 pSt wird abgelehnt, die Verwendung der 400,000 Thlr. aus der Anleihe von 1866 zu den nothwendigen Ausgaben wird genehmigt, ebenso die Deckung des Defizits auf einen Zuschlag von höchstens 50 pSt. zur Einkommensteuer vom 1. April bis 31. Dezember d. J. (abzüglich der Bonifikation für die Mahl- und Schlachtsteuer) und Einführung einer Klassensteuer. Es wird ferner in die Beratung einer Anleihe getreten.

— Während dieser Tage bei der Beratung des Unterrichts-Etats in dem Hause der Abgeordneten, namentlich über die Konfessionsgehörigkeit der Realschulen u. s. w. gesprochen und eine Erklärung des Regierungs-Kommissars gegeben wurde, erscheint, wie der „K. Z.“ von hier geschrieben wird, jetzt erst eine bereits vom 19. November v. J. datirte Verfügung des Unterrichts-Ministers über den religiösen Charakter der höheren Unterrichtsanstalten, worin folgende „in dieser Beziehung maßgebende Grundsätze“ kundgegeben werden: Die über den Bereich der Elementarschule hinaus gehenden Lehranstalten sind zweifacher Art; sie haben 1) neben der Bestimmung, Kenntnisse und Fertigkeiten mitzutheilen, auch einen pädagogischen Zweck, oder sie sind 2) lediglich auf die Mittheilung von Kenntnissen und Fertigkeiten beschränkte Nachschulen. Zu der ersteren Art gehören die Gymnasien, die Real- und höheren Bürgerschulen; zu der zweiten die technischen Anstalten, Gewerbeschulen, polytechnische Schulen und dgl. m. Den Schulen erster Art ist zur Erreichung ihres pädagogischen Zweckes ein religiöser Charakter unentbehrlich. Die wichtigsten Erziehungsmittel sind von demselben abhängig und können nur wirksam werden, wenn die Lehrer einer solchen Anstalt nach dieser Seite hin den Schülern gegenüber im Wesentlichen eine Einheit bilden. Demgemäß sind die Gymnasien, Real- und höheren Bürgerschulen in den altpreussischen Provinzen alle entweder evangelisch oder katholisch, oder in einzelnen Fällen simultan, wobei dann über dem Unterschiede der beiden Konfessionen die Einheit doch in dem christlichen Charakter der Schule vorhanden ist. In den neu erworbenen Landestheilen finden sich auch zwei unlängst von mir anerkannte jüdische Realschulen, welche, entsprechend für ihren pädagogischen Zweck, die Grundlage in der jüdischen Religion haben. Von den hieraus erkennbaren, aus der Natur der Sache hervorgehenden Grundsätzen der Organisation höherer Schulen kann nicht abgegangen werden.

— Die Unterhandlungen zwischen Nordamerika und dem Norddeutschen Bunde wegen Regelung der Naturalisations-Frage mit Bezug auf die preussischen und norddeutschen Militärverhältnisse, welche der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner letzten Botschaft erwähnte, sollen durch Eröffnungen Seitens Amerikas bevorstehen oder schon eingeleitet sein. (K. Z.)

— Aus Mittheilungen, welche von dem Kriegsminister General v. Roon selbst hier eingegangen sind, ist der Schluß gestattet, daß sein Befinden den Verhältnissen nach ein günstiges und die Besserung seines Gesundheitszustandes im Fortschreiten ist.

— Die Zahl der Invaliden, mit Ausschluß derjenigen des Offizierstandes, welche der Fürsorge des Staates anheimfallen; beläuft sich nach den beiden Feldzügen von 1864 und 1866 auf etwa 9000. Nach Beendigung des letzten Krieges hat bei den verschiedenen Landesbehörden eine fortdauernde Berücksichtigung solcher noch erwerbsfähigen Militär-Invaliden stattgefunden, wodurch aus der früheren Zahl schon nahezu 2000 eine Versorgung erhalten haben. (Sp. Z.)

— Das Personal an Beamten und Unterbeamten des hiesigen Hofpostamts beläuft sich bereits auf 2400 Köpfe, ein Beweis für das riesige Wachsen des Geschäftsumfanges.

— Die Anleihe der russischen Boden-Kreditgesellschaft, welche so eben auf den Markt gebracht worden ist, bezweckt, Gelder zur Expropriation des polnischen Grundbesitzes in Litthauen, Wolhynien und Podolien zu beschaffen. Man will die Polen abfinden und den Russen, die sie erlegen sollen, die dazu erforderlichen Fonds vorstrecken. Unwahrscheinlich wie es ist, daß die Polen noch einmal Gelegenheit haben werden, diese Maßregel rückgängig zu machen, so ist die bloße Möglichkeit eines solchen Umschlages, der auf den Werth der Obligationen den größten Einfluß haben müßte, dennoch wichtig genug, um erwähnt zu werden. (Post.)

— Ein kürzlich in Oesterreich erschienenes Werk über den Krieg von 1866 bringt eine merkwürdige Thatsache an die Öffentlichkeit. Es heißt nämlich über Benedek in Bezug auf die Schlacht bei Königgrätz: Gegen seine bessere Ueberzeugung lieferte er die Schlacht bei Königgrätz; am 1. Juli in Dubenez rieth er zur Anbahnung

des Friedens und wollte die Armee über Königgrätz nach Olmütz führen; ein höherer Befehl oder Ueberredung seiner Umgebung bewog ihn aber zur Annahme der Hauptschlacht.

Danzig, 30. Januar. Mit dem Bau der Festungswerke auf der Saspe soll so bald als möglich vorgegangen werden, weshalb mit den Besitzern des dortigen Landes wegen Ankaufs von ca. 27 Morgen, auf welchen die Festungswerke errichtet werden sollen, Unterhandlungen angeknüpft sind. Ebenso sollen beim Brösener Wäldchen neue Strandbatterien errichtet werden. Für Neufahrwasser ist die Anlegung dieser Werke in so weit von großem Interesse, als nach Vollendung derselben die bisherigen Rayongesetze, unter welchen Neufahrwasser bis jetzt schwer zu leiden hatte, aufgehoben werden sollen.

Oppeln, 29. Januar. Die Eisprengungsarbeiten bei Döbern und Golschütz, welche gestern wieder aufgenommen worden, sind heute fortgesetzt und außerdem aus den nächsten Gemeinden 400 Leute aufgeboten worden, um in der Mitte des Strombettes einen Kanal durch das Eis zu hauen und dadurch der Eisverfegung bei eintretendem Steigen des Wassers leichtern Fortgang zu schaffen. Wir haben heute starken Schneefall gehabt. Das Wasser ist im Ganzen, namentlich unterhalb der Eisverfegung, stark gefallen. (Schl. Ztg.)

Bereinsthätigkeit für Ostpreußen.

— [Zur Thätigkeit des Johanniter-Ordens für Ostpreußen.] Nach Rhein — wo nach den neuesten Nachrichten die Krankheit im Steigen begriffen, und der dort anssitzige, so wie ein von Königsberg hingeschickter Arzt schwer krank darniederliegen — ist vom Orden am 25. d. ein Arzt aus Berlin abgesandt worden, auch sind wollene Decken, eiserne Dosen und Wein dahin abgegangen. Mit der Fürsorge für die Kranken in Bischofsstein ist Seitens des Kommandators Grafen zu Dohna der Ehrenritter v. Sydow-Beisleden beauftragt worden, und hat derselbe die dazu nöthigen Gelder aus der Ordenskasse erhalten. — Dem Kreislazarethe in Stallupönen sind, auf direkte Bitte des Vorstehenden des kreisständischen Ausschusses zur Abhilfe des Nothstandes, Landraths Niemer, auf Kosten des Ordens beschaffte Lazareth-Gegenstände, als Bettstellen, Matrasen, wollene Decken, Wäsche u. s. w. zugegangen. — Vom preussischen Volksverein sind in Folge des Aufrufs des Durchlauchtigsten Herrenmeisters 79 Stück neue Matrasen und Kissen, ein Sach mit Gummikissen, vier Stücke Leder- und vier Stücke Gummimatten für Unterlagen als Geschenk dem Ordens-Krankenhaus in Bartenstein frachtfrei übersandt worden. Diese Sachen werden dort um so willkommener sein, als die Zahl der Kranken dieser Stadt leider noch immer im Zunehmen ist. — Im Ordens-Krankenhaus zu Preußisch-Holland erhalten täglich 40 Kinder, welche die dortige Armenschule besuchen, Mittagessen, da die in der Stadt, wenn schon in größerem Maßstabe, eingerichtete Suppenanstalt bei der vorhandenen Noth nicht ausreicht.

Hannover, 28. Jan. Ein Koncert des Männer-Gesangsvereins im Odeon zum Besten der Nothleidenden in Ostpreußen, hat einen Ertrag von 550 Thlr. ergeben.

Frankfurt a. M., 28. Januar. Der hiesige Hilfsverein für Ostpreußen hat bis jetzt den Gesamtbetrag von 17,695 fl. 12 Kr. erzielt. Davon sind dem Hilfsverein und dem Vaterländischen Frauenverein in Berlin in vier Raten zusammen bereits 10,000 Thlr. zugegangen.

Mainz, 27. Jan. Die hiesigen Sammlungen für Ostpreußen überschreiten jetzt (ausschließlich der Naturalgaben) bereits 5000 fl.

Hofgeismar (Hessen), 28. Januar. In unserer Stadt sind durch Hausammlung und ein Konzert bis jetzt 308 Thlr. für Ostpreußen einkommen, wozu die militärischen Kreise etwa ein Drittel beitrugen. Die Sammlungen in den Schulen dauern fort.

München, 28. Jan. Von hier gingen dieser Tage 4700 fl. an die Nothleidenden in Ostpreußen ab.

Stuttgart, 27. Jan. Von hier sind bis jetzt über 12,000 fl. an das Komité nach Berlin abgegangen.

Reiße, 25. Januar. Für die Nothleidenden in Ostpreußen hatten die hiesigen 4 Gefangenen und 4 Militär-Musikkapellen sich zu einem Konzert vereinigt, welches gestern Abend im Theater stattfand. Die Einnahme betrug 326 Thlr. Die Sammlungen des Frauenvereins haben bereits über 300 Thaler eingebracht, und beim Magistral sind ebenfalls über 300 Thlr. einkommen. Eine Sammlung der Lehrer und Schüler der Realschule hat 100 Thlr. ergeben.

Oesterreich.

Aus Oesterreichisch-Schlesien, 24. Januar. Wie verlautet, sollen mehrere Infanterieregimenter, darunter auch zwei aus Prag, und Jägerbataillone, darunter auch das gegenwärtig in Troppau stationirte 18., mit erhöhtem Mannschaffsstande Marchbefehl nach Galizien erhalten haben; man will darin nicht die Symptome besonders freundlicher Beziehungen zwischen Oesterreich und Rußland erblicken.

Aus Galizien, 25. Januar. Das bekannte panslawistisch-russische Journal „Moskowskija Wiedomosti“ bringt in seiner heutigen Nummer über den Stand der europäischen Politik und der orientalischen Frage einen bemerkenswerthen Artikel, dem ich folgende Stellen entnehme:

Nicht Rußland ist es, welches jene beunruhigenden Verhältnisse in der Türkei aufrecht erhält, nicht Rußland ist es, welches a tout prix jenes barbarische Reich erhalten will, in welchem eine Horde von höchstens einer Million Moslems ohne jede nationale und bürgerliche Entwicklung eine zahlreiche christliche Bevölkerung beherrscht; nicht Rußland ist es endlich, welches jene unglückliche Bevölkerung zur Verzweiflung treibt. Wenn nun die Christen des Orients ihre Blicke nach Rußland richten und ihre Hoffnungen nur auf dasselbe setzen, wäre es alsdann nicht weiser: statt uns zu beschuldigen, sich mit uns zu einer gemeinschaftlichen That der Gerechtigkeit und der Befreiung zu verbinden? Auch wenn statt der historischen Sympathie, welche Rußland mit der Bevöl-

ferung des Ostens verbindet, jenes dem letztern ganz fremd wäre, auch dann würde die Politik der Bestmächte es dazu bringen, daß Rußland dem Orient als Erklärer erscheine! Kann denn Rußland diesen Völkern sein Mitgefühl verweigern? Wäre es natürlich, wenn ein mächtiges Reich Nationen von sich stoßen würde, die Schutz und Hilfe bei ihm suchen? Wemohlg Rußland keine Ursache hat, das türkische Reich zu halten, so hat es auch keine egoistische Ursache, den Fall desselben zu wünschen. Mögen die Regierungen, welche so eifrig für die Integrität des türkischen Reiches plaidieren, zuerst dafür Sorge tragen, daß die Türkei in einen solchen Stand gesetzt werde, damit es auch ohne Verletzung der gesunden Vernunft möglich, die Erhaltung der türkischen Herrschaft zu unterstützen; erst dann möge die Integrität der Türkei als Garantie für die Erhaltung des europäischen Friedens gefördert werden. Rußland kann, ohne sich selbst aufzugeben, auf seine Stellung in der orientalischen Frage unmöglich verzichten, es kann unmöglich das Vertrauen der unterdrückten leidenden Völker täuschen, denen Europa alles Recht zu leben bestreiten will! Andererseits aber gebietet das eigene Interesse Rußlands sowie das Interesse jener Völker, mit der Beschleunigung der Ereignisse nicht zu eilen. Die Feinde Rußlands werden überall Mißtrauen gegen die russische Politik, welche die bestehenden Verwicklungen in Europa zu einem Ausbruch im Orient benutzen will. Aber der Vortheil der russischen Politik beruht gerade in einer weissen Zurückhaltung, wie sie die gegenwärtige Unbestimmtheit der europäischen Verhältnisse mit sich bringt. Rußland, welches den Geist, der unter den Nationen des Orients sich regt, nicht unterdrücken, ihre gerechten Bestrebungen nicht hindern und ihre Hoffnung auf eine endliche Erlösung nicht vernichten will, sucht sie zugleich zu beruhigen und von jedem einzelnen, nicht gemeinschaftlichen Handeln abzuhalten.

Frankreich.

Paris, 28. Januar. Die „France“ meldet: „Der Kaiser hat auf den Vorschlag des Kriegsministers entschieden, daß in den 100 Linien-Regimentern die Grenadier- und Voltigeur-Kompagnien abgeschafft werden sollen. Es soll fernerhin nur noch Soldaten erster und zweiter Klasse geben.“

Schweiz.

Zürich, 26. Jan. Unter vorstehendem Datum geht uns die folgende lithographirte Mittheilung über den Abzug der hannoverschen Legion nach Frankreich zu:

Befanntlich traf in der Mitte des Sommers vorigen Jahres hier eine Anzahl hannoverscher Flüchtlinge ein, welche, von Holland ausgewiesen, hier ein sicheres Asyl suchten. Sie wurden in Abtheilungen von je 20 Mann, mit einem Unteroffizier als Kommandanten an der Spitze, von einer Kommission, bestehend aus ehemaligen Offizieren, an deren Spitze wiederum ein Hauptmann v. Hartwig, mit 2 Fr. 50 Ct., oder im Falle sie arbeiteten, mit 1 Fr. 50 Ct. täglich unterstützt. Täglich kamen neue Zugänge an, unter denen es Viele gab, welche in der Heimath direkt oder indirekt zur Noth aufgefodert, auch wohl mit Geld dazu unterstützt worden waren. Auf jeden Fall wurde ihnen hier in Zürich das Reisegeld erstattet, gewöhnlich mit 40 Fr., oft mit mehr, sogar bis zu 90 Fr. — Zur Cholerazeit flüchtete sich die Kommission nach Luzern, so wie auch sämtliche Leute von Zürich fortgezogen wurden, damit ja Niemand verloren ginge. Als die Gefahr vorüber, schlug die Kommission ihr Hauptquartier im Hotel Baur am See auf und zählte immer zwischen 12 und 16 Personen. Die Mannschaft, die bedeutend an Zahl zunahm, war ziemlich über die ganze Schweiz vertheilt.

In der letzten Zeit, namentlich in den letzten 14 Tagen kamen täglich im Durchschnitt 20 Mann an. Der gesammten Mannschaft wurde angeordnet, Niemand solle mehr arbeiten. Der Hauptmann v. Hartwig erklärte sogar einem jungen Manne, welcher von Glarus herher kam und ihn um einen Geldvorschuss für Arbeitskleider bat, da er schon seit 9 Monaten nicht mehr gearbeitet hätte, er brauche auch nicht zu arbeiten, es sei Etwas im Werte, die Zeit sei noch nie so günstig gewesen wie jetzt.

Das Haus zum Wellenberg in der Brunnengasse glich einer Kaserne, es wohnten 84 Mann darin. Ueber die ganze Schweiz waren mehr als 500 Mann vertheilt. Nachmittags 4 Uhr versammelten sich die Leute, welche noch nicht gedient hatten, in einem der großen Säle, um Unterricht in der militärischen Theorie zu nehmen. Von Unteroffizieren hörte man in der letzten Zeit bei dieser Gelegenheit dann und wann die Aeußerung, die gute Zeit der Rekruten

habe aufgehört, es gebe bald mehr Dienst. — Am 23. d. M. erhielten einige Abtheilungen von ihren Kommandanten Befehl, sich am andern Tage zur Abreise bereit zu halten, freilich nur, um nach Rheineck, Glarus, Aarau u. s. w. verlegt zu werden. Einige Leute baten den Hauptmann, hier bleiben zu dürfen, wo sie leichter Beschäftigung fänden; dieser aber erklärte ihnen, ihr Wünschen und Hoffen hätte jetzt ein Ende, sie hätten keinen Willen, sie wären Soldaten und hätten sich dem Befehle zu fügen. Dies war am Vormittag des 23. d. M. Mittags reisten sämtliche Kommissions-Mitglieder (16 Personen) ab. Unteroffiziere, welche in die Sache eingeweiht waren, erzählten im Vertrauen, die Leute würden alle nach Frankreich spedit; einige machten wohl einen kleinen Umweg, damit es nicht sehr auffiele, doch ginge Alles einem Ziele zu.

Und in der That ist Keiner nach Rheineck oder Glarus u. s. w. gekommen, sondern Alle sind an und über die französische Grenze (meistens über Basel) gebracht. Nur Einigen, welche landeskundig waren, gelang es, an der Grenze zu entweichen; die Meisten aber kennen die Gegend nicht, wissen also auch nicht, was mit ihnen vorgeht. Viele haben sogar das feste Vertrauen auf ihren König, daß er sie durch ihre Führer doch wieder in ihre Heimath, wenn auch auf Umwegen, zurückbringen läßt. Zu bemerken ist noch, daß Einige darunter sind, welche fanatisch drohen, jeden zu erstechen, welcher versuchen würde zu entfliehen. — Kein Verständiger kann zweifeln, daß die Leute in Frankreich gegen Deutschland in der einen oder andern Art gemißbraucht werden sollen. Und wem viele dabei nicht jenes schändliche Geschäft ein, welches etwa vor 90 Jahren von deutschen Fürsten mit ihren Unterthanen betrieben wurde? Zweck dieser Zeilen ist, daß dieser unverächtliche Menschenhandel so viel wie möglich der Öffentlichkeit bekannt und vielleicht, da noch nicht alle Leute aus der Schweiz fort sind, dem Einen oder Andern ein Wink zur Rettung gegeben werde.“ (Nat.-Ztg.)

Rußland und Polen.

Warschau, 28. Januar. Seit vorgestern trägt man sich in Pulkum mit Gerüchten gar rosenfarbener Art in verschiedenen Versionen. Die am meisten verbreitete Version ist die von der Rückkehr des Großfürsten Konstantin als Statthalter hierher, und wird ihm sogar der vielgenannte Graf Andreas Jamski zum Minister beigegeben. Einsichtige Personen, obgleich sie überzeugt sind, daß die polnischen Angelegenheiten nicht so bleiben können wie sie jetzt sind, glauben dennoch nicht an eine solche Wendung der Dinge wie sie die erwähnten Gerüchte angeben. Auch ich theile die Gerüchte nur mit, weil sie eben vorhanden und stark verbreitet sind, ohne an sie zu glauben. Andererseits ist es zu konstatiren, daß man an höchster Stelle in Petersburg bereits zur Einsicht gekommen ist, von der Unhaltbarkeit des seit 2 bis 3 Jahren hier herrschenden Systems, und daß man dort die schädlichen Folgen der sogenannten Reforme bereits kennt. Die Verwirrung aller Verwaltungsverhältnisse, in denen die Behörden sich gar nicht mehr zurecht finden können, und hauptsächlich der Umstand, daß die in den letzten zwei Jahren mehr als dreifach gegen früher erhöhten Steuern, die großen Ausgaben der jetzigen Verwaltung zu decken nicht im Stande sind, und daß demnach das Budget des Kaiserreichs, mit dem das des Königreichs jetzt vereinigt ist, erheblich zu leiden hat — alles dieses hat in Petersburg die Untauglichkeit der jetzigen Verwaltung des Königreichs und ihrer Organe klar gemacht. Eine Folge hiervon ist, daß die angeordnet gewesene definitive Aufhebung der polnischen Centralbehörden, in so fern sie in die Ressorts der Ministerien zu Petersburg bis jetzt noch nicht übergegangen sind, nunmehr wieder verschoben ist, mit der ausdrücklichen Motivirung, daß bei der ohnehin schon angerichteten Verwirrung ein vorläufiges Einhalten in den Umgestaltungen notwendig geboten sei. — Eine Bekanntmachung des Oberpolizeimeisters verbietet, auf Anregung der Militärbehörde, in den Schankwirtschaften an Soldaten Branntwein zu verabreichen. Nur wenn ein Soldat von seinem Offizier eine schriftliche Erlaubniß hat, darf man ihm

Branntwein verkaufen; für jeden noch so kleinen Verkauf ohne solche Erlaubniß hat der Schankwirth eine Geldstrafe von 25—200 Rubel zu entrichten. (D. Z.)

Vom Landtage.

39. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Die Sitzung wurde um 10 Uhr durch den Präsidenten eröffnet. Haus und Tribüne sind schwach besetzt, ersteres namentlich auf der Rechten; am Ministerisch die Kommissarien Moelle, Geim und Burghard. Der Gesetzentwurf über die Behandlung der auf den neuen Provinzen lastenden Staatsschulden, welcher im Herrenhause eine Aenderung erfahren, geht an die Finanzkommission. Ebenso ist der Entwurf pct. Staatsschuld der Herzogthümer geändert; auch dieser geht an die Finanzkommission. Auf der Tagesordnung steht wiederum die Fortsetzung derjenigen der letzten Sitzung mit Hinzunahme des Stats der Hohenzollernschen Lande und des Kommissionsberichts über den Entwurf pct. Erweiterung der Binsgarantie für das Anlagekapital der Bahn von Trier nach Saal.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Es folgt zunächst die Fortsetzung der Berathung des Stats der indirekten Steuern und zwar des zu diesem Stat gestellten Entwurges Vinde-Minden betreffend die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer.

Abgeordneter Gumbrecht erkennt an, daß diese Frage bisher schon genügend besprochen sei. Die Schädlichkeit der Steuer sei, wie außer Zweifel, er sei überhaupt prinzipieller Gegner der indirekten Steuern, und wünsche, daß die in Rede stehende sobald als möglich beseitigt werde. Die Städte müssen durch ein Gesetz gezwungen werden, die Mahl- und Schlachtsteuer fallen zu lassen und einen Ersatz für dieselbe zu suchen. Die Stellung werde immer schwieriger, je länger man zögere.

Abg. Löwe: Er erkenne die Schwierigkeit eines Ersatzes für die Mahl- und Schlachtsteuer an. Da die Regierung aber seit Jahrzehnten die Schädlichkeit der Steuer anerkannt und gleichwohl dieselbe in den neuen Provinzen eingeführt habe, sei er für die sofortige Beseitigung, da die Regierung eine andere Stellung zu dieser Frage eingenommen zu haben scheint. (Der Finanzminister ist erschienen.) Die städtischen Behörden verschulden nicht so viel als die Regierung, erheben sie nicht in der Lage, die Initiative zu ergreifen, bei ihnen erkläre er sich, daß sie nicht ohne Weiteres geneigt seien, der Stadt eine neue direkte Steuer aufzuerlegen. Die Mahl- und Schlachtsteuer sei eine der kostspieligsten, was die Erhebung anlange. Sie werde erhöht dadurch, daß sie von den Gewerbetreibenden im Voraus erhoben werde, welche dann die ihnen entgehenden Zinsen wieder auf die Steuer schlagen. Ein weiteres erhebliches Moment für die Beseitigung der Steuer sei das städtische, man führe die Bevölkerung in Versuchung, mit den Gesezen in Konflikt zu gerathen. Endlich müsse man berücksichtigen, daß bei der Vertheuerung der Nahrungsmittel das Volk nach den billigeren Surrogaten greife. Man greife zu den billigeren Kartoffeln und Gemüsen, es trete eine Blutvergiftung ein in Folge der schlechten Nahrung, der Typhus sei schließlich die Folge, vor welchem auch diejenigen sich nicht schützen können, welchen die guten vertheuerten Nahrungsmittel zugänglich seien. (Bravo.)

Der Regierungs-Kommissar Burghard: Die Ansichten seien getheilt über die Ausführbarkeit einer Aenderung; die Regierung sei einer Aenderung nicht entgegen. Man müsse sich aber die Schwierigkeiten nicht vergehen, welche die Einführung der direkten Klassensteuer mit sich bringe. In Berlin sei es namentlich schwierig, eine Klassensteuer richtig zu veranlagern. Es sei nöthig, daß ein Nachbar über den andern Aufschluß geben könne, was seine Leistungsfähigkeit betreffe, dies sei hier kaum möglich. Die Regierung komme bereitwillig den Gemeinden entgegen, welche die Steuer zu beseitigen wollen, aber ein Zwang sei nicht am Plage. Halten wir uns an Berlin. Die Lösung der jetzigen Finanzfrage werde nicht gefördert auf dem vom Abgeordneten Grumbrecht vorgeschlagenen Wege. Das wissenschaftliche Urtheil über die Kommunalbesteuerung sei noch nicht gefallt. Nach Lage der Sache könne die Regierung nicht davon ausgehen, daß die Beschlüsse der Kommunalbehörden durch das Interesse dictirt seien.

Abg. Birchow: Freiheit für die Kommunen wolle auch er. Die Schlacht- und Mahlsteuer sei aber in ungerechter Weise vertheilt, wie sich aus Zahlen nachweisen lasse. (Auf der Herrenhaustribüne entsteht ein unerträglicher Lärm.) Die Konsumtionssteuer sei in Berlin in einer fortwährenden Abnahme begriffen, die Mortalität in steter Zunahme. Redner weist dies näher nach. Die Abnahme der Konsumtionssteuer ergebe sich aus dem Stat. Die Abnahme der Mahl- und Schlachtsteuer betrage in Berlin für das Jahr 1866 gegen das Jahr 1865 5 Prozent. Der Finanzminister müsse eine mehr positive Stellung zu der Frage einnehmen, wie es sein Vorgänger gethan. Mit der Redensart, die ersten Schwierigkeiten seien zu groß, komme man nicht weiter. Man müsse an die Stelle eine Steuer setzen, welche die höheren Klassen stärker beizähle. Mit entschlossenem Willen müsse das Ministerium über die Schwierigkeiten hinwegkommen, das habe es noch kürzlich gezeigt, als es die Verhältnisse in großem Stile geordnet habe. Ueber das Urtheil des Landes könne man doch nicht in Zweifel sein, die Landesvertretung habe sich wiederholt ausgesprochen. Bestände die Steuer in Berlin nicht, so würde man vergebens versuchen, dieselbe einzuführen; die Regierung müsse einen objektiven Standpunkt einnehmen.

Der Finanzminister erklärt, aus finanziellen Gründen einer Aenderung nicht entgegen sein zu können; die Klassensteuer würde noch ein Plus ergeben.

Paganini's Schicksale nach seinem Tode.

Paganini, der wunderthätige Magus der Geige, ist ein Typus in der Geschichte der Tonkunst. Wer einmal das Glück hatte, den Einzigen zu hören, wird nie und nimmer den wahrhaft magischen Eindruck seines Spiels vergessen, in der Erinnerung noch staunen über den unerklärlichen Zauber, den er übte. Das Geheimnißvolle, das Paganini selbst um seine Person, sein ganzes Wesen wob, sein bis zum Kleinsten excentrisches, in socialer Beziehung abnormes Thun und Treiben, seine dämonische Goldgier, seine bis zur höchsten Knauferei gesteigerte Sparsamkeit, und selbst seine persönliche Erscheinung, diese hohe schwarze Stirn, wie der Medusa Haupt von Schlangen, von schwarzen, orientalsch glänzenden langen Haaren umhüllt, die tief liegenden schwarzen, stehenden Faltenaugen, die scharfe Adlernase, der feine Mund mit den dünnen Lippen, das edlige Kinn, die olivengelbe Gesichtsfarbe, die hervorstehenden Backenknochen, auf denen, ließ er sich hinreißend von dem Dämon seiner Kunst, die klaren Schwindeltrüben blühen; dieses Alles gab seinem unvergleichlichen Spiele eine eigenthümliche Folie, hob den Zauber, mit dem er alle seine Zuhörer umstrickte, fesselte, bald zu Thränen rührte, bald zu unheimlicher Lust hinriß. Wen ergriß nicht ein unheimliches Gefühl bei dem wahrhaft dämonischen Lächeln, das seinen Mund umspielte, allen seinen Gesichtsmuskeln ein unbeschreibliches Leben verlieh, nahm er mit kaltem Hohne, so hat es mir wenigstens stets erschienen, die oft bis zum Delirium gesteigerte Ovation der wirklich bezauberten Menge hin? „Wen durchrieselte nicht ein unwillkürliches Schauern, traf ihn der Blitz seines gespensterhaften Blickes, der wie Wetterleuchten unter dem Haarschleier durchzuckte, welcher ihm im Feuer seines Spiels über das Gesicht fiel? Wen beschlich nicht das Gefühl des Mitleidens, wenn er, nach Beendigung eines Konzertstückes, seine unbeholfene Verbeugung machte, und ganz erschöpft auf seinem Stuhl gleichsam zusammenbrach? Für mich war Paganini der fleischgewordene Dämon der geheimnißvollen Allgewalt der Tonkunst, unter deren Banne aller Sterblichen Seelenleben steht. Denn entzückte er nicht beglückend, beseelend, riß er nicht hin zu der höchsten Ergriffe der Begeisterung, deren die noch an die Materie gefesselte Seele fähig ist, fesselte er nicht zur reinsten Harmonie ihre gestörten Akkorde und lichtete er nicht die düstersten Wolken, welche sie zuweilen umfängen, durch die Wunderkraft seines Geigenspiels? Neben Paganini kenne ich nur einen Tonkünstler, der in derselben Ueberschwänglichkeit die Weihe der Kunst empfangen hat, welcher, so wie Paganini die Geige

zu einem neuen Instrumente umgestaltete, aus dem Fortepiano ein ganz neues Instrument schuf, Franz Liszt, aber als Virtuose mit sich selbst nie zufrieden, da sein Instrument, leistete er auf demselben das bis zu seinem Erscheinen Unmögliche, ihm nicht ausreichte, dem inneren Drange seiner Phantasie, seinem Gefühlsleben, den vollen Ausdruck zu verleihen.

Bei einer Fahrt nach Hannover hatte ich in meinem Coupé nur einen Reisegefährten, an dessen Accent des Französischen, in dem wir unsere Bekanntschaft anknüpften, ich bald den Sohn Italiens erkannte. Ich hatte mich nicht getäuscht. Genova la Superba, Paganini's Vaterstadt nannte er auch seine Wiege. Er war überglücklich, daß ich seine Muttersprache redete, und bald kam, ich weiß selbst nicht wie, unser Gespräch auf den maestro incomparabile e divino, den er persönlich gekannt hatte. Mit dem ganzen Enthusiasmus eines Italieners schwärmte er für seinen Landsmann. Da er mich nicht minder begeistert für Paganini fand, war er unerschöpflich in den interessantesten Charakterzügen des Unvergleichlichen und erzählte mir, unter der Versicherung, daß es reine Wahrheit, Folgendes, das ich meinem Leser in der schönen Sprache des Arno wieder geben mußte, sollte es die lebendige Färbung, mit welcher der Erzähler es vortrug, behalten. Ich versuche, die Erzählung mitzutheilen, wie sie in meiner Reisemappe aufgezeichnet, da ich überzeugt bin, daß sie für Manche noch neu, jedenfalls nicht unanziehend ist.

Des Conte di Cessole Palast in Nizza, so erzählte er, sollte das Glück, den traurigen Ruhm haben, einem Paganini als Sterbestätte zu dienen. Krank und schwach kam Paganini in der Mitte Decembers 1839 nach Nizza, und fand bei dem Conte di Cessole die herzlichste Gastfreundschaft. So schwach, seiner Auflösung so nahe war er, daß er in sein Gemach getragen werden mußte. Konnte er auch kaum sprechen, nur durch die Nase, da seine Stimmröhre ihm den Dienst versagte — er hatte die Halswindpocke — so dachte er am Ende an Nichts weniger, als an sein nahes Ende. Fortwährend machte er Pläne zu neuen Kunstfahrten nach Rußland und den Vereinigten Staaten und schwelgte schon im Geiste mit einer, man kann sagen, kindischen Freude, in den reichen Goldern, die er sich dort versprach.

Er vermochte sein Lager nicht mehr zu verlassen. Seine Umgebung bestand in Saiteninstrumenten aller Gattungen, gerade vor seinem Auge hing seine Lieblingsgeige. Zuweilen verlangte er nach derselben und entlockte ihr dann Töne und Akkorde, die nicht

mehr dieser Welt anzugehören schienen. Nichts war natürlicher, als daß solche Anstrengungen den Hirschwinden immer nervöser aufregten, und die wenigen Kräfte, die ihm noch blieben, völlig aufrieben. Je näher er der Auflösung, um so beharrlicher hing er an seinem Instrumente, seiner zweiten Seele. Trotz aller Bitten, allen Flehens der ihn Umgebenden, setzte er eines Tages sieben bis acht Stunden mit geringen Pausen seine Improvisationen fort, er gab in den wunderbarsten Tönen, Akkorden und Melodien, die nie eines Menschen Ohr vernommen, sein Leben hin; aufgelöst schien seine Seele nicht mehr dieser Erde anzugehören, denn so können nur Engel spielen. Nicht eher, bis ihn die Ermüdung überwältigt, seine physische Kraft völlig erschöpft, hörte er auf zu spielen, und sank dann ohnmächtig auf seinen Stuhl zurück. Paganini hatte sein Schwanenlied gesungen. Drei Tage später, als die Glocke am 27. Mai 1840 5 Uhr Abends verklündete, warf er noch einen Blick in die reiche Brautpracht, mit der sich hier im Frühling die Erde schmückt, und schloß dann ganz ruhig das Auge zum ewigen Schlafe.

Paganini war nicht mehr. Sein Körper sollte aber auch im Tode die Ruhe nicht finden. Ein Priester gab die Erklärung, der Maestro habe sich geweigert, die Sterbefakramente zu empfangen, sich mithin aus der Gemeinschaft der Kirche ausgeschlossen. Dem war nicht so. Paganini hatte selbst keine Ahnung von seiner so nahen Auflösung; bis zu seinem letzten Hauche stand ihm die Hoffnung ermutigend zur Seite; er war der selten Ueberzeugung, noch besser zu werden, und dies bis wenige Minuten vor dem Hinübergange, gleich den meisten Schwindelkünstlern.

Ein paar Tage vor seinem Ende besuchte ihn ein Geistlicher; Paganini erklärte demselben, daß er des Trostes der Kirche noch nicht bedürfe, würde jedoch nach ihm senden, „sünd' er es für notwendig. Dies geschah nicht, da ihn der Tod überraschte. Die Geistlichkeit verweigerte ihm daher ein christliches Begräbniß, eine Ruhestätte in geweihter Erde.

Allgemein war die Bestürzung, allgemein die Bemühungen, den Beisatz der Geistlichkeit aufzuheben, selbst König Karl Albert verwandte sich dafür. Umsonst, allen Bitten und Vorstellungen taub, blieb die Geistlichkeit Nizza's bei ihrem Beschlusse. Paganini's Freunde appellirten an das geistliche Gericht. Da es aber, wie vorauszusetzen, Jahre wahren konnte, ehe es zum Entschiede kam, beschloßen die Freunde des Verstorbenen, seinen Körper einbalsamiren zu lassen.

Dies geschah. In einer offenen Halle wurde die einbalsamirte

Er theile aber die Bedenken, welche der Regierungskommissar schon geltend gemacht. Er habe von weiteren Schritten abgesehen gegenüber den verschiedenen Ansichten intelligenter Vertreter der Stadt Berlin. Hinzufügen wolle er noch, daß ihn auch die finanzielle Lage Berlins von einem Vorgehen in der gewünschten Weise abhalte.

Abg. Krieger (Samter) betont die Kostspieligkeit der Steuer und die Vermehrung der Schwierigkeiten bei längerer Zögerung.

Abg. v. Vinde (Winden) theilt das französische System, auf welches der Regierungskommissar in seiner Auslassung hingewiesen. Bleibe man uns mit dem saumännischen System vom Leibe, welches vielleicht zur Revolution führt. Was in Belgien durchzuführen sei, gelinge auch in Preußen. Der Finanzminister möge auf seinen Geburtsort blicken, wo die Wahl und Schlachtsteuer nicht bestehe. Es handle sich nicht um ein Interesse der Städte, sondern um das des ganzen Landes. Es handle sich hier nicht um eine Kommunalsteuer, sondern um eine Staatssteuer, deshalb möge der Kommissar nicht davon sprechen, daß man keinen Zwang üben solle. Möge Berlin, wenn es wolle, allein die Ehre oder vielmehr das Gegentheil davon fortsetzen. Die Landesvertretung dürfe sich nicht mitschuldig machen an der Immoralität, welche in der Aufrechterhaltung der Steuer liege, möge die Regierung es allein auf sich nehmen.

Der Reg.-Kommissar wiederholt im Wesentlichen seine früheren Auslassungen und prägt dieselben näher. Der Hinweis auf Elberfeld treffe nicht zu, da diese Stadt mit Barmen eben weit kleiner als Berlin sei. Die Regierung denke einerseits nicht daran, die Aufhebung der Steuer von der Einwilligung der Kammern abhängig zu machen, wie sie andererseits Rücksicht nehmen wolle auf das Urtheil der städtischen Behörden.

Abg. Löwe: Die Wahl- und Schlachtsteuer sei die ungerechteste vertheilt von allen.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag v. Vinde fast einstimmig angenommen.

Es folgt die Berathung der Stempelsteuer, zu welcher der bekannte Antrag Bassenge vorliegt, von 1869 ab die Zeitungstempelsteuer fallen zu lassen; ferner gehört der Antrag Braun (Wiesbaden) hierher, die Staatsregierung aufzufordern, auf dem Wege der Gesetzgebung Stempel-Abgaben, welche in den neuen Provinzen gegenwärtig noch erhoben werden, aber in den alten nicht bestehen, abzuschaffen.

Abgeordneter Strudmann monirte die Einführung der Stempelgesetzgebung in Hannover, bei welcher auf die dortigen Verhältnisse nicht gehörig Rücksicht genommen sei.

Der Regierungskommissar verspricht eine möglichst baldige Ausarbeitung der Gesetzgebung in Hannover mit den alten Provinzen.

Abg. Bassenge verlangt eine Revision der ganzen Stempelgesetzgebung und dabei eine Abschaffung des Quittungstempels und eine Ermäßigung des Kaufstempels. Letzterer sei eine drückende Steuer in unserer Zeit, die dahin strebe, den Grund zu mobilisieren. Das Verdict, welches über die Wahl- und Schlachtsteuer abgegeben sei, müsse auch auf geistigem Gebiete gefällt werden durch Beseitigung der Stempelsteuer. Die Zeitungstempelsteuer sei nicht nur nicht aufgehoben, sondern auch in die neuen Provinzen eingeführt. Der politische Grund für diese Steuer existiere heute nicht mehr, sie sei eine rein finanzielle. Die Nachtheile überwiegen schwer die Vortheile. Redner geht näher auf frühere Auslassungen der Regierung ein über die Lage der Finanzen, um einen Widerspruch darzuthun. Unsere Finanzen werden verbessert durch eine Erleichterung und Vermehrung des Verkehrs. Durch Hebung und Förderung der Presse, mit welcher noch viele andere Gewerbe zusammenhängen, werden die Einnahmen erhöht. Redner geht weitläufiger die früheren Verhandlungen der Kammern über die Zeitungssteuern durch. Die Steuer treffe zunächst den Verleger, welcher dieselbe auf die Abonnenten abwälze und sonstige Ersparungen an Papier und Druck einführe. Der größte Nachtheil sei aber der, daß die Steuer auf den Inhalt der Zeitungen einwirke, dieses wirksamen Bildungsmittels in der heutigen Zeit. Zeitungen dienen direkt dem Interesse des Staats und der Gesellschaft und wirken nicht minder wie Volksschulen. Das Wort müsse wieder zur Wahrheit werden: Gedanken sind goldfrei, denn Zeitungen eignen sich durchaus nicht zur Besteuerung.

Abg. Graf Schwerin glaubt die Stempelsteuer nicht entbehren zu können, welche nicht die unbemittelten Klassen, sondern die wohlhabenderen treffe. Er halte den Zeitungstempel für einen relativ völlig gerechtfertigten. Trotz des Stempels nehme das Zeitungswesen zu, Grund zur Abschaffung liegt nicht vor.

Abg. Kohnen wünscht theilweise Abschaffung des Quittungstempels und verweist dabei auf die Gehälter der Beamten, in welcher Beziehung er auf den früher von ihm gestellten Antrag verweise. Diesen Antrag stelle er heute wieder. Der Antrag geht auf Befreiung der unmittelbaren Staatsbeamten vom Quittungstempel, welche nicht mehr als 1000 Thlr. Gehalt beziehen.)

Der Reg.-Kommissar erklärt, daß die Regierung den früheren Antrag Kohnen der Prüfung unterzogen habe. Den Beamten, welche der Antrag im Auge habe, sei eine größere Erleichterung gewährt durch Befreiung der Pensionsbeiträge als durch Aufhebung des Quittungstempels gewährt werden würde. Eine Bevorzugung der unmittelbaren Staatsbeamten empfehle sich nicht und deshalb trage die Regierung Bedenken und wünsche Ablehnung des Antrags Kohnen, welcher nur die unmittelbaren Staatsbeamten betreffen wolle. (Im Hause entsteht große Unruhe.) Redner vergleicht unsere Stempelgesetzgebung mit derjenigen anderer Länder. Den Zeitungstempel anlangend, so müsse die Lage des Staatshaushalts entscheiden. Die Regierung glaube den

Zeitpunkt nicht gekommen, ohne daß damit eine ungünstige Lage des Staatshaushalts ausgesprochen werden solle. Bei den vorhandenen dringenden Bedürfnissen können die Einnahmen nicht entbehrt werden.

Es ist ein Antrag des Abgeordneten K. L. e. in eingegangen, dahin gehend, die Staatsregierung zu eruchen, auf thunlichst baldige Beseitigung der Quittungs- und Kaufstempel Bedacht zu nehmen.

Auch diesem Antrage stimmt der Regierungskommissar nicht zu.

Abg. K. L. e. plaidirt für Aufhebung der Zeitungs- und Kaufstempelsteuer und kommt dabei auf frühere Anträge in gleicher Richtung zurück. Er halte diese Steuer für eine nicht gerechtfertigte; dieselbe treffe nicht vorwiegend die Wohlhabenden, die Zeitungen sind ein tägliches Brod und Bedürfnis auch für die ärmeren Klassen. (Die Edlen auf der Herrenhaustribüne sind nicht zu beruhigen.) Die Steuer treffe die kleinen Zeitungen härter als die großen. Die Annoncen des kleinen Mannes werden mehr beschwert, als diejenigen in großen Blättern. Die Steuer vertheure das Lesen für die unteren Schichten u. verkümmere den Inhalt der Zeitung. Leider seien auch die neuen Provinzen mit dieser gehässigen Steuer bedacht, welche Michaelis früher bezeichnet habe als einen Schutzoll gegen die Vermehrung der Intelligenz.

Abg. K. L. e. befürwortet seinen Antrag von der Rednertribüne aus. (Wir können den von großer Unruhe begleiteten Vortrag nicht verstehen.) Die Diskussion wird geschlossen.

Abg. Bassenge rügt dem Grafen Schwerin gegenüber dessen Aeußerung, daß es billig sei, populäre Anträge zu stellen. Der Antrag sei von ihm als Kommissar des Hauses nach reiflicher Erwägung gestellt.

Das Haus kommt zur Abstimmung.

Abgeordneter Braun zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Bassenge (Zeitungsstempel) wird bei Zählung der Stimmen mit 166 Stimmen gegen 150 angenommen.

Abgeordneter K. L. e. zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Kohnen wird abgelehnt.

Zu der weiter folgenden Position Elbzoll hat der Abgeord. Sybel einen Antrag dahin gestellt, die Staatsregierung aufzufordern, 1) auf die baldige Abschaffung des konventionsmäßigen Elbzolles hinzuwirken; 2) dafür Sorge zu tragen, daß die Erhebung des Elbzolles, soweit derselbe Preußen und Lauenburg gebührt, sofort sistirt werde.

Der Antragsteller befragt seinen Antrag und geht dabei historisch auf die früheren Verhandlungen und Uebereinkünfte, den Elbzoll betreffend, ein. Die Kündigungsfrist, welche die Elbkongvention enthalte, seien schwerer Natur. Er sei überzeugt, daß die Regierung selbst wünsche, im Sinne des von ihm gestellten Antrages vorzugehen. Der Segen der Eisenbahnen werde ein noch größerer werden, wenn die Schifffahrt eine völlig freie werde.

Der Regierungskommissar erklärt das Verlangen nach Beseitigung des Elbzolles für ein berechtigtes. Die rasche Erreichung des Zieles werde Seitens der Regierung erstrebt, aber es fanden noch Schwierigkeiten entgegen, da die Regierung nicht einseitig handeln könne.

Abgeord. Lasker spricht für den Antrag Sybel, welcher von ihm unterstützt ist. Der Einspruch der interessirten Staaten werde zu beseitigen sein. Bei dieser Gelegenheit zeige sich auch wieder das unglückliche Verhältniß Lauenburgs zu Preußen.

Der Regierungskommissar wiederholt, daß die Regierung bemüht sei, das Einverständnis der betreffenden Staaten zu erlangen.

Abgeordneter v. Unruh verzichtet auf das Wort. Die Diskussion wird geschlossen und nach Genehmigung der Position der Antrag von Sybel angenommen.

Abg. Bassenge: Bei der notwendigen Revision der Stempelsteuergesetzgebung möchte ich die Aufmerksamkeit der Regierung namentlich dahin lenken, auf eine Abschaffung des Quittungstempels und eine Herabsetzung des Kaufstempels für Immobilien Bedacht zu nehmen, da der erstere ungerecht, der zweite aber um so drückender ist, je mehr man den Grundbesitz zu mobilisieren sucht. Ein dritter Punkt wird durch den von mir gestellten Antrag berührt, die Befreiung der Zeitungstempelsteuer. Bereits in einer früheren Session hat die Landesvertretung einen dahin gehenden Beschluß gefaßt, leider ohne Erfolg. Handelt es sich darum, irgend eine Ausgabe zu machen, die die Regierung für wünschenswerth hält, so wird auf die Blätter unserer Finanzen hingewiesen, sobald wir aber im Hinblick auf diesen Finanzzustand die Herabsetzung einer Steuer verlangen, dann ist die Einnahme nicht zu entbehren. Dabei wird keine Rücksicht darauf genommen, ob die Steuer eine gute und gerechte ist, oder nicht. Hinsichtlich des Zeitungstempels sind die Ansichten in dieser Beziehung wenig getheilt. Bei der Berathung dieses Gegenstandes äußerte ein Abgeordneter, er wolle lieber eine Fenstersteuer als die Besteuerung der Zeitungen eingeführt wissen, und mit vollem Rechte — denn durch jene wird das Tageslicht, durch diese aber das Licht der Bildung, die Verbreitung der Intelligenz besteuert. Auf der einen Seite gründet der Staat Schulen, errichtet Universitäten und stellt Dozenten an, um denselben Zweck zu erreichen, den er auf der andern Seite bekämpft. Es ist ausgerechnet worden, daß auf jeden Universitätsdozenten vier und ein halber Zuhörer kommt, welchen ungeheurer größerer Wirkungskreis hat ein solcher Lehrer, wenn er durch die Presse zu Hunderttausenden sprechen kann. Das Bedürfnis nach geistiger Nahrung muß befriedigt werden, die notwendige Folge der Zeitungstempelsteuer ist also die, daß unsere Zeitungen auf schlechtem Papier und in egerm Druck erscheinen müssen und dadurch mit den auswärtigen Blättern nicht konkurriren können. Man hat als Ersatz für die jegige Stempelsteuer eine Inzeratensteuer in Vorschlag gebracht; ich will aber lieber

Stöcklichkeit ihres Wesens ahnen, lebendig empfinden lassen, und nicht einmal ein „De profundis“ erklang bei seiner Erdenhülle, ihm, dem ein Ehrenplatz in einem Welt-Pantheon gebührte, ihm wurden sechs Fuß Erde zur letzten Ruhestätte verweigert! — Noch vor wenigen Monaten das Entzücken Europa's, ist Paganini im Tode ein Gegenstand des Schreckens, der Furcht. Andächtig bekrummt sich der Landmann, führt ihn sein Weg notwendig an dem Gebäude vorbei, das Paganini's letztes Asyl geworden; der Fischer steuert am Abend in Angst an dem Felsen vorüber, welchen das Lazarett krönt, und erzählt seinen Genossen, wie er des Maestro bleiches Antlitz gesehen, das flehentlich zu ihm herabgeschaut habe, wie er ein mildes Klage-tonen und Klingen durch die Stille der Nacht vernommen, daß in einem stehenden, Mark und Bein durchdringenden Wehruf sich verlor.

Selbst sein Name mußte Paganini in der Idee des gemeinen Mannes zum Fluche werden, denn wie konnte ein Mann, der Paganini — kleiner Heide — hieß, ein guter Christ sein? Die natürliche Folge, daß die Menge den Bannfluch der Geistlichkeit als gerechtfertigt betrachtete.

Die Angelegenheit kam vor den geistlichen Gerichtshof, wurde für und wider mit dem größten Eifer plaidirt und, trotz aller Anstrengungen der Geistlichkeit Nizza's, dahin entschieden, daß Paganini in allen Dingen ein guter Katholik gewesen. Was half der Entscheidung? Hätte das geistliche Tribunal ihn zum Heiligen erklärt, der Bischof blieb, vielleicht der bloßen Konsequenz wegen, standhaft bei seinem Beschlusse, Paganini erhielt noch kein Grab in geweihter Erde. An eine höhere Instanz wurde deshalb von seinen Verehrern und Freunden appellirt.

Aber selbst die Ruhe in einem Winkel des Lazarett von Villafraanca sollte Paganini verkümmert werden, ihm nicht gegönnt bleiben. Ein israelitischer Barnum aus Genua erbot sich, 12,000 Studi für die Leiche zu zahlen, um dieselbe in England für Geld zur Schau auszustellen. Wunderbares Schicksal. Er sollte also auf den Jahrmärkten gleich Kiesen, Zwergen und ähnlichen Monstruositäten der Neugierde der Menge zur Schau geboten werden. Und wirklich gab es eine Partei, die gerne gesehen, wäre man auf den entwürdigenden Antrag eingegangen!

Die Berufung an den Erzbischof hatte eben so wenig Erfolg, er bestätigte die frühere Bestimmung. Auch das Letzte ließen Paganini's Freunde nicht unversucht, sie wandten sich an den Papst. Der heilige Vater verwarf die früheren Beschlüsse und übergab dreien Erzbischöfen den Fall zu näherer Prüfung, bewilligte auch

die Erlaubniß, die Leiche auf einem christlichen Friedhofe beizusetzen, bis zum letzten Entschcid über ihr Schicksal.

Mehr als drei Jahre hatte die Quarantaine der Leiche des Maestro gedauert, als am 20. August 1843 die päpstliche Bestimmung in Nizza anlangte. Sofort traf der Conte di Cessole Anstalten, dieselbe in Kraft zu setzen. Am 21. August, eine Stunde vor Mitternacht, begab sich der Graf mit zwei Schiffen und zwei Fackelträgern nach dem Lazarett, wo man ihm, nach Vorzeigung der Dokumente, die Leiche auslieferte. In lautloser Stille wurde dieselbe hinunter nach dem Hafen getragen, hier harrte ein Boot, um sie nach Genua zu schaffen. An der Spitze des Bootes saß der Graf, der einzige Leidträger des Unvergleichlichen. Mild in voller Nacht sandten die Sterne ihr Licht auf den Sarg, der unheimlich beleuchtet vom ungewissen Scheine der Fackeln. Bei jeder Zollstation, an welcher das Boot vorüberglitt, wurden sie angerufen, was sie führten; die stete Antwort: Il corpo di Paganini, aqueo que sonaba tan bon — Die Leiche Paganini's, der so gut spielte. Damit begnügten sich jedoch die Zöllner nicht, mit dem gierigsten Antkeiser untersuchten sie die Leiche, warfen sie um und um, in der Voraussehung, man wolle mit derselben irgend eine Schmutzgelei bergen.

So hielt Paganini in der Dede der Nacht auf einem ärmlichen Fischerboote seinen letzten Einzug in seine Vaterstadt. Die Kirche hatte ihn aus ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen, ihm ein Grab in geweihter Erde verweigert, ein Splefulant hatte seine Leiche, die länger als drei Jahre im düstersten Winkel eines Lazarett eine Zufluchtsstätte gefunden, zum Gegenstand der entweihenden Schau-lust des Volkes machen wollen, und zuletzt wurde seine Leiche von den dienstfertigen Zollbeamten als Kontrebande durchwühlt. Kann es ein sonderbarer, merkwürdigeres Schicksal geben?

Genua, das seinen großen Sohn im Leben gleich einem Triumphephator empfangen, geehrt, welches ihn mit enthusiastischem Stolz, und dies mit Recht, den Seinigen nannte, dem er seine Lieblingsgeige, auf Erden sein Heiliges, die Begleiterin seiner Triumphezüge, als Andenken hinterließ, Genua, seine Vaterstadt, schenkte dem Todten nicht die mindeste Beachtung, ohne Sang und Klang zog die Leiche durch die Stadt.

Endlich, endlich fanden Paganini's irdische Ueberreste die denselben so lange, so duldbungslos verweigerte letzte Ruhe im Herzogthum Parma, in einer kleinen Kapelle, welche sein Sohn und Erbe von vielen hunderttausend Studi bei einer dort von ihm gekauften Villa zu dem Ende hatte aufzuführen lassen. Friede seiner Asche.

(K. L. E.)

Er theile aber die Bedenken, welche der Regierungskommissar schon geltend gemacht. Er habe von weiteren Schritten abgesehen gegenüber den verschiedenen Ansichten intelligenter Vertreter der Stadt Berlin. Hinzufügen wolle er noch, daß ihn auch die finanzielle Lage Berlins von einem Vorgehen in der gewünschten Weise abhalte.

Abg. Krieger (Samter) betont die Kostspieligkeit der Steuer und die Vermehrung der Schwierigkeiten bei längerer Zögerung.

Abg. v. Vinde (Winden) theilt das französische System, auf welches der Regierungskommissar in seiner Auslassung hingewiesen. Bleibe man uns mit dem saumännischen System vom Leibe, welches vielleicht zur Revolution führt. Was in Belgien durchzuführen sei, gelinge auch in Preußen. Der Finanzminister möge auf seinen Geburtsort blicken, wo die Wahl und Schlachtsteuer nicht bestehe. Es handle sich nicht um ein Interesse der Städte, sondern um das des ganzen Landes. Es handle sich hier nicht um eine Kommunalsteuer, sondern um eine Staatssteuer, deshalb möge der Kommissar nicht davon sprechen, daß man keinen Zwang üben solle. Möge Berlin, wenn es wolle, allein die Ehre oder vielmehr das Gegentheil davon fortsetzen. Die Landesvertretung dürfe sich nicht mitschuldig machen an der Immoralität, welche in der Aufrechterhaltung der Steuer liege, möge die Regierung es allein auf sich nehmen.

Der Reg.-Kommissar wiederholt im Wesentlichen seine früheren Auslassungen und prägt dieselben näher. Der Hinweis auf Elberfeld treffe nicht zu, da diese Stadt mit Barmen eben weit kleiner als Berlin sei. Die Regierung denke einerseits nicht daran, die Aufhebung der Steuer von der Einwilligung der Kammern abhängig zu machen, wie sie andererseits Rücksicht nehmen wolle auf das Urtheil der städtischen Behörden.

Abg. Löwe: Die Wahl- und Schlachtsteuer sei die ungerechteste vertheilt von allen.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag v. Vinde fast einstimmig angenommen.

Es folgt die Berathung der Stempelsteuer, zu welcher der bekannte Antrag Bassenge vorliegt, von 1869 ab die Zeitungstempelsteuer fallen zu lassen; ferner gehört der Antrag Braun (Wiesbaden) hierher, die Staatsregierung aufzufordern, auf dem Wege der Gesetzgebung Stempel-Abgaben, welche in den neuen Provinzen gegenwärtig noch erhoben werden, aber in den alten nicht bestehen, abzuschaffen.

Abgeordneter Strudmann monirte die Einführung der Stempelgesetzgebung in Hannover, bei welcher auf die dortigen Verhältnisse nicht gehörig Rücksicht genommen sei.

Der Regierungskommissar verspricht eine möglichst baldige Ausarbeitung der Gesetzgebung in Hannover mit den alten Provinzen.

Abg. Bassenge verlangt eine Revision der ganzen Stempelgesetzgebung und dabei eine Abschaffung des Quittungstempels und eine Ermäßigung des Kaufstempels. Letzterer sei eine drückende Steuer in unserer Zeit, die dahin strebe, den Grund zu mobilisieren. Das Verdict, welches über die Wahl- und Schlachtsteuer abgegeben sei, müsse auch auf geistigem Gebiete gefällt werden durch Beseitigung der Stempelsteuer. Die Zeitungstempelsteuer sei nicht nur nicht aufgehoben, sondern auch in die neuen Provinzen eingeführt. Der politische Grund für diese Steuer existiere heute nicht mehr, sie sei eine rein finanzielle. Die Nachtheile überwiegen schwer die Vortheile. Redner geht näher auf frühere Auslassungen der Regierung ein über die Lage der Finanzen, um einen Widerspruch darzuthun. Unsere Finanzen werden verbessert durch eine Erleichterung und Vermehrung des Verkehrs. Durch Hebung und Förderung der Presse, mit welcher noch viele andere Gewerbe zusammenhängen, werden die Einnahmen erhöht. Redner geht weitläufiger die früheren Verhandlungen der Kammern über die Zeitungssteuern durch. Die Steuer treffe zunächst den Verleger, welcher dieselbe auf die Abonnenten abwälze und sonstige Ersparungen an Papier und Druck einführe. Der größte Nachtheil sei aber der, daß die Steuer auf den Inhalt der Zeitungen einwirke, dieses wirksamen Bildungsmittels in der heutigen Zeit. Zeitungen dienen direkt dem Interesse des Staats und der Gesellschaft und wirken nicht minder wie Volksschulen. Das Wort müsse wieder zur Wahrheit werden: Gedanken sind goldfrei, denn Zeitungen eignen sich durchaus nicht zur Besteuerung.

Abg. Graf Schwerin glaubt die Stempelsteuer nicht entbehren zu können, welche nicht die unbemittelten Klassen, sondern die wohlhabenderen treffe. Er halte den Zeitungstempel für einen relativ völlig gerechtfertigten. Trotz des Stempels nehme das Zeitungswesen zu, Grund zur Abschaffung liegt nicht vor.

Abg. Kohnen wünscht theilweise Abschaffung des Quittungstempels und verweist dabei auf die Gehälter der Beamten, in welcher Beziehung er auf den früher von ihm gestellten Antrag verweise. Diesen Antrag stelle er heute wieder. Der Antrag geht auf Befreiung der unmittelbaren Staatsbeamten vom Quittungstempel, welche nicht mehr als 1000 Thlr. Gehalt beziehen.)

Der Reg.-Kommissar erklärt, daß die Regierung den früheren Antrag Kohnen der Prüfung unterzogen habe. Den Beamten, welche der Antrag im Auge habe, sei eine größere Erleichterung gewährt durch Befreiung der Pensionsbeiträge als durch Aufhebung des Quittungstempels gewährt werden würde. Eine Bevorzugung der unmittelbaren Staatsbeamten empfehle sich nicht und deshalb trage die Regierung Bedenken und wünsche Ablehnung des Antrags Kohnen, welcher nur die unmittelbaren Staatsbeamten betreffen wolle. (Im Hause entsteht große Unruhe.) Redner vergleicht unsere Stempelgesetzgebung mit derjenigen anderer Länder. Den Zeitungstempel anlangend, so müsse die Lage des Staatshaushalts entscheiden. Die Regierung glaube den

Zeitpunkt nicht gekommen, ohne daß damit eine ungünstige Lage des Staatshaushalts ausgesprochen werden solle. Bei den vorhandenen dringenden Bedürfnissen können die Einnahmen nicht entbehrt werden.

Es ist ein Antrag des Abgeordneten K. L. e. in eingegangen, dahin gehend, die Staatsregierung zu eruchen, auf thunlichst baldige Beseitigung der Quittungs- und Kaufstempel Bedacht zu nehmen.

Auch diesem Antrage stimmt der Regierungskommissar nicht zu.

Abg. K. L. e. plaidirt für Aufhebung der Zeitungs- und Kaufstempelsteuer und kommt dabei auf frühere Anträge in gleicher Richtung zurück. Er halte diese Steuer für eine nicht gerechtfertigte; dieselbe treffe nicht vorwiegend die Wohlhabenden, die Zeitungen sind ein tägliches Brod und Bedürfnis auch für die ärmeren Klassen. (Die Edlen auf der Herrenhaustribüne sind nicht zu beruhigen.) Die Steuer treffe die kleinen Zeitungen härter als die großen. Die Annoncen des kleinen Mannes werden mehr beschwert, als diejenigen in großen Blättern. Die Steuer vertheure das Lesen für die unteren Schichten u. verkümmere den Inhalt der Zeitung. Leider seien auch die neuen Provinzen mit dieser gehässigen Steuer bedacht, welche Michaelis früher bezeichnet habe als einen Schutzoll gegen die Vermehrung der Intelligenz.

Zeitpunkt nicht gekommen, ohne daß damit eine ungünstige Lage des Staatshaushalts ausgesprochen werden solle. Bei den vorhandenen dringenden Bedürfnissen können die Einnahmen nicht entbehrt werden.

Es ist ein Antrag des Abgeordneten K. L. e. in eingegangen, dahin gehend, die Staatsregierung zu eruchen, auf thunlichst baldige Beseitigung der Quittungs- und Kaufstempel Bedacht zu nehmen.

Auch diesem Antrage stimmt der Regierungskommissar nicht zu.

Abg. K. L. e. plaidirt für Aufhebung der Zeitungs- und Kaufstempelsteuer und kommt dabei auf frühere Anträge in gleicher Richtung zurück. Er halte diese Steuer für eine nicht gerechtfertigte; dieselbe treffe nicht vorwiegend die Wohlhabenden, die Zeitungen sind ein tägliches Brod und Bedürfnis auch für die ärmeren Klassen. (Die Edlen auf der Herrenhaustribüne sind nicht zu beruhigen.) Die Steuer treffe die kleinen Zeitungen härter als die großen. Die Annoncen des kleinen Mannes werden mehr beschwert, als diejenigen in großen Blättern. Die Steuer vertheure das Lesen für die unteren Schichten u. verkümmere den Inhalt der Zeitung. Leider seien auch die neuen Provinzen mit dieser gehässigen Steuer bedacht, welche Michaelis früher bezeichnet habe als einen Schutzoll gegen die Vermehrung der Intelligenz.

Abg. K. L. e. befürwortet seinen Antrag von der Rednertribüne aus. (Wir können den von großer Unruhe begleiteten Vortrag nicht verstehen.) Die Diskussion wird geschlossen.

Abg. Bassenge rügt dem Grafen Schwerin gegenüber dessen Aeußerung, daß es billig sei, populäre Anträge zu stellen. Der Antrag sei von ihm als Kommissar des Hauses nach reiflicher Erwägung gestellt.

Das Haus kommt zur Abstimmung.

Abgeordneter Braun zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Bassenge (Zeitungsstempel) wird bei Zählung der Stimmen mit 166 Stimmen gegen 150 angenommen.

Abgeordneter K. L. e. zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Kohnen wird abgelehnt.

Zu der weiter folgenden Position Elbzoll hat der Abgeord. Sybel einen Antrag dahin gestellt, die Staatsregierung aufzufordern, 1) auf die baldige Abschaffung des konventionsmäßigen Elbzolles hinzuwirken; 2) dafür Sorge zu tragen, daß die Erhebung des Elbzolles, soweit derselbe Preußen und Lauenburg gebührt, sofort sistirt werde.

Der Antragsteller befragt seinen Antrag und geht dabei historisch auf die früheren Verhandlungen und Uebereinkünfte, den Elbzoll betreffend, ein. Die Kündigungsfrist, welche die Elbkongvention enthalte, seien schwerer Natur. Er sei überzeugt, daß die Regierung selbst wünsche, im Sinne des von ihm gestellten Antrages vorzugehen. Der Segen der Eisenbahnen werde ein noch größerer werden, wenn die Schifffahrt eine völlig freie werde.

Der Regierungskommissar erklärt das Verlangen nach Beseitigung des Elbzolles für ein berechtigtes. Die rasche Erreichung des Zieles werde Seitens der Regierung erstrebt, aber es fanden noch Schwierigkeiten entgegen, da die Regierung nicht einseitig handeln könne.

Abgeord. Lasker spricht für den Antrag Sybel, welcher von ihm unterstützt ist. Der Einspruch der interessirten Staaten werde zu beseitigen sein. Bei dieser Gelegenheit zeige sich auch wieder das unglückliche Verhältniß Lauenburgs zu Preußen.

Der Regierungskommissar wiederholt, daß die Regierung bemüht sei, das Einverständnis der betreffenden Staaten zu erlangen.

Abgeordneter v. Unruh verzichtet auf das Wort. Die Diskussion wird geschlossen und nach Genehmigung der Position der Antrag von Sybel angenommen.

Abg. Bassenge: Bei der notwendigen Revision der Stempelsteuergesetzgebung möchte ich die Aufmerksamkeit der Regierung namentlich dahin lenken, auf eine Abschaffung des Quittungstempels und eine Herabsetzung des Kaufstempels für Immobilien Bedacht zu nehmen, da der erstere ungerecht, der zweite aber um so drückender ist, je mehr man den Grundbesitz zu mobilisieren sucht. Ein dritter Punkt wird durch den von mir gestellten Antrag berührt, die Befreiung der Zeitungstempelsteuer. Bereits in einer früheren Session hat die Landesvertretung einen dahin gehenden Beschluß gefaßt, leider ohne Erfolg. Handelt es sich darum, irgend eine Ausgabe zu machen, die die Regierung für wünschenswerth hält, so wird auf die Blätter unserer Finanzen hingewiesen, sobald wir aber im Hinblick auf diesen Finanzzustand die Herabsetzung einer Steuer verlangen, dann ist die Einnahme nicht zu entbehren. Dabei wird keine Rücksicht darauf genommen, ob die Steuer eine gute und gerechte ist, oder nicht. Hinsichtlich des Zeitungstempels sind die Ansichten in dieser Beziehung wenig getheilt. Bei der Berathung dieses Gegenstandes äußerte ein Abgeordneter, er wolle lieber eine Fenstersteuer als die Besteuerung der Zeitungen eingeführt wissen, und mit vollem Rechte — denn durch jene wird das Tageslicht, durch diese aber das Licht der Bildung, die Verbreitung der Intelligenz besteuert. Auf der einen Seite gründet der Staat Schulen, errichtet Universitäten und stellt Dozenten an, um denselben Zweck zu erreichen, den er auf der andern Seite bekämpft. Es ist ausgerechnet worden, daß auf jeden Universitätsdozenten vier und ein halber Zuhörer kommt, welchen ungeheurer größerer Wirkungskreis hat ein solcher Lehrer, wenn er durch die Presse zu Hunderttausenden sprechen kann. Das Bedürfnis nach geistiger Nahrung muß befriedigt werden, die notwendige Folge der Zeitungstempelsteuer ist also die, daß unsere Zeitungen auf schlechtem Papier und in egerm Druck erscheinen müssen und dadurch mit den auswärtigen Blättern nicht konkurriren können. Man hat als Ersatz für die jegige Stempelsteuer eine Inzeratensteuer in Vorschlag gebracht; ich will aber lieber

Stöcklichkeit ihres Wesens ahnen, lebendig empfinden lassen, und nicht einmal ein „De profundis“ erklang bei seiner Erdenhülle, ihm, dem ein Ehrenplatz in einem Welt-Pantheon gebührte, ihm wurden sechs Fuß Erde zur letzten Ruhestätte verweigert! — Noch vor wenigen Monaten das Entzücken Europa's, ist Paganini im Tode ein Gegenstand des Schreckens, der Furcht. Andächtig bekrummt sich der Landmann, führt ihn sein Weg notwendig an dem Gebäude vorbei, das Paganini's letztes Asyl geworden; der Fischer steuert am Abend in Angst an dem Felsen vorüber, welchen das Lazarett krönt, und erzählt seinen Genossen, wie er des Maestro bleiches Antlitz gesehen, das flehentlich zu ihm herabgeschaut habe, wie er ein mildes Klage-tonen und Klingen durch die Stille der Nacht vernommen, daß in einem stehenden, Mark und Bein durchdringenden Wehruf sich verlor.

Selbst sein Name mußte Paganini in der Idee des gemeinen Mannes zum Fluche werden, denn wie konnte ein Mann, der Paganini — kleiner Heide — hieß, ein guter Christ sein? Die natürliche Folge, daß die Menge den Bannfluch der Geistlichkeit als gerechtfertigt betrachtete.

Die Angelegenheit kam vor den geistlichen Gerichtshof, wurde für und wider mit dem größten Eifer plaidirt und, trotz aller Anstrengungen der Geistlichkeit Nizza's, dahin entschieden, daß Paganini in allen Dingen ein guter Katholik gewesen. Was half der Entscheidung? Hätte das geistliche Tribunal ihn zum Heiligen erklärt, der Bischof blieb, vielleicht der bloßen Konsequenz wegen, standhaft bei seinem Beschlusse, Paganini erhielt noch kein Grab in geweihter Erde. An eine höhere Instanz wurde deshalb von seinen Verehrern und Freunden appellirt.

Aber selbst die Ruhe in einem Winkel des Lazarett von Villafraanca sollte Paganini verkümmert werden, ihm nicht gegönnt bleiben. Ein israelitischer Barnum aus Genua erbot sich, 12,000 Studi für die Leiche zu zahlen, um dieselbe in England für Geld zur Schau auszustellen. Wunderbares Schicksal. Er sollte also auf den Jahrmärkten gleich Kiesen, Zwergen und ähnlichen Monstruositäten der Neugierde der Menge zur Schau geboten werden. Und wirklich gab es eine Partei, die gerne gesehen, wäre man auf den entwürdigenden Antrag eingegangen!

Die Berufung an den Erzbischof hatte eben so wenig Erfolg, er bestätigte die frühere Bestimmung. Auch das Letzte ließen Paganini's Freunde nicht unversucht, sie wandten sich an den Papst. Der heilige Vater verwarf die früheren Beschlüsse und übergab dreien Erzbischöfen den Fall zu näherer Prüfung, bewilligte auch

die Erlaubniß, die Leiche auf einem christlichen Friedhofe beizusetzen, bis zum letzten Entschcid über ihr Schicksal.

Mehr als drei Jahre hatte die Quarantaine der Leiche des Maestro gedauert, als am 20. August 1843 die päpstliche Bestimmung in Nizza anlangte. Sofort traf der Conte di Cessole Anstalten, dieselbe in Kraft zu setzen. Am 21. August, eine Stunde vor Mitternacht, begab sich der Graf mit zwei Schiffen und zwei Fackelträgern nach dem Lazarett, wo man ihm, nach Vorzeigung der Dokumente, die Leiche auslieferte. In lautloser Stille wurde dieselbe hinunter nach dem Hafen getragen, hier harrte ein Boot, um sie nach Genua zu schaffen. An der Spitze des Bootes saß der Graf, der einzige Leidträger des Unvergleichlichen. Mild in voller Nacht sandten die Sterne ihr Licht auf den Sarg, der unheimlich beleuchtet vom ungewissen Scheine der Fackeln. Bei jeder Zollstation, an welcher das Boot vorüberglitt, wurden sie angerufen, was sie führten; die stete Antwort: Il corpo di Paganini, aqueo que sonaba tan bon — Die Leiche Paganini's, der so gut spielte. Damit begnügten sich jedoch die Zöllner nicht, mit dem gierigsten Antkeiser untersuchten sie die Leiche, warfen sie um und um, in der Voraussehung, man wolle mit derselben irgend eine Schmutzgelei bergen.

So hielt Paganini in der Dede der Nacht auf einem ärmlichen Fischerboote seinen letzten Einzug in seine Vaterstadt. Die Kirche hatte ihn aus ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen, ihm ein Grab in geweihter Erde verweigert, ein Splefulant hatte seine Leiche, die länger als drei Jahre im düstersten Winkel eines Lazarett eine Zufluchtsstätte gefunden, zum Gegenstand der entweihenden Schau-lust des Volkes machen wollen, und zuletzt wurde seine Leiche von den dienstfertigen Zollbeamten als Kontrebande durchwühlt. Kann es ein sonderbarer, merkwürdigeres Schicksal geben?

Genua, das seinen großen Sohn im Leben gleich einem Triumphephator empfangen, geehrt, welches ihn mit enthusiastischem Stolz, und dies mit Recht, den Seinigen nannte, dem er seine Lieblingsgeige, auf Erden sein Heiliges, die Begleiterin seiner Triumphezüge, als Andenken hinterließ, Genua, seine Vaterstadt, schenkte dem Todten nicht die mindeste Beachtung, ohne Sang und Klang zog die Leiche durch die Stadt.

Endlich, endlich fanden Paganini's irdische Ueberreste die denselben so lange, so duldbungslos verweigerte letzte Ruhe im Herzogthum Parma, in einer kleinen Kapelle, welche sein Sohn und Erbe von vielen hunderttausend Studi bei einer dort von ihm gekauften Villa zu dem Ende hatte aufzuführen lassen. Friede seiner Asche.

(K. L. E.)

Er theile aber die Bedenken, welche der Regierungskommissar schon geltend gemacht. Er habe von weiteren Schritten abgesehen gegenüber den verschiedenen Ansichten intelligenter Vertreter der Stadt Berlin. Hinzufügen wolle er noch, daß ihn auch die finanzielle Lage Berlins von einem Vorgehen in der gewünschten Weise abhalte.

Abg. Krieger (Samter) betont die Kostspieligkeit der Steuer und die Vermehrung der Schwierigkeiten bei längerer Zögerung.

Abg. v. Vinde (Winden) theilt das französische System, auf welches der Regierungskommissar in seiner Auslassung hingewiesen. Bleibe man uns mit dem saumännischen System vom Leibe, welches vielleicht zur Revolution führt. Was in Belgien durchzuführen sei, gelinge auch in Preußen. Der Finanzminister möge auf seinen Geburtsort blicken, wo die Wahl und Schlachtsteuer nicht bestehe. Es handle sich nicht um ein Interesse der Städte, sondern um das des ganzen Landes. Es handle sich hier nicht um eine Kommunalsteuer, sondern um eine Staatssteuer, deshalb möge der Kommissar nicht davon sprechen, daß man keinen Zwang üben solle. Möge Berlin, wenn es wolle, allein die Ehre oder vielmehr das Gegentheil davon fortsetzen. Die Landesvertretung dürfe sich nicht mitschuldig machen an der Immoralität, welche in der Aufrechterhaltung der Steuer liege, möge die Regierung es allein auf sich nehmen.

Der Reg.-Kommissar wiederholt im Wesentlichen seine früheren Auslassungen und prägt dieselben näher. Der Hinweis auf Elberfeld treffe nicht zu, da diese Stadt mit Barmen eben weit kleiner als Berlin sei. Die Regierung denke einerseits nicht daran, die Aufhebung der Steuer von der Einwilligung der Kammern abhängig zu machen, wie sie andererseits Rücksicht nehmen wolle auf das Urtheil der städtischen Behörden.

Abg. Löwe: Die Wahl- und Schlachtsteuer sei die ungerechteste vertheilt von allen.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag v. Vinde fast einstimmig angenommen.

Es folgt die Berathung der Stempelsteuer, zu welcher der bekannte Antrag Bassenge vorliegt, von 1869 ab die Zeitungstempelsteuer fallen zu lassen; ferner gehört der Antrag Braun (Wiesbaden) hierher, die Staatsregierung aufzufordern, auf dem Wege der Gesetzgebung Stempel-Abgaben, welche in den neuen Provinzen gegenwärtig noch erhoben werden, aber in den alten nicht bestehen, abzuschaffen.

Abgeordneter Strudmann monirte die Einführung der Stempelgesetzgebung in Hannover, bei welcher auf die dortigen Verhältnisse nicht gehörig Rücksicht genommen sei.

Der Regierungskommissar verspricht eine möglichst baldige Ausarbeitung der Gesetzgebung in Hannover mit den alten Provinzen.

Abg. Bassenge verlangt eine Revision der ganzen Stempelgesetzgebung und dabei eine Abschaffung des Quittungstempels und eine Ermäßigung des Kaufstempels. Letzterer sei eine drückende Steuer in unserer Zeit, die dahin strebe, den Grund zu mobilisieren. Das Verdict, welches über die Wahl- und Schlachtsteuer abgegeben sei, müsse auch auf geistigem Gebiete gefällt werden durch Beseitigung der Stempelsteuer. Die Zeitungstempelsteuer sei

Abg. Twesten: Die Stempelsteuer ist für die alten Landestheile auf 5,600,000 Thlr. veranschlagt worden, das macht für den Kopf 9 Sgr., in Hannover auf 450,000, im Regierungsbezirk Kassel und Wiesbaden und in Schleswig-Holstein auf 1,123,000 Thlr., also 15 Sgr. auf den Kopf. Eine Erläuterung für diese Mehrveranschlagung vermisse ich. — Im vorigen Jahre wurde ein auf Aufhebung der Zeitungssteuer bezüglicher Antrag angenommen. Ich verneine nicht die Bedenken, auf den Wegfall einer Einnahme von mehr als 1/2 Million anzutragen; aber wenn wir wollen, bis alle dringenden Bedürfnisse befriedigt sind, dann können wir lange warten. Was Herr Graf Schwerin gesagt hat, daß die Steuer nur die Wohlhabenden trifft, ist nicht richtig. Es ist eine der glücklichen Folgen unserer Schulgesetze, daß das Zeitungslesen auch ein Lebensbedürfnis der ärmeren Klassen geworden ist. Ferner zahlt eine große Zeitung, welche den höchsten Steuersatz bezahlt, immer dasselbe, wenn sie auch vergrößert wird, während bei einer kleinen Zeitung Rücksicht auf den Raum genommen werden muß. Bei einer Zeitung, die 24,000 Exemplare absetzt, macht die Steuer für eine Seite beinahe 1 Sgr. Wie muß sich die Redaktion in Acht nehmen, auch nur einen Artikel zur Belehrung mehr aufzunehmen, aus Furcht die Steuer noch mehr anschwellen zu sehen. Es läuft sofort in die Tausende. Dann aber trifft diese Steuer besonders die Annoncen und hier wieder die kleinen Zeitungen, mithin die ärmeren Klassen. Ich glaube in der That, durch Hebung des gewerblichen Verkehrs würde ein Theil des Ausfalls sofort gedeckt werden.

Ursprünglich wurde allseitig anerkannt, daß diese Steuer mehr im polizeilich-reaktionären, als im finanziellen Interesse eingeführt sei, jetzt mag das erstere Interesse bei der Regierung nicht mehr vorhanden sein, aber die Steuer wirkt jedenfalls in jenem Sinne, darum sprach sich auch mein Freund Otto Michaelis im v. 3. dahin aus: Die Zeitungsstempelsteuer sei ein Schutzoll gegen die Verbreitung der Intelligenz, eines Kulturstaaes unwürdig. Unfern Anspruch vom vorigen Jahre, auch in diesem zu wiederholen, diese Steuer aufzuheben, sind wir auch den neuen Provinzen schuldig, da auch bei ihnen diese Steuer neu eingeführt worden ist. (Bravo.)

Abg. K. Klein: In fest den Standpunkt auseinander, von dem aus er seinen Antrag gestellt habe, spricht jedoch von der Tribüne und bleibt daher unverändert.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen. Man schreitet zur Abstimmung. Die Position des Etats wird genehmigt.

— **Abg. Braun:** zieht seinen Antrag zurück. Der Antrag Bassenge wird mit 166 gegen 150 Stimmen angenommen (dagegen stimmen die beiden konservativen Fraktionen, die Ultraliberalen und einige Nationalliberalen, so der Abg. Engel (Leobsditz u. A.); der Antrag Rohden wird abgelehnt, worauf Abgeord. Klein seinen Antrag gleichfalls zurückzieht.

Zu Art. 10 (Elbzoll 129,140 Thlr.) beantragen v. Sybel, v. Unruh und Laster die Regierung aufzufordern, 1) auf die baldigste Aufhebung des konventionmäßigen Elbzolles hinzuwirken; 2) dafür Sorge zu tragen, daß die Erhebung des Elbzolles, soweit derselbe Preußen und Lauenburg gebührt, sofort sistirt werde.

Abg. v. Sybel: hofft, daß die Regierung sich dem Elbzoll gegenüber ebenso verhalten will, wie dem Rheinzoll gegenüber. Den anderen Kontrahenten gegenüber werde sie, auf einen Beschluß des Hauses gestützt, eine vortheilhaftere Stellung einnehmen und etwaigen Widerstand leichter brechen.

Reg.-Kommissar Bueghart: Die Regierung hält das Verlangen nach einer Aufhebung des Elbzolles für vollberechtigt und durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes geboten, sie ist auch befreit gewesen, dies Ziel so rasch als möglich zu erreichen, und wenn dies noch nicht möglich war, so liegt dies in Schwierigkeiten, die noch nicht beseitigt werden konnten; denn Preußen kann nicht einseitig darüber Dispositionen treffen; die Regierung wird aber bemüht sein, nach Möglichkeit den Zeitpunkt zu beschleunigen, wo dem gerechten Wunsche nach dem Fortfall des Elbzolles vollkommen entsprochen werden kann.

Abg. Laster: Der Herr Kommissar hat nur den Theil unseres Antrags zugestanden, der für den Augenblick am wenigsten nützlich kann; während er sich über den zweiten, daß der auf Lauenburg fallende Theil des Elbzolles sistirt werden solle, gar nicht ausgesprochen hat. Ich bedauere sehr, daß der Herr Ministerpräsident und Minister für Lauenburg nicht zugegen ist; denn ich nehme an, daß der Herr Finanzminister über die Verhältnisse Lauenburgs wahrheitsgemäß keine Kenntnis haben wird. (Große Heiterkeit.) Ich meine aber, daß es dem Herrn Ministerpräsidenten als preussischen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten wohl leicht gelingen könnte, mit dem Herrn Ministerpräsidenten als Minister für Lauenburg in Verbindung zu treten, um eine Aufhebung des Elbzolles herbeizuführen. Ich möchte dabei gleichzeitig den Wunsch ausdrücken, daß die preussische Regierung auf Mecklenburg den geeigneten Druck ausüben möchte, um dies zu einer Vereinbarung williger zu machen.

Regierungskommissar Bueghart: Ich hätte geglaubt, daß man nach meiner vorhin abgegebenen Erklärung keinen Zweifel mehr darüber hegen könnte, daß die preussische Regierung alle zulässigen Mittel anwenden würde, um die Frage möglichst bald im Sinne des Antrags zu regeln. Die Voraussetzung, daß Preußen allein eine Veränderung eintreten lassen konnte, beruht jedoch auf einem Verkennen der staatsrechtlichen Verhältnisse.

Abg. v. Unruh: In der Voraussetzung, daß der Herr Finanzminister sich bemühen wird, im Sinne des Antrags zu verfahren, verzichte ich auf das Wort.

Der Antrag Sybel wird angenommen, die übrigen Positionen des Etats werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat der hohenzollernschen Lande.

Reg.-Komm. Geh. Finanzrat Mölle: Es ist zum ersten Male in diesem Jahre, daß der Etat der hohenzollernschen Lande mit einem Defizit abschließt. Die Einnahmen betragen 159,428 Thlr., die Ausgaben 237,428 Thlr., so daß ein Zuschuß von 78,000 Thlr. erforderlich ist. Der Grund liegt in dem Verhältnisse dieser Landestheile zum Norddeutschen Bundes. Die Einnahmen sind zum großen Theile der Bundeskasse überwiesen worden, während von den Ausgaben nur wenig abgesetzt werden konnte, weil diese Landestheile zu der Militär- und Marineverwaltung nichts beigetragen haben.

Abg. Ebertz: regt, wie im v. 3., die Frage der Entschädigung des Fürsten von Thurn und Taxis aus der hohenzollernschen Staatskasse an, die nichts weiter als eine Schenkung an den Fürsten zu Ungunsten der Steuerzahler sei. Das Haus habe dies im vorigen Jahre schon ausgesprochen. Weder erwartet von der Regierung, daß sie die bereits gezahlten 33,000 Gulden vom Fürsten wieder zurück verlangen werde.

Reg. Kommiss. Mölle: Die Regierung war vertragsmäßig verpflichtet, dem Fürsten von Thurn und Taxis eine Entschädigung von 63,000 Gulden zu zahlen und dürfte sich einer solchen Verpflichtung nicht entziehen.

Abg. Dr. Ebertz: Der Fürst hatte auf seine Rechte vorher verzichtet, von einer Entschädigung konnte also nicht mehr die Rede sein.

Die einzelnen Etatspositionen werden ohne Debatte genehmigt.

Zum Etat der allgemeinen Kassenverwaltung beantragen die Kommissarien des Hauses: in Tit. 2 Nr. 4. 14,285 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf. mehr in Einnahme zu stellen, welche als Staatsrente von Seiten des Großherzogthums Hessen an das Landgrafenamt Hessen-Homburg zu zahlen sind. — **Reg. Kommissar Mölle:** pflichtet dem Antrage bei, indem er die Entschädigung der Rente darlegt. Danach verbleibe dieselbe auf Verträgen aus den Jahren 1768 und 1816 und wurde bis zum März 1866 bezahlt, dann aber verweigert, da die Regierung die Verpflichtung mit dem Erlöschen des Mannesstammes der fürstlich hessen-homburgischen Familie als befristet betrachtet.

Abg. Laster: fragt, ob in diesem Jahre dem Hause eine Uebersicht über den Staatschatz gegeben werden solle.

Reg.-Komm. Mölle: Ich bin zwar auf diese Frage nicht vorbereitet, nehme aber keinen Anstand zu erklären, daß die Regierung kein Bedenken tragen wird, dem Hause die gewünschte Uebersicht vorzulegen.

Der Antrag der Kommissarien wird genehmigt und der Rest des Etats ohne Diskussion erledigt.

Damit erklärt Vizepräsident v. Köller die Vorberatung des Staatshaushalts-Etats für beendet. (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für Finanzen und Handel über den Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung der Binsgarantie des Staates für das Anlagekapital einer Eisenbahn von Eriern durch die Eifel nach Call.

§. 1. Die der Rheinischen Eisenbahngesellschaft Behufs Uebernahme des Baues und Betriebes einer Eisenbahn von Eriern durch die Eifel nach Call durch das Gesetz vom 7. Juli 1866 (Gesetzsammlung für 1866 Seite 448) bewilligte Binsgarantie wird nach näherer Maßgabe des beigedruckten mit der Rheinischen Eisenbahngesellschaft unterm 12. f. 14. November 1867 abgeschlossenen Vertrages auch auf denjenigen Betrag ausgedehnt, um welchen das in dem Gesetz vom 7. Juli 1866 vorgesehene Anlagekapital von 11 Millionen Thalern in Folge der Mehrausgaben für den Grunderwerb und in Folge der Begebung der Aktien Lit. B. unter dem Nominalwerthe sich zur Deckung der Kosten der Bahnanlage unzureichend erweisen möchte.

§. 2. Sobald die Baurechnung für die Call-Eriern-Bahn abgeschlossen ist, wird der nach Maßgabe des §. 1 über die Summe von 11 Millionen Thalern zur Fertigstellung der Bahn etwa erforderliche Betrag unter Mitwirkung eines Kommissars des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten festgestellt und durch landesherrliche Verordnung bekannt gemacht.

Die Kommissionen beantragen: 1) dem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen; 2) die mit Bezug hierauf eingegangenen Petitionen dadurch für erledigt zu erachten; 3) die dringende Erwartung auszusprechen, die Regierung werde die Rheinische Eisenbahngesellschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen und vertragsmäßigen Mitteln dazu anhalten, nicht nur die Eriern-Kaller, sondern auch die Eustirchen-Bühler resp. Sechtemer Eisenbahn schnellstmöglich in Angriff zu nehmen und so bald als möglich zu vollenden.

Abg. Förster: nimmt den in den Kommissionen bereits abgelehnten Antrag wieder auf: falls bei der Grunderwerb die Bewilligungen der Kreise und Gemeinden sich als ihre Prästationsfähigkeit überschreitend erweisen sollten, möge die Regierung mit der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft die Uebernahme eines Theils bis zu 50,000 Thlr. auf Rechnung des Baufonds herbeiführen.

Abg. v. Benda: bittet, wie in der Kommission, diesen Antrag abzulehnen, der eine bis jetzt neue Anomalie sein und den Kreisen ein Geschenk aus Staatsmitteln zum Eisenbahnbau machen würde.

Berichterstatter Abg. Hamacher: empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage. **Abg. v. Benda:** stellt ihm im Sinne des Försterschen Antrages die dem Kreise Schleiden schuldige Rücksicht entgegen, der sich allein zur bedingungslosen Vergabe des Grund und Bodens verpflichtet habe zu einer Zeit, als die Regierung von keiner anderen wissen wollte, während sie später anderen Kreisen gegenüber anders verfuhr. **Reg.-Kommissar v. d. Ned:** lehnt seinerseits den Antrag ab; sollte sich später herausstellen, daß ein Kreis überbürdet worden sei, könne die Regierung immer noch den Schaden ausgleichen.

Der Antrag Förster zu §. 1 wird abgelehnt und §. 1 und 2 der Vorlage werden mit sehr großer Majorität angenommen, desgleichen die Anträge der Kommissionen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Tagesordnung: Entschädigung der depesirten Fürsten und Petitionen, betreffend die Eisenbahnanleihe von 40 Millionen.)

Parlamentarische Nachrichten.

— Der Vertrag über die Erbauung und den künftigen Betrieb einer Eisenbahn von Posen nach Thorn nebst einer Abzweigung nach Bromberg lautet:

Zwischen dem Regierungss-Affessor Ursinus, als Kommissarius des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, einerseits, und dem Geh. Regierungsrath Lenge, als Vorsitzenden der Direktion, sowie dem Kommerzienrath Brand und dem Banquier Bromberg, als Mitgliedern des Verwaltungsrathes der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft, andererseits, ist heute unter Vorbehalt der landesherrlichen sowie der Genehmigung der General-Versammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft folgender Vertrag verabredet worden:

§. 1. Die Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet sich, die Erbauung und den Betrieb einer Eisenbahn von Posen über Gnesen und Inowracław nach Thorn mit einer Zweigbahn von einem noch zu bestimmenden, aber nicht südlicher als Patosz gelegenen Punkte nach Bromberg als einen integrirenden Theil des Oberschlesischen Eisenbahn-Unternehmens unter den nachstehenden näheren Bedingungen zu übernehmen.

§. 2. Die Bestimmung der Richtungslinie der Eisenbahn, sowie des Abzweigungspunktes der Zweigbahn nach Bromberg bleibt dem künftigen Ministerium für Handel u. v. vorbehalten. Der Genehmigung und Bestimmung derselben unterliegen auch die speziellen Bauprojekte und Anschläge. Etwaige Abweichungen von den festgestellten Projekten und Anschlägen sind nur unter besonderer Genehmigung des vorbezeichneten Ministeriums zulässig.

§. 3. Die Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet sich, mit der Aufstellung der speziellen Bauprojekte und Anschläge sofort nach Ertheilung der landesherrlichen Konzession vorzugehen, mit dem Bau der Bahn zugleich nach Genehmigung und Bestimmung der Projekte und Anschläge durch die königliche Staatsregierung zu beginnen und die Bahn in vier Jahren nach Ertheilung der landesherrlichen Konzession betriebsfähig herzustellen und dem Betrieb zu übergeben.

§. 4. Die königliche Staatsregierung wird dahin wirken, daß der Gesellschaft der zur Erbauung der Bahn nach Maßgabe der von dem königlichen Ministerium für Handel u. v. festgestellten Bauprojekte und Anschläge erforderliche Grund und Boden von Seiten der beteiligten Korporationen unentgeltlich überwiesen wird.

§. 5. Das zum Bau und zur vollständigen Ausrüstung der Posen-Thorn-Bromberger Bahnstrecke, zum entsprechenden Ausbau der Anschluß-Bahnstrecken in Posen, Thorn und Bromberg, so wie zur Anschaffung der erforderlichen Transportmittel nöthige Kapital wird einschließlich des zur Verzinsung desselben während der Bauzeit erforderlichen Betrages und der etwaigen Kursverluste auf dreizehn Millionen Thaler angenommen und durch Ausgabe von vier und ein halb prozentigen Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft beschafft.

§. 6. Sobald die Baurechnung der Posen-Thorn-Bromberger Bahn abgeschlossen ist, wird das Kapital, welches sich

- a) für den Bau der Bahn nebst allem Zubehör,
- b) für die Anschaffung der Transportmittel,
- c) für die Befreiung der General-Kosten, welche, soweit sie sich nicht abgefordert verrechnen und direkt aus dem Baufonds verausgaben lassen, mit 1/2 Prozent der Ausgaben zu a. u. b. der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft zu vergüten sind,
- d) für den Kursverlust bei Ausgabe der Prioritäts-Obligationen,
- e) für die Verzinsung der Prioritäts-Obligationen während der Bauzeit, das heißt bis zu dem auf die Betriebs-Eröffnung der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn folgenden 1. Januar

als notwendig ergeben hat, unter Zuziehung eines Kommissarius des königlichen Ministeriums für Handel u. v. definitiv festgestellt.

§. 7. Der Reinertrag der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn wird dergehalt berechnet, daß von der gesamten Jahres-Einnahme derselben

- a) die verausgabten Verwaltungs-, Transport- und Unterhaltungskosten nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 8 dieses Vertrages,
- b) die zu dem Reserve- und dem Erneuerungsfonds fließenden Beträge (§. 9 dieses Vertrages)

abgezogen werden.

§. 8. Zur Vereinfachung der Betriebsrechnung wird festgestellt, daß die Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn an sämtlichen Betriebsausgaben des Oberschlesischen Eisenbahn-Unternehmens — das heißt an den Kosten der allgemeinen Verwaltung, der Bahnverwaltung und der Transportverwaltung — in derselben Weise participirt, wie bezüglich der Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn im Verhältnis zu der Oberschlesischen Eisenbahn festgestellt ist.

Die in diesem Verhältnis festgestellten Grundzüge über die Vergütung für die wechselseitige Benutzung der Transportmittel gelten auch für die Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn in ihrem Verhältnis zu der Oberschlesischen Eisenbahn.

§. 9. Ein Reserve- und ein Erneuerungsfonds der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn sind zu bilden. Für die Rücklagen in denselben sind die für den Reserve- und den Erneuerungsfonds des übrigen Oberschlesischen Eisenbahnunternehmens geltenden Bestimmungen maßgebend.

§. 10. Für den Fall, daß der Reinertrag der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn nicht hinreichen sollte, um das Anlagekapital mit vier und ein halb vom Hundert zu verzinsen, leistet zunächst und vor dem Staate die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft einen Zuschuß von einem halben Prozent.

Wird auch hierdurch die Verzinsung mit vier und einem halben Prozent nicht vollständig erreicht, so ist der Staat verpflichtet, den hierzu erforderlichen Zuschuß für das aufgewendete Anlagekapital bis zu dem Maximalbetrage von dreizehn Millionen Thalern aus dem ihm nach §. 9 des zweiten Nachtrages zum Statut der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft zustehenden dritten Theile von dem Ueberschusse über 5 Prozent des Aktienkapitals (der sogenannten Superdividende) und aus dem ihm nach demselben Paragraphen rüchsiglich seines Theils an den Stammaktien Lit. B. der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft zustehenden Gewinne über 3/2 Prozent dieser Aktien (der eigentlichen Dividende), eventuell aus dem Garantiefond (§. 11 dieses Vertrages) zu leisten, so weit diese Beträge reichen und nicht durch die Binsgarantie, welche für das Anlagekapital der Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn in den Gesetzen vom 20. Februar 1854 (S. 94) und vom 13. Mai 1857 (S. 437) bewilligt worden ist und in diesem Vertrage verabredeten Binsgarantie vorgeht, in Anspruch genommen werden.

Die Binsgarantie des Staates hört auf, sobald die Bahnstrecke der projektirten Thorn-Insterburger Eisenbahn von Thorn bis zum Anschluß an die Ostpreussische Südbahn 10 Jahre hindurch im Betrieb gewesen sein wird.

Nach Beendigung dieser Binsgarantie liegt die Verzinsung der Prioritäts-Obligationen mit 4 1/2 Prozent selbstverständlich der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft allein ob.

§. 11. Zur Sicherung für die Deckung etwaiger Binsausfälle ist der Staat verpflichtet, den in Gemäßheit des §. 9. des unter dem 20. August 1853 Allerhöchste bestätigten Vertrages vom 28. Juli desselben Jahres, der Gesetze vom 20. Februar 1854 und vom 13. Mai 1857 und des unter dem 27. Dezember 1858 Allerhöchste bestätigten dreizehnten Nachtrages zu dem Statute der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft, bis zur Höhe von 1,400,000 Thlr. angesammelten, resp. anzusammelnden Garantiefonds nach Vorschrift der allegirten Bestimmungen auf die Dauer der im §. 10. dieses Vertrages übernommenen Garantie zu erhalten.

§. 12. Zur Amortisation des Anlage-Kapitals werden jährlich verwendet:

- a) der Reinertrag (§. 7. über 4 1/2 pCt. des Anlagekapitals bis zur Höhe eines halben Prozents des letzteren.
- b) die Zinsen der amortisirten Prioritätsobligationen.

§. 13. Rücksichtlich des Postdienstes und der Anlage elektro-magnetischer Telegraphen und deren Benutzung, sowie in Betreff der Benutzung der Bahn für militärische Zwecke finden auf die Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn die für das Oberschlesische Eisenbahn-Unternehmen geltenden Bestimmungen Anwendung.

§. 14. Die Bestimmungen der Allerhöchsten Konzessions- und Bestätigungs-Urkunden vom 24. März und 2. August 1841, des unter dem 26. Februar 1842 Allerhöchste bestätigten Statuts der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft, des unter dem 11. August 1843 Allerhöchste bestätigten zweiten Nachtrages, so wie aller übrigen Nachträge zu diesem Statut, ingleichen des durch den Allerhöchsten Erlaß vom 13. Oktober 1856 genehmigten Vertrages zwischen der Staatsregierung und der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft vom 17. Sept. 1856 gelten auch für das Unternehmen des Baues und des Betriebs der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.

Berlin, den 30. November 1867.

(Unterschriften.)

Die Motive zu dem obigen Gesetzentwurf lauten:

Die Eisenbahn von Posen nach Thorn und Bromberg ist in mehrfacher Beziehung von hervorragender Bedeutung.

In der Richtung von Posen nach Bromberg wird sie die Verbindung der Provinzen Posen und Schlesien mit der Provinz Preußen durch Befestigung des unheilbaren Umweges über Kreuz von 11 Meilen wesentlich erleichtern und hierdurch den wünschenswerthen Austausch der schlesischen Produkte an Eisen, Kohlen, Kalk u. c. gegen den nordischen Import fördern und beziehungsweise erst ermöglichen.

Mittels der Linie von Thorn nach Posen wird sie die projektirte Eisenbahn von Insterburg nach Thorn und die bereits im Bau begriffene Warthburg-Posenische Eisenbahn von Posen nach Frankfurt und Guben in die notwendige Verbindung setzen.

Mit ihrer Ausführung und dem gleich beabsichtigten Bau der Eisenbahn von Dirschau nach Schneidemühl und von Insterburg nach Thorn wird das Eisenbahnnetz des östlichen Theiles der Monarchie eine Vervollständigung erreichen, wie sie schon lange ersehnt worden ist.

Von Gydskühnen an der russischen Grenze werden sich über Insterburg zwei große Linien, die eine über Königsberg, Dirschau, Schneidemühl und Kastrin, und die andere über Thorn, Posen und Frankfurt nach Berlin erstrecken, und zwar in einer solchen Entfernung von einander, daß die Selbstständigkeit einer jeden gewahrt und die Befürchtung einer schädlichen Konkurrenz unter einander ausgeschlossen ist. Weiter wird die letztgedachte Linie in ihrer Fortsetzung von Posen über Guben, Halle und Kassel nach dem Rheine die wichtige Aufgabe lösen, eine zweite große Route zur Verbindung des Ostens und Westens von Europa mitten durch Deutschland ins Leben zu rufen.

Die Strecke Dirschau-Bromberg wird dabei zwar aus dem Hauptzuge der Ostbahn auscheiden, in Folge des Baues der Bromberg-Posener Linie aber ihre Bedeutung für den durchgehenden Verkehr bewahren und nur in einer anderen Richtung, in der Verbindung der Provinzen Preußen, Posen und Schlesien zu suchen haben.

Es bedarf keines Hinweises, von welchem Werthe diese Vervollständigung des Eisenbahnnetzes und vornehmlich die Ausführung der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn in militärischer Beziehung ist. Nach Herstellung dieser und der anderen gedachten Bahnen werden die Eisenbahn-Verbindungen der Provinzen Preußen, Posen, Brandenburg und Schlesien kaum noch ein strategisches Bedürfnis unbefriedigt lassen.

Der allgemeinen Bedeutung der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn steht in gleichem Maße ihre Wichtigkeit für die lokalen Interessen der von ihr berührten Landestheile zur Seite.

Von Posen wird sich diese Bahn an Rudewitz vorüber nach Gnesen wenden und diese Stadt mit den beiden Provinzial-Hauptstädten und mit Thorn verbinden. Von da wird sie über Trzemeszno entweder rechts der Nege über Strzelno oder auf dem linken Ufer derselben über Mogilno und Patosz nach Inowracław und Thorn und mittelst einer Abzweigung im ersten Falle von Inowracław, im letzteren von Patosz nach Bromberg geführt werden.

Für die eine wie für die andere Linie sprechen gewichtige Gründe, welche eine sorgfältige Prüfung erfordern und vor definitiver Bestimmung der Linie finden werden. Hier dürfte die Frage ohne Bedeutung sein; denn, wie sie auch entschieden werden mag, es wird die Bahn die fruchtbaren und kulturfähigen Gegenden des Mogilnoer und des östlichen Schubin Kreises, so wie das an Bodenreichtum der Wagburger Börde vergleichbare Kujawien erschließen, dem beträchtlichen Verkehre dieser Kornammer mit ihren Haupt-Stapelplätzen Bromberg und Danzig die unentbehrliche Erleichterung gewähren und für eine höhere Entwidlung der Landwirtschaft und Industrie den Boden bereiten.

In der Richtung von Posen nach Bromberg 19,5 oder 20,8 Meilen lang, je nachdem die Abzweigung von Patosz oder von Inowracław stattfindet, wird in der Richtung von Posen nach Thorn in beiden Fällen 19 Meilen lang, wird die Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn nach dem Ergebnisse der angefertigten Vorarbeiten eine Gesamtlänge von 25,03 Meilen erreichen und mit Einschluß der Kosten für die nöthigen fortifikatorischen Anlagen in Posen und Thorn ein Anlagekapital von ca. 13 Mill. Thalern erfordern.

Bei solchen Verhältnissen konnte es nicht fehlen, daß die Spekulation frühzeitig ihr Augenmerk auf die Anlage der hier in Rede stehenden Eisenbahn richtete. Schon vor länger als zehn Jahren erbat und erhielt die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft die Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Posen über Gnesen nach Bromberg.

Die ungünstige Gestaltung des Geldmarktes, die Handels- und Verkehrskrisis zu Ende der fünfziger Jahre und eine Reihe anderer hindernder Umstände bestimmten jedoch wenige Jahre später die Gesellschaft, auf die Ausführung dieser Eisenbahn zu verzichten, und die Staatsregierung, die Gesellschaft von derselben zu entbinden und die ertheilte Konzession für erledigt zu erklären. An die Stelle des aufgegebenen Projektes (Posen-Bromberg) trat alsbald das gegenwärtige (Posen-Thorn-Bromberg). Wieder bewarb sich die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft um die Ausführung desselben, zugleich aber erhob sie den Anspruch auf eine Binsgarantie.

Die Staatsregierung, überzeugt von der gesunden Grundlage und der wahrscheinlichen Rentabilität des Unternehmens, lehnte den Antrag um so mehr ab, als Komites und einzelne Unternehmer sich fanden, welche die Herstellung der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn ohne finanzielle Staatsunterstützung zu bewerkstelligen suchten. Die Begehren der letzteren, wiewohl viele Jahre lang eifrig fortgesetzt, führten indessen wieder nicht zum Ziel und blieben, auch als in der Folge der künftigen Gesellschaft die Bewilligung einer Bauprämie in Aussicht gestellt wurde, ohne Erfolg, so daß sie zur Zeit als gänzlich gescheitert zu betrachten sind.

Von Neuem ist nunmehr der Verwaltungsrath der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft mit dem Antrage auf Ertheilung der Konzession unter Bewilligung der in dem Gesetzentwurf bezeichneten Binsgarantie hervorgetreten und zahlreiche Berichte und Petitionen der Provinzialbehörden, Korporationen und Vereine vereinigen sich in der Bitte, dem Antrage stattzugeben.

Der erneuerte Versuch, die Gesellschaft zur Ausführung der Bahn ohne Binsgarantie zu bewegen, ist fruchtlos geblieben.

Unter diesen Umständen hat die Staatsregierung die verlangte Binsgarantie nicht länger verjagen zu dürfen geglaubt und hat deshalb mit Delegirten der Vorstände der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft den dem Gesetzentwurf beigefügten Vertrag vom 30. November 1867 vereinbart. Derselbe hat die Genehmigung des Verwaltungsrathes, ausweislich des Sitzungsprotokolls vom 11. Dezember desselben Jahres bereits erhalten und wird binnen Kurzem auch (Fortsetzung in der Beilage.)

der Generalversammlung der Aktionäre zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Der Entwurf ist im Wesentlichen der früher geschlossenen, von dem Landtage bereits genehmigten Garantieverträge, namentlich dem durch das Gesetz vom 20. Februar (Gesetz-Sammlung S. 94) bestätigten Vertrage vom 28. Juli 1853 über die Erbauung und den Betrieb der Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn nachgebildet worden.

Nach seinem Inhalt übernimmt die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft, die Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn nach den vom Ministerium für Handel u. s. festgestellten Projekten und Ansätzen binnen vier Jahren von Ertheilung der Konzession an gerechnet zu bauen und in Betrieb zu setzen.

Das zum Bau und zur vollständigen Ausrüstung der Bahn nöthige Kapital ist auf Grund der gedachten Voranschläge einschließlich des zur Verzinsung während der Bauzeit erforderlichen Betrages und etwaiger Coursverluste auf 13 Millionen Thlr. angesetzt worden, und soll durch Ausgabe von 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft beschafft werden.

In dieser Anschlagssumme sind die Kosten des Grunderwerbes nicht enthalten. Die Staatsregierung übernimmt es, dahin zu wirken, daß diese Kosten von den beteiligten Kreisen getragen werden. Da sämtliche von der Bahn zu durchschneidende Kreise ihre Bereitwilligkeit hierzu beschlußmäßig bereits ausgesprochen haben, so ist an einer befriedigenden Erledigung dieser Frage nicht zu zweifeln.

Das wirklich aufgewendete Kapital wird nach Schluß der Baurechnung nach Maßgabe des § 8 definitiv festgestellt und von dem 1. Januar nach der Eröffnung des Betriebes ab aus dem nach Vorschrift der §§. 9 bis 11 zu berechnenden Reinertrage vergütet werden. Für den Fall, daß dieser Reinertrag nicht hinreichen sollte, das Anlagekapital bis zum Maximalbetrage von 13 Millionen Thlr. mit 4 1/2 pCt. zu verzinsen, leistet zunächst die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft einen Zuschuß von einem halben Prozent und demnach der Staat den etwa weiter erforderlichen aus dem ihm statutenmäßig zustehenden Theile des Reinertrages der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft über 5 Prozent des Aktienkapitals und der über 3 1/2 Prozent Zinsen aufkommenden Dividende des Staats-Anteils an den Stamm-Aktien Litt. B. der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft, soweit diese Beträge hinreichen, und nicht durch die für das Anlage-Kapital der Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn zu bewilligende Binsgarantie, welche der für die Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn zu bewilligende Garantie vorgeht, in Anspruch genommen werden.

Der Breslau-Posen-Glogauer Garantie-Fonds, welcher zur Zeit in Stamm-Aktien Litt. A., B. und C. der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft im Nominalwerthe von beinahe einer Million Thaler besteht, ist zur Sicherung auch der Posen-Thorn-Bromberger-Garantie auf die Dauer derselben in der statutenmäßigen Höhe von 1,400,000 Thalern zu erhalten.

Die Garantie des Staates hört auf, sobald die Bahnstrecke der projektirten Thorn-Insterburger Eisenbahn von Thorn bis zum Anschlusse an die Ostpreussische Südbahn 10 Jahre hindurch in Betrieb gewesen sein wird.

Die Amortisation der Prioritäts-Obligationen ist im §. 14 geregelt. In dem Schlussparagraphen endlich, welcher die Geltung aller Bestimmungen des Statuts der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft und der Nachträge zu demselben, sowie des Vertrages vom 17. September 1856, betreffend die Ueberlassung der weiteren Ausführung des Baues, sowie der Verwaltung und des Betriebes sämtlicher das Oberschlesische Eisenbahnunternehmen bildenden Bahnunternehmungen an den Staat, auch auf das Unternehmen des Baues und des Betriebes der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn ausdehnt, ist dem Staate sowohl die nöthige Kontrolle und Einwirkung, als auch der statutenmäßige Anspruch auf Dividende und Superdividende aus dem der Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals übersteigenden Reinertrage gesichert. Dieser Reinertrag des neuen Unternehmens fließt nämlich zu den Fonds des Stammunternehmens und erhöht also den Betrag, der jährlich an die Aktionäre zur Vertheilung gelangt. Der Staat participirt an diesem Gewinn in zweifacher Beziehung, als Besitzer einer großen Zahl von Aktien und in Folge des statutenmäßigen Anspruchs auf ein Drittel des Reinertrages, welcher über 5 pCt. aufkommt.

Ueber den Anteil des Staates an dem Oberschlesischen Eisenbahn-Unternehmen, seinen Anspruch auf Dividenden und Superdividenden aus den Erträgen desselben, sowie über die Bildung des Garantie-Fonds geben die Motive zu dem Entwurfe eines Gesetzes über die Bewilligung einer bedingten Binsgarantie für das Anlage-Kapital der Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn (Drucksachen der II. Kammer 1853 4, Band I. Nr. 21), auf welche der Kürze wegen hier Bezug genommen wird, näheren Aufschluß.

Der Staat garantiert also der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft nach Maßgabe dieses Garantievertrages bedingt und zeitlich beschränkt einen jährlichen Reinertrag von vier Prozent des in dem Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn-Unternehmen anzulegenden Kapitals bis zur Höhe von 13 Millionen Thalern.

Die einzelnen Bestimmungen des Vertrags- und Gesetz-Entwurfs schienen einer besonderen Erläuterung nicht zu bedürfen. Es werden durch sie nicht die allgemeinen Staatsfonds, sondern nur die Intraden des Staates aus dem Oberschlesischen Eisenbahnunternehmen, soweit diese reichen, und nicht durch etwaige Binszuschüsse für das in erster Stelle mit denselben Intraden garantierte Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahnunternehmen in Anspruch genommen werden, belastet u. zwar nur auf die nächsten 10 Jahre nach Eröffnung der Thorn-Insterburger Eisenbahn. Jedem nennenswerthe Opfer wird der Staat voraussichtlich nicht zu bringen haben. Es läßt sich vielmehr annehmen, daß dem Staate, wenn er ja in den ersten Jahren nach der Eröffnung zur Leistung eines geringen Zuschusses zur Verzinsung des Anlagekapitals genötigt werden sollte, aus den späteren Ueberflüssen der Bahn, in den durch die vermehrten Dividenden und Superdividenden des ober-schlesischen Unternehmens reiche Vergütung für jene Zuschüsse zu Theil werden wird, und daß die Bewilligung der Garantie, ursprünglich vielleicht ein Opfer, sich alsbald in eine Quelle des Gewinns umwandeln wird.

Die Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn — notwendig als Glied zweier großen Routen von Norden nach Süden und von Osten nach Westen nicht mehr entbehrt als endlicher Erschluß der reichen von ihr berührten Landestheile; von entscheidender Wichtigkeit für die Rentabilität der auf Kosten des Staates zu bauenden Eisenbahn von Thorn nach Insterburg und für die Befestigung des Credits der schon im Bau begriffenen vier gemeinnützigen Märkischen-Posenischen Eisenbahn — würde ohne die Garantie des Staates zu unberechenbarem Schaden des Landes jedenfalls wieder auf unbestimmte Zeit verzögert werden. In der Bewilligung einer billigen, aller Voraussicht nach sogar Gewinn bringenden Garantie ist das Mittel geboten, die sofortige Ausführung der Bahn durch eine solide unter königlicher Verwaltung stehende Eisenbahn-Gesellschaft zu sichern.

Die Regierung steht daher nicht an, dem Landtage die Zustimmung zu der in Aussicht genommenen beschränkten Bins-Garantie zu empfehlen.

Der Bericht der Budget-Kommission des Herrenhauses empfiehlt die Annahme des im Abgeordnetenhaus am 21. Dezember unverändert angenommenen Gesetz-Entwurfs, betreffend die künftige Behandlung der Staatsschulden mehrerer neuer Landestheile und die Ausgabe von Kassenanweisungen zum Betrage von 2,407,653 Thlr. nur unter Modifikationen der Paragraphen 1 und 11.

Der Bericht der Eisenbahn-Kommission des Herrenhauses über den Gesetzesentwurf betreffend die Gewährung einer Staatsunterstützung an die Thüringische Eisenbahn für den Bau einer Bahn von Leinefelde nach Göttingen empfiehlt die unveränderte Annahme desselben in der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Fassung.

Nicht die Notstands-Kommission trat gestern Abend zu einer Sitzung zusammen, um über den Antrag Hoyerbed zu beraten, sondern es war nur eine vertrauliche, sehr zahlreich besuchte Besprechung der Abgeordneten aus der Provinz Preußen über die Maßregeln, welche dem Nothstand gegenüber, bei der Regierung etwa noch anzunehmen sein würden. Hierbei wurde auch des Antrages Hoyerbed gedacht, welcher in der That und sicher abgelehnt werden würde, wenn die Antragsteller denselben nicht zurückziehen. Die Abgeordneten halten alle dieses vorgeschlagene Gesetz für verfehlt und der beabsichtigten lindernden Wirkung nicht entsprechend. Es wurde schließlich eine Kommission von 8 Mitgliedern gewählt, welche in einer demnach und wahrheitsgemäß auf Sonnabend anzuberaumenden Besprechung Vorschläge in Betreff jener bei der Regierung anzunehmenden Maßregeln machen soll. Zu erwähnen ist noch, daß der Antrag Hoyerbed heute in der Finanzkommission beraten worden ist, daß aber die Kommission sich noch nicht schlüssig gemacht hat.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 31. Januar.

Der Herr Erzbischof Graf Ledochowski hat kürzlich angeordnet, daß die Geistlichen sich bei Ausheilung des heil. Abendmahls der lateinischen Sprache bedienen sollen. Hiergegen sind, wie der „Dz. poz.“ meldet, Geistliche des Schroder Dekanats vorstellig geworden.

B. Naturwissenschaftlicher Verein für die Provinz Posen. Herr Stadtbaurath Stenzel hielt am Mittwoch seinen angekündigten Vortrag über Abfuhr oder Kanalisation in den Städten in Beziehung auf die Abfälle und Exkremente. Die Gesundheit Aller wird durch diese Stoffe gefährdet und große wirtschaftliche Interessen vieler werden dabei berührt. Die ältesten Nationen haben schon das Bedürfnis gefühlt, die der Gesundheit nachtheiligen Abfälle in den Städten zu beseitigen. Es sind noch Abzugskanäle übrig aus den ältesten Zeiten vor Christus, z. B. von dem alten römischen Könige Tarquinius Priscus, Ueberreste der Cloaca maxima von 14 Fuß Höhe und 17 Fuß Breite. Je reinlicher ein Volk ist, desto gesitteter ist es; je schmutziger eine Nation ist, desto mehr sinkt sie.

Stieht man vom Grundwasser ab, so sind fünf Arten von Stoffen zu beseitigen:

- 1) der Regen, überhaupt die atmosphärischen Niederschläge;
- 2) das Hausabwasser und das Wasser des gewerblichen Establishments;
- 3) die festen wirtschaftlichen Abfälle, wie Kohlen, Asche, Bleischabfälle;
- 4) der Straßengefährd;
- 5) die thierischen und menschlichen Auswürfe.

Dabei kommen zwei Kardinalfragen in Betracht:

- A. Wie werden diese Stoffe gesammelt und fortgeschafft?
- B. Wie können diese Stoffe verwertet werden?

Den Kommunen liegt wesentlich die Beantwortung der ersten Frage vor. Julius v. Viebig hat vor 20 Jahren einen Nothschrei erhoben, daß wir dadurch verarmen, daß die nützlichen Dungsstoffe den Kläffen zugeführt und der Bodenkultur entzogen werden. In der Welt geht aber nichts verloren, verschwindet nichts, kommt Alles irgendwo zur Verwerthung. Die Landwirthe erheben aber große Ansprüche und wollen wenig dafür leisten.

Was 1. den Regen betrifft, so verdunstet ein Drittel; das zweite Drittel zieht in den Boden; das letzte Drittel läuft ab. Für das letzte Drittel werden Rinnsteine und unterirdische Kanäle angelegt.

2) Das Abwasser aus den Küchen vergiftet (insizirt) oft die anliegenden Brunnen, dafür müssen unterirdische Abzugskanäle angelegt werden. Der Schwemmfand des Küchenwassers verstopft oft diese Kanäle, dieselben müssen daher einen Durchmesser von wenigstens sechs Zoll haben, und muß ein ganz ausgebildetes Kanalsystem, ein geschlossenes über die ganze Stadt verbreitetes Netz angelegt werden. Seit der Einführung der Wasserleitungen ist der Wasserverbrauch ungeheuer gestiegen, namentlich für gewerbliche Anlagen, die immer reines Wasser verlangen und schmutziges ableiten. Durch die Abtritte abgange entziehen oft Vergiftungen der nahe gelegenen Brunnen. Nur durch Kanalisation ist hier zu helfen.

3) Die festen Abgänge aus der Küche, vegetabilischen und animalischen Ursprungs, namentlich aus den Schlachthäusern sind durch Abfuhr zu entfernen. 4) Der Straßengefährd hat gegen früher sehr an Werth verloren, weil die Pferde nicht mehr Tag und Nacht auf der Straße stehen, auch der Dünger durch Kinder aufgesaugt wird. Dazu kommt, daß die Straßen durch Anlage von Gasröhren, Wasser-, Telegraphen-Leitung so umgewandelt sind, daß nur der todte Sand nach oben gefahren werden ist.

5) Die Kloaken liefern 1/3 feste und 2/3 flüssige Stoffe. Man hat den kaufmännischen Werth dieser Dungsstoffe gewöhnlich weit überschätzt; und manche falsche Spekulation ist darauf gegründet worden. Die meisten dieser Auswürfe gehen augenblicklich nach der Erzeugung in Säure über, entwickeln schädliche Gasarten, die bei Epidemien tödlich wirken; sicher ist es, daß durch das Einathmen dieser Miasmen eine Disposition zur Cholera u. s. w. erzeugt wird.

Es sind nun 3 Methoden für die Abfuhr in Anwendung gekommen: 1) die Senkgruben, 2) die Tonnenabfuhr, 3) das Schwemmsystem oder die Kanalisation. Am billigsten aber schlechtesten sind die Senkgruben, über 60 Prozent des Ammoniak gehen dabei in die Luft und verbreiten Miasmen. Die Abbringung fliegender Trennungen, um feste und flüssige Stoffe zu sondern, ergibt sich als illusorisch, ebenso das Ueberlaufsysteem. Die Polizei kann und muß die Desinfektion durch schwefelhaltiges Eisenoxyd verlangen.

2) Die Tonnenabfuhr in luftdicht verschlossenen Tonnen ist bequem, verlangt aber große Depots für die Niederlegung, und einen sehr exacten Dienst, der nur von der Behörde organisiert werden kann.

3) Das Schwemmsystem mit vollständiger Kanalisation, ist das beste, aber sehr kostspielig, indem der Preis des laufenden Fußes sich von 2 bis 8 Thlr. berechnet. Posen hat 3 B. 5 deutsche Meilen Straßenlänge, dabei sind die Anschlüsse an die einzelnen Häuser, welche vielleicht das Vierfache betragen, unbeachtet geblieben. Das Schwemmsystem entfernt die schädlichen Stoffe sofort nach der Erzeugung, ehe sie in Säure übergegangen sind. Die Stadt Stettin hat die Summe von 300,000 Thalern für die Kanalisation ausgelegt.

Während in gewöhnlichen Verhältnissen der Verbrauch von Wasser sich auf wenig über 1 Kubikfuß täglich pro Kopf berechnet, steigt er nach Anlage von Wasserleitung auf 5 Kubikfuß, beträgt in Glasgow schon 10 Kubikfuß, in Newyork sogar schon 15 Kubikfuß, was gar nicht mehr zu leisten ist. Es werden daher die Wasserleitungen für das Abwemmungs- und Spülsystem zu sehr in Anspruch genommen.

Ueber die Frage, wem das Eigentumsrecht über die Abfälle zukommt, ob der Kommune, die subsidiär für die Wegschaffung eintreten muß, oder den Hausbesitzern, herrschen verschiedene Ansichten.

[Schwurgerichtsverhandlung. Fortsetzung.] Beim Abbruch des alten Wohnhauses ging Ludwig v. Chrzanowski in den stehenden Theil desselben, in welchem damals eine alte, das Bedenken habende Frau wohnte. Gleichzeitig ging die Beaufichtigung des Ludwig auf diese und nach deren Verziehen vor circa 3 Jahren auf die Wittve Marianna Soleszintal über. Als letztere das Haus bezog, befand sich in dem rechts gelegenen Räume nur der darin vorgefundene Bettkasten. Ein Nachgeschirr oder dergleichen war nicht vorhanden. Die Decke des Raumes wurde von den darin vorgefundenden zwei Stücken getragen. Die Wände waren ohne Lächer.

Die Soleszintal hatte den Auftrag, die herrschaftlichen Hühner aufzuziehen. Der Angeklagte befahl ihr nun, neben dieser ihrer Beschäftigung seinen Sohn in dem rechts von der Hausthür gelegenen Räume festzuhalten und ihn nicht aus demselben herauszulassen, übrigens aber das Essen für ihn aus der herrschaftlichen Küche zu holen und ihn zu bereinigen.

Infolge dessen erhielt Ludwig zum Frühstück Kaffee nebst einem Stück Brot mit Butter, zum zweiten Frühstück Butterbrot, welches ab und zu mit Fleisch belegt war, Mittags Suppe, Fleisch und Gemüse, Nachmittags Kaffee mit einem Stück Brot, Abends nichts.

Den ihr ertheilten Befehl führte die Soleszintal, so weit es ihre Zeit erlaubte, täglich aus und entfernte den Unrath. Während dieser Beschäftigung war die Thür zu, kein Raum offen, im übrigen aber, sowohl wenn die Soleszintal zu Hause, als auch, wenn sie im Hofe war, immer mittelst des nach dem Thüre zu angebrachten Hakens verschlossen, so daß Ludwig außer Stande war, den Raum zu verlassen.

Im ersten Jahr kam gelegentlich noch Sikora zu ihm, um im Auftrage des Angeklagten mit ihm spazieren zu gehen. Während dem war er durchaus ruhig und zeigte keinerlei Anzeichen von Zorn. Diese Spaziergänge wurden jedoch immer seltener. Als Sikora zum letzten Mal mit ihm im Jahre 1866 ausging, ging Ludwig noch ganz aufrecht und bemerkte Sikora nur, daß er in der letzten Zeit die Füße etwas steifer als früher vor sich hinstellte. Nach dieser Zeit kummerte sich weder Sikora noch sonst jemand um ihn und kam er in Folge dessen nicht mehr aus dem Hause heraus. Er begann infolge dessen seit dem Herbst 1866 auf der Erde in der Ecke die Füße und Arme an sich zu ziehen und auf allen Vieren herumzukriechen. Die ihm bis dahin gegebenen Kleider, Rock und Jacke, zerfiel er, ebenso die Betten, so daß er wöchentlich nur ein Hemde erhielt, und ihm allabendlich Betten auf den Schlafstätten gelegt wurden. Auch begann er an den Wänden herumzukriechen und gelang es ihm, an der Wand nach der Sonnenseite, wo sich das mit Brettern vernagelte Fenster befindet, Löcher herauszutreiben. Durch diese Löcher und wenn beim Reinigen des Raumes gelegentlich die Thür offen stand, auch durch die Thür troch er auf allen Vieren, meist mit dem Kopfe bekleidet, öfters aber auch ganz nackt in den Garten, von wo er von der Soleszintal, sobald sie es bemerkte, in das Haus zurückgetrieben wurde.

Im übrigen verhielt er sich ziemlich ruhig, lachte oft vor sich hin und fing an zu singen. Auch wurde er öfters gesehen, wie er mit den Händen sich an den

Eisenstäben festhaltend, durch das Loch der davor befindlichen Bretter herausfiel und dabei sang.

Im Winter wurden die von ihm gemachten Löcher wieder zugestrichen und zwischen die Eisenstäbe und Bretter des nach dem Garten liegenden Fensters Stroß gestopft, so daß nur durch das in der rechts vom Eingange befindlichen Wand eingelassene Stück Glas Licht in den Raum fallen konnte.

Der Ofen wurde im Winter, wie die Schürmat in der Voruntersuchung ausgefagt hat, einmal, wie sie heute jedoch behauptet, zweimal täglich geheizt. Durch das an vielen Stellen schadhafte Dach regnete es oft ein.

In diesem Raum, in welchem die Frau des Angeklagten ihren Sohn fast täglich, der Angeklagte selbst aber nur alle 2—3 Wochen besuchte, ist Ludwig v. Chrzanowski bis zum 3. Juni 1867 ziemlich 3 Jahre verblieben.

Außer dieser Zeugin der Anklage waren auf Antrag der Verteidigung noch ungefähr 10 andere Personen bei dem heutigen Termine vorgeladen, und hat deren Vernehmung folgendes ergeben:

Der Wirth Wojciech Purot war mit Ludwig v. Chrzanowski zusammen auf der Schule zu Trzemeszno gewesen. Ludwig begriff schon damals Alles sehr schwer und galt allgemein für geisteschwach. Er saß stets mit trümmern Rücken da und immer lag ein ausdrucksloses Schielen in seinem Gesicht. Auch soll er wiederholt sein Bett verunreinigt haben.

Von der Schule entlassen und von seinem Vater zu Hause mit der Beaufsichtigung der Leute beauftragt, ist er, wie der Bogt Szafranel bekundet, anstatt diesem Auftrage nachzukommen, fortgelaufen und hat mit den Dorfkindern „Steinden“ gespielt. Auch sei er schon früher mit eingeknickten Knien gegangen und habe beim Gehen die Füße in die Höhe gezogen und dieselben umfaßt.

Den Fußboden in dem letzten Aufenthaltsorte des Ludwig — von sämtlichen Zeugen „die Speisekammer“ genannt; dazu soll nämlich der Raum gedient haben — habe er, Szafranel, in einem halben Jahr zu drei verchiedenen Malen repariren müssen und habe ihm vor Ankunft der Kommission der Angeklagte befohlen, die Dielen wieder herzustellen.

Der Wirthschaftsinspektor Joseph Beyerlein war im Jahre 1861 im Dienste des Angeklagten. Schon damals hatte Ludwig einen schlottigen Gang, am liebsten lag er aber und zwar auf dem Rücken, die Kniee mit den Händen umfaßt, und hielt sich überhaupt mehr im Bett, wie außerhalb desselben auf.

In ähnlicher Weise äußerten sich die übrigen Zeugen. Zugleich berichteten sie von mehreren Anfällen von Zorn, die sie bei Ludwig v. Chrzanowski beobachtet haben. So schlug er einmal den Inspektor Beyerlein mit einer Peitsche, weil derselbe ihn von dem Ofen, auf den er geklettert, herunterziehen wollte, ein anderes Mal wollte er ihn mit einer Wischkelle erschlagen, er zerriß Heiligenbilder und machte aus den einzelnen Stücken Beuteln, schlug einen Jungen, mit dem er in Streit gerieth, mit einem Stein dermaßen auf den Kopf, daß dieser blutend zu Boden sank. Im Ganzen aber kamen dergleichen Anfälle selten vor. Dagegen nahmen seine Geisteskräfte auffallend schnell ab. Noch ehe er in die sogenannte Speisekammer kam, antwortete er auf Fragen, die man an ihn richtete, gar nicht, sprach überhaupt sonst nicht mehr und lachte stets auf die dem blödsinnigen eigenthümliche Weise. Entsetzlich war seine Unreinlichkeit. Nicht allein daß er mit seinem Unrath Bett, Kleider, Bände und seinen eigenen Körper beschmutzte, sondern Franz Sikora hat auch gesehen, daß er seinen Unrath in den Mund steckte. Sikora theilte es sofort der Ehefrau des Angeklagten mit und diese eilte mit ihrer Tochter mit geweihten Kreuzen herbei, besprengte ihren unglücklichen Sohn mit Weihwasser und betete, daß der böse Geist von ihm weiche.

Unter diesen Umständen wurde es dem Angeklagten sehr schwer, einen Wächter für seinen Sohn ausfindig zu machen.

Als der Angeklagte den Unglücklichen in die Speisekammer, die er vorher hatte weihen, mit Dielen und Weiden versehen lassen, brachte, soll er nach der Aussage des Michael Bogdanski mit Thränen im Auge zu ihm gesagt haben: „Siehst Du, jetzt wird noch so viel für Dich gethan, was wird aber nach meinem Tode mit Dir geschehen?“

Am 4. Juni 1867 wurde während der folgenden Wochen erfolgte ärztliche Untersuchung und Beobachtung des Ludwig v. Chrzanowski hat folgendes Resultat ergeben:

Am 4. Juni 1867 zeigte das eingefallene, blaßgrau gefärbte Gesicht einen ausgesprochen blödsinnigen Ausdruck. Das Auge war stier, die Sprache lallend und kaum verständlich. Auf die Fragen des Dr. Dornen, welcher ihn seit dem Jahre 1858 kennt, ob er ihn kenne, nannte er nach einigem Besinnen seinen Namen. Alle übrigen Fragen ließ er unbeantwortet. Nur als er gefragt worden, ob er zu Hause gemüthlich gewesen, suchte er mit den Händen und winkte mit der Hand.

Der von Kleibern entblößte Körper zeigte mäßigen Nahrungsgrad, die inzwischen gebadete Haut war fein, so daß an vielen Stellen die Adern durchsahen, die Kniee waren an beiden Beinen stark gekrümmt und konnten nur mit größter Mühe gestreckt werden. Die Unterschenkel lagen dicht an den Hinterbacken der Oberschenkel. Die Sehnen der Kniekehle fühlten sich strickartig an. Ohne fremde Hilfe war Ludwig v. Chrzanowski sowohl unfähig, sich im Bett hinzulegen, als aus demselben aufzustehen. Auf die Erde gesetzt, bewegte er sich in der Weise vorwärts, daß er sich mit beiden Handflächen auf die Erde stützte, den Oberkörper etwas hob, und so auf den Händen mit Aufstößen der Beine die Bewegung bewerkstelligte. An dem Knie war in der Knochen- und Knochenbildung keinerlei Deformität zu bemerken.

Bei der Untersuchung am 10. Juni 1867 war der jetzige Zustand derselbe. Der Dr. L. wicki, welcher den Kranken behandelt, fand ihn zusammengekauert unter der Bettdecke liegend, die Decke über den Kopf gezogen.

Die mit ihm vorgenommenen Manipulationen ließ er ruhig geschehen, ohne sich dagegen zu sträuben und antwortete auf die an ihn gestellten Fragen mit einem bloßen Lachen. Bei einem Versuch einer gewaltsamen Ausstreckung der Füße zeigte er das Gefühl des Schmerzes, ebenso beim Druck auf einen unter der linken Kniekehle befindlichen Abscess. Die Ausstreckung des rechten Beines gelang ungefähr bis zu 1/2, die des linken kam bis zu 1/3. Auf die Erde gesetzt bewegte er sich in der oben beschriebenen Weise, nur daß er sich jetzt auch mit den Fußspitzen leicht aufliefte. Die Wirbelsäule zeigte hierbei eine ziemliche Verkrümmung nach hinten. Unter den Beinen in die Höhe gehoben hingen seine Beine schlaff herunter und vermochte er nicht von selbst in dieser Stellung zu bleiben. Eine lokale Disposition zur Verkrümmung war nicht bemerkbar.

Bei der Untersuchung am 15. Juni 1867 lachte Ludwig v. Chrzanowski weniger, sondern gab auf die an ihn gerichteten Fragen zum Theil richtige, deutlich ausgesprochene Antworten; auch bemühte er sich selbst, die Beine zu strecken. Die ärztliche Streckung war weiter und mit weniger Schmerzen möglich, als früher, und gelang es, die Kniekehle des rechten Fußes in einen stumpfen Winkel, die linke Kniekehle fast bis zu einem rechten Winkel auszustrecken. Bei den angestellten Scherfsuchen berührte er den Fußboden mit der rechten Fußspitze ganz, mit der linken nur zur Hälfte.

Stieg man ihn allein gehen, so sank er in die zuerst wahrgenommene Art der Fortbewegung zurück und ging auf allen Vieren.

Am 22. Juni 1867 war die gewaltsame Streckung der Füße nur in geringem Maße weiter möglich.

Auf Grund dieser Wahrnehmungen hat der Dr. Lawicki sein Gutachten dahin abgegeben, daß die Verkrüppelung an den Füßen durch die Einsperrung des Kranken und die Vernachlässigung desselben wenn auch nicht verursacht, so doch sehr beschleunigt worden. Daß dieselbe plötzlich eingetreten, erachtet er für unmöglich.

Von entscheidendem Einfluß auf die Gesundheit des Kranken ist nach seinem Dafürhalten der Mangel an Luft und Licht, ordentlicher Bekleidung, hinreichender Wärme, jeglicher Pflege, so wie an regelmäßiger Bewegung gewesen. Der Geisteszustand des Kranken, die niedrige Decke und das Halbdunkel habe ihn nothwendig dazu führen müssen, von vornherein in fester Stellung zu verharren, so daß hierdurch die Beugemuskeln übermäßig angestrengt immer fester und die Streckmuskeln immer schlaffer geworden.

Er ist der Ansicht, daß der Geisteszustand des Ludwig v. Chrzanowski die Einsperrung desselben in den von ihm benutzten Raum weder nothwendig, noch auch nur einschüßend erscheinen lasse, und daß in diesem Räume kein Mensch ohne Gefahr für Gesundheit und Leben existiren könne. Der Kreisphysikus Dr. Monstki aus Breschen, welcher auf Antrag der Verteidigung als Sachverständiger vorgeladen war, hat den Ludwig v. Chrzanowski am 19. Juli 1867 und 14. Januar d. J. gesehen. Er hat der ganzen Beweisaufnahme beigewohnt, auch das Lokal, in welchem der Kranke eingesperrt gewesen, in Augenschein genommen und giebt hiernach sein Gutachten dahin ab, daß jenes Lokal in seiner anfänglichen Beschaffenheit wohl geeignet gewesen wäre, einem Menschen als Wohnung zu dienen; später allerdings, als man dem Patienten, nachdem er die Fenstertheiben eingeschlagen, das Fenster mit Brettern vernagelt und somit das nöthige Licht entzogen, sei das Lokal im Allgemeinen als ein ungesund und zu betrachten.

Ludwig v. Chrzanowski hat nach der Ansicht des Kreisphysikus Dr. Monstki an Kontraktion schon gelitten, als er in jenes Lokal kam. Diese Kontraktion mußte beim Mangel rationeller Zurenbehandlung notwendigerweise sich weiter fortbilden, bis sie den höchsten Punkt erreicht hatte und zwar gleichviel, ob in jenem oder in einem weit gefundeneren und bequemeren Lokal.

Ein geistiges Sinken des Ludwig v. Chrzanowski habe der Aufenthalt in dem Lokal nicht hervorgebracht. In ähnlicher Weise gab der dritte Sachverständige Dr. Zelasko aus Romanowko sein Gutachten ab. Zunächst berichtete derselbe über den jetzigen körperlichen und geistigen Zustand des Ludwig v. Chrzanowski.

Ludwig v. Chrzanowski ist seit dem 30. September v. J. in seiner Zuren-Anstalt in ärztlicher Behandlung. Die Beine desselben sind durch fortwährende Streckübungen schon wieder so grade, daß er gegenwärtig ohne Krücken stehen, gehen, sogar Treppen steigen kann. Sein Körperbau ist ziemlich kräftig, die Brust zwar nicht gewölbt, breit, Lunge und Herz in normalem gefunden Zustande. Auffallend lang sind seine Arme und Beine, dagegen ist sein Kopf ungewöhnlich klein. Derselbe ist nämlich $\frac{1}{2}$ Zoll schmaler und $\frac{1}{2}$ Zoll kürzer als ein gewöhnlicher Menschenkopf. Sein Appetit ist ungewöhnlich groß.

Was seinen jetzigen Zustand anbelangt, so hat sich derselbe ebenfalls in der verhältnismäßig kurzen Zeit sehr gebessert. Er spricht polnisch und deutsch, versteht Alles, was man zu ihm sagt, gehorcht wie ein Kind, antwortet aber noch sehr selten auf Fragen, die man an ihn richtet, er liebt sogar, aber natürlich ohne das, was er liebt, zu verstehen.

Ganz gesund wird er nach der Ansicht des Dr. Zelasko nie werden, und es sei wohl möglich, daß seine Luft, besonders des Nachts laut zu singen oder vielmehr zu schreien später in Zucht ausarten werde.

Sein Gutachten geht dahin, daß der körperliche und geistige Zustand des Ludwig v. Chrzanowski durch die Isolierung desselben in der Speisekammer nicht herbeigeführt worden, daß vielmehr dieser Zustand für den Fall, daß eine rationelle Zurenbehandlung desselben nicht vorgenommen, auch in einer bequemeren Wohnstube, als die Speisekammer eingetreten wäre, daß es aber nicht zu leugnen sei, daß die körperlichen Leiden in jener Kammer beim Mangel des Lichts und der nötigen Pflege beschleunigt waren. (Schluß folgt.)

Kreis Krotoschin, 29. Januar. [Sammlung für Ostpreußen; Blutstaupe] Das Ergebnis der in der hiesigen Kreisstadt veranstalteten Sammlung für die Nothleidenden Ostpreußens ist ein sehr erfreuliches. Nach einer öffentlichen Bekanntmachung des für diesen Zweck zusammengetretenen Komitees, bestehend aus dem künftigen Kammerdirektor Herrn Gzelonski, dem Kreis-Gerichts-Direktor, Herrn Hohnhorst, dem Bürgermeister Herrn Rhode und dem Herrn Baron v. Bietinghoff, beträgt die Einnahme 301 Thlr. 15 Sgr., welche an den Schatzmeister des vaterländischen Frauenvereins Herrn Geheimen Kommerzienrath Krause zu Berlin zur weiteren Veranlassung abgesandt worden ist.

Unter den Schafen des Gutes Dzierzanow ist die Blutstaupe ausgebrochen, weshalb dieser Ort für den Verkehr mit Schafen, Schaffläsch, Schaffellen und Schafdingen etc. gesperrt worden ist.

Neufst. d. b. Pinne, 29. Januar. [Wahl; Typhus.] Bekanntlich ist die am 17. Juli stattgehabte Wahl eines Provinzial-Landtagsdeputierten für die zur Kollektivstimme vereinigten Städte der Kreise But, Dobornik, Posen und Samter vom Herrn Oberpräsidenten in Folge des bei ihm gegen dieselbe eingelegten Protestes nicht genehmigt worden. In Folge dessen hat derselbe eine anderweitige Wahl angeordnet, welche am 27. d. in Posen vor dem Wahlkommissarius, Herrn Landrathsamtsverweser Hagen, stattfand. In derselben wurde zum Abgeordneten zum Prov.-Landtag für die Städte oben erwähnter Kreise der Bürger Hr. Krieger in Dobornik, zum ersten Stellvertreter der hiesige Kaufmann Hr. Hermann Wolfsohn und zum zweiten Stellvertreter der Hr. Hofhalter Tömm in Wier. Goslin gewählt. — Der Typhus in Sombowo greift wieder um sich, und fordert fast täglich neue Opfer, trotzdem alles Mögliche angeboten wird, dieser Krankheit Einhalt zu thun. In voriger Woche war der kgl. Kreislandrath Hr. v. Nischhofen in Begleitung des hiesigen Arztes Dr. Cohn im Krankenorte, besuchte mit Vergnügen jede Krankenstätte, sprach den Leidenden Trost zu, und versprach auf jede Weise Hilfe zu verschaffen. Aus eigenen Mitteln theilte er an die Armen Unterstüßungen aus, damit sie bessere Pflege erhielten. Bei der vom Arzte vorgenommenen Desinfektion war er selbst thätig. Mögen seine Bemühungen um die Leidenden recht bald vom besten Erfolg sein. Wie ich höre, soll auch in anderen Dörfern des hiesigen Kreises der Typhus ausgebrochen sein, indeß soll derselbe bis jetzt nur sporadisch auftreten.

Kreis Samter, 28. Januar. Dem Mangel an Trinkwasser, an welchem die Stadt Wronke laborirt, soll, sobald günstige Witterung eintritt, dadurch abgeholfen werden, daß städtische Pumpen angelegt werden sollen, welche bisher die Stadt gänzlich entbehrt. Auch soll daselbst eine Straßenbeleuchtung durch Petroleum eingeführt, und die Kosten theils durch den angammelten Fonds der Hundesteuer, theils aus Mitteln der Stadtkasse aufgebracht werden, daß die Schankgeschäfte, welche gehalten sind, vor dem Eingange hellbrennende Laternen zu unterhalten, eine mäßige, jährliche Beisteuer zu derselben entrichten, dagegen von der Verpflichtung einer eigenen Beleuchtung entbunden sein sollen.

Die Katholikenversammlung in Köln.

(Fortsetzung von dem gestrigen Blatte.)

Die von der Versammlung beschlossene Adresse an den Papst lautet: Heiliger Vater! Wie seit dem Beginne der frevelhaften Angriffe, welche in den letzten Jahrzehnten gegen die weltliche Herrschaft des apostolischen Stuhles gerichtet worden sind, die Katholiken Deutschlands im Vereine mit denen der andern Nationen durch Gebet und Opfergaben, wie durch Hingabe ihres Blutes dir, h. Vater, mit Kindesliebe und Kindespflicht zu Hilfe zu kommen nicht nachgelassen: so haben sie in den letzten Tagen, wo die Frechheit der Feinde und die Gefahren der Kirche sich verdoppelt, nicht minder ihr Gebet und ihre Gaben verdoppelt zu müssen geglaubt. Damit nicht zufrieden, haben sie auch von ihren politischen Rechten zu Gunsten der gefährdeten kirchlichen Rechte Gebrauch gemacht; nach dem Vorgange von Köln sind zunächst im Königreiche Preußen aus Stadt und Land zahlreiche von vielen Tausenden katholischen Männer unterschriebene Adressen an des Königs von Preußen Majestät, dann auch in anderen deutschen Ländern an die dortigen Landesherren gerichtet worden, worin diese katholischen Bürger die Sicherstellung ihres geistlichen Erbes, welche das Erbe eines jeden Katholiken ist, und Schutz für ihre in deiner Befehdung verletzten und gefährdeten religiösen Rechte forderten. In allen deutschen Gauen sind ferner in den Städten und in den Dörfern, selbst unter freiem Himmel, wo die Menge der zusammengekommenen treuen Söhne der Kirche eine so große war, zahlreiche Volksversammlungen gehalten worden, um gegenüber den gewaltsamen Angriffen, welche an dem ältesten Throne der Welt und dem Erbthum der Kirche vor unseren Augen verübt worden sind und von Neuem vorbereitet werden, feierliche Verwahrung einzulegen und zu gleicher Zeit den Eifer für die Sache des apostolischen Stuhles, welche die Sache der ganzen Kirche ist, zu frischer That zu beleben. In denselben Gefinnungen sind heute in dem alten Köln viele Tausende deutscher Männer aus Nah und Fern zusammengetreten, besonders auch in der Absicht, um, so viel an uns ist, der begünstigten Opferwilligkeit eine Gestalt, eben so dauernd, wie die drohenden Gefahren, zu geben: und da ist es denn unsere erste und theuerste Pflicht, der ehrfurchtsvollsten

Hingebung und der treuen Liebe Ausdruck zu verleihen, mit welcher wir dir, unserm heiligen, gütigen Vater, zugethan und unterworfen sind. In dem Ernste der gegenwärtigen Zeiten dürfen wir uns aber nicht mit der Kundgebung unserer kindlichen Liebe begnügen; wir erklären zugleich feierlich vor dir, h. Vater, wie sehr wir es als unsere heilige Pflicht erkennen, mit männlichem Muthe dafür zu wirken, daß dir deine Souveränität bewahrt, und der Kirchenstaat, welchen Gottes Vorsehung und der katholischen Völker Muth und Blut im Interesse aller Katholiken dem apostolischen Stuhle übergeben hat, deinem milden Scepter erhalten bleibe. Wir halten dies für unsere Pflicht, nicht nur, weil wir nicht wollen, daß du einer Stellung, wie sie sich für das geistliche Oberhaupt von zweihundert Millionen Katholiken geziemt, und eines tausendjährigen Besitzes beraubt werde; nicht nur, weil wir mit Entsetzen voraussehen, welche gewaltige Erschütterung jedes Recht der Fürsten und Völker, der Staaten und der einzelnen Bürger erfahren wird, wenn es roher Gewalt und verschämter Intimität im Bunde mit politischer Kurzsichtigkeit und engherziger Feindschaft gelingen sollte, den begonnenen Raub zu vollenden: sondern noch mehr im Interesse unserer eigenen religiösen Rechte. Wir wollen, daß du Recht siehst, damit die religiöse Freiheit des Gewissens in der ganzen Welt an die einen unabhängigen Beschützer habe.

Wir wollen nicht, daß du Unterthan eines fremden Herrschers siehst, damit die Katholiken aller Länder, Völker und Zonen mit gleichem Vertrauen zu dir emporstehen, in gleicher Weise sich als deine Kinder betrachten können. Wir wollen, daß du Souverän siehst, damit dein Mund stets frei sei, uns zu lehren, deine Hand stets frei, uns zu führen und das Schiff der Kirche durch die Wogen und Klippen der Zeit zu steuern. So sind deine Rechte, h. Vater, auch unsere Rechte! Und damit wir für sie, unbekümmert um Lob oder Tadel der Welt, als treue Söhne der streitenden Kirche einstehen, dazu giebt uns, h. Vater, den apostolischen Segen.

Statistisches.

Die amtliche Zusammenstellung der Betriebs-Einnahme der preussischen Eisenbahnen für das Jahr 1867 ergibt die sehr bedeutende Summe von 87 Millionen Thaler; gegen das Vorjahr 1866 eine Mehr-Einnahme von 6 Millionen Thaler, welche sich in den namhaftesten Beträgen auf folgende Bahnen vertheilt:

1) die Hannoversche	mit 980,000 Thaler,
2) - Oberschlesische	960,000 "
3) - Rheinische	835,000 "
4) - Bergisch-Märkische	480,000 "
5) - Thüringische	310,000 "
6) - Halle-Kasseler	250,000 "
7) - Berlin-Kärntner	200,000 "
8) - Altona-Kieler	200,000 "

Zwölf Bahnen weisen demnach eine Mehr-Einnahme gegen das Vorjahr von über 100,000 Thlr. nach, darunter die Stargard-Posener 110,000 Thlr. Nach ihren Gesamt-Einnahmen für das Jahr 1867 rangiren die bedeutendsten Bahnen in nachstehender Reihenfolge:

1) die Köln-Mindener	mit 8 1/2 Millionen Thaler,
2) - Hannoversche	7 1/2 "
3) - Niederschlesisch-Märkische	7 1/4 "
4) - Bergisch-Märkische	6 "
5) - Ostbahn	6 "
6) - Oberschlesische	5 1/2 "
7) - Rheinische	5 1/2 "
8) - Berlin-Anhalter	3 1/2 "
9) - Berlin-Hamburger	3 1/2 "
10) - Thüringische	3 "
11) - Berlin-Potsdam-Magdeburger	2 1/2 "
12) - Berlin-Stettin-Stargarder	2 "
13) - Magdeburg-Leipziger	2 "
14) - Westfälische	2 "
15) - Saarbrücker	2 "
16) - Breslau-Posen-Slogauer	1 1/2 "
17) - Breslau-Schweidnitz-Breisburger	1 1/2 "
18) - Main-Weferbahn	1 1/2 "
19) - Stargard-Posener	1 Million Thaler.

Sammtliche preussische Bahnen hatten Ende 1867 eine Länge von 1273 Meilen, (gegen Ende 1866 mehr 60 Meilen); das auf dieselben verwendete Anlage-Kapital beträgt: 633 Millionen Thaler.

Literarisches.

Die bereits erschienenen Nummern des neuen Jahrganges der Deutschen Roman-Zeitung enthalten die ersten Theile des neuen historischen Romans „Der deutsche Michael“ von A. C. Brachvogel sowie des Romans „Verheiratet“ von August Becker, Verf. von „Des Rabbi Vermächtnis“. Ein neuer großer Roman: „Walram Forst, der Demagoge“ von Philipp Salen soll noch in dem ersten Quartal beginnen.

In dem „Deutschen Michael“, dessen größter Theil bereits vorliegt, hat der Dichter des „Marjisch“ — Friedemann Bach etc. jene bekannte Spott- u. Schmerzgestalt, in der unser Volk seit Alters sich selbst persiflirt, zu einer historisch-realen Person verkörpert und idealisirt. Den Rahmen seines Gemäldes bildet die Zeit der Reformation von 1517 — 1552, der Kampf deutscher Nationalität gegen das römische Wesen, gegen religiöses wie politisches Cäsarismus, und die Befreiung deutscher Erde von der erdrückenden Autorität dieser fremden Gewalten bildet das innere Leben der neuen Dichtung des Verfassers. Sein Held ist der „deutsche Michael“, welcher das Ideal des Erzengel Michael im Herzen, dem Lichte entgegen ringt, dessen Treue mißbraucht, dessen redlicher Gedanke gefälscht, der betrogen, verachtet, geschändet wird, und dennoch, als letzter Nothhelfer aus seiner einsamen Verzweiflung wachgeschrien, im heißen Born seiner gottvertrauenden Seele die alten, übermächtigen Dämonen unserer Nation unter den eisernen Fuß tritt, ein Erzengel seiner Nation.

Der Dichter führt uns in freistehendem Bilde alle gewaltigen Charaktere jener wunderbaren Zeit herauf. Wir lernen den Verfall der alten Kirche kennen, Tegels Sauleit, das tonisch-troisige Jüterbog mit dem rebellischen Eifer seiner Bewohner, Luther, Johann den Beständigen und Johann Friedrich, Moritz von Sachsen, die beiden jollerischen Joachim und Karl V., den gewaltigen Kaiser. Wir steigen in Lukas Kranach's Werkstätte, sehen die Wühlberger Schlacht, hören Münzer's letzte Worte, erleben die Katastrophe zu Halle, wie die Schmach des Interims zu Augsburg, bis endlich aus dem unbeweglichen Wagnisse der Eherb der Erlösung kommt, um die stolze Kaiserin im Eise der tyroler Alpen niederzuwürgen. Gleich charakteristische, wie liebliche Frauengestalten verweben sich dem Ganzen; Benedikta von Dehna, die Jüterbog'sche Patrizierin, die hohe Dürer'sche Elisabeth von Brandenburg, die liebliche und doch feierliche Ursula von Bettwig, Agnes, die liebevolle Gattin des kühnen Moritz, und die Jakobine von Augsburg, welche sich alle um den Helden gruppieren, dem Verlobten Martin Luther's, der in sich die ganze opfermüthige, selbstsüchtige Herzensgröße deutschen Wesens wie dessen Schwäche eint, um endlich vergessen zu werden und noch als

eine schattenhafte Personifikation des eigenen Volkes dämmernd in seiner Erinnerung zu leben. Die glühende Begeisterung der Vaterlandsiebe, der Sinn für Unabhängigkeit, Einheit und geistige Freiheit, welcher in dieser Dichtung Brachvogel weht, macht gerade jetzt, wo wir die letzten Früchte jener alten Kräfte, die Einheit und Kraft des deutschen Vaterlandes und gänzlichen Ball römischer Macht sich vollziehen sehen, diesen Roman im edelsten Sinne zu einem Buche der deutschen Nation.

Die „Deutsche Roman-Zeitung“, welche fortfährt für den in guten Leihbibliotheken abtheilenden Leihpreis von 2 1/2 Sgr. für den Band solchen ihren Abonnenten zu geben, erscheint wöchentlich, ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen und befördert die Postanstalten solche für 1 Thlr. vierteljährlich auch in die kleinsten Städte und Marktflecken.

Sammlung für Ostpreußen

auf den Major de Rege'schen Stiftsgutern Lubosin & Prusanti. Amstathin C. de Rege 3 Thlr., Fräul. A. Seidel 1 Thlr., Frau Dr. v. Szwyzkowska 2 Thlr., Administrator Briefe 2 Thlr., die Amteute Weger 2 Thlr. und Breunig 1 Thlr., Gärtner Pagnid 20 Sgr., Wirtschaftlerin P. Ramlau 20 Sgr., Diener Friedrich Höft 10 Sgr., die Krüger Höhne 10 Sgr. und Grade 10 Sgr., Schäfer Müller 20 Sgr., Kastellan Janicki 2 1/2 Sgr., Stubenmädchen Ottilie Klempe 5 Sgr., Köchin Kunigunde Wiszniewska 5 Sgr., Schäfer Gottfried Diebel 15 Sgr., Zimmermann Friedrich Luther 15 Sgr., Müller W. Riste 20 Sgr., die Wögte Josef Szutala 5 Sgr., Michael Szabacki 2 Sgr. und Talarowski 1 Sgr., Lehrer S. Wilhelm 2 1/2 Sgr., die Hausleute Pluskota 5 Sgr. und Grodski 1 Sgr., Kernal Anton Pietrzak 1 Sgr., Hausmann Janas 1 Sgr., Kernal Pietrzak Stad 1 Sgr., Schmiedemeister Schmolke 10 Sgr., die Wirtin Brud 5 Sgr., Schiller 5 Sgr., Geller 5 Sgr., Segner 5 Sgr., Müller Krawick 5 Sgr., die Eigenthümer Schulz 1 Sgr., Wicjorek 5 Sgr., Rybak 5 Sgr., Stieler 2 1/2 Sgr., Stanisjewski 1 Sgr., Stellmacher Wilczynski 5 Sgr., die Hausleute Szabacki 1 1/2 Sgr., Bragowiat 5 Sgr., Jan Strupczak 1 1/2 Sgr., Sliwinski 1 1/2 Sgr., B. Gorny 1 1/2 Sgr., Pieta 1 1/2 Sgr., P. Strupczak 1 1/2 Sgr., S. Gorny 1 1/2 Sgr., Strojwas 1 Sgr., Napierala 1 Sgr., Jedwabny 2 Sgr., Korek 1 1/2 Sgr., Krocjona 1 1/2 Sgr. und S. Strupczak 1 1/2 Sgr., Kutscher Kocielast 1 1/2 Sgr., Kernal W. Pachajina 1 Sgr., die Schäferknechte J. Diebel 2 1/2 Sgr., A. Schuster 2 1/2 Sgr. und J. Gajczyk 2 1/2 Sgr., die Dienstmädchen J. Bialas 1 1/2 Sgr. und K. Szabacki 1 1/2 Sgr., Gartenburche Gustav Draber 1 Sgr., Schulze Martin Hof 2 1/2 Sgr., Wirt Michael Golasz 2 1/2 Sgr., Hausmann Sliwinski 2 1/2 Sgr., Glasergeselle Jacob Wolf 2 1/2 Sgr., Glasmeister Marcus 5 Sgr., Wägenmacher David Bach 2 1/2 Sgr., Schneider Götz Raier 2 1/2 Sgr., die vier letzten sind aus Pinne, die Hausleute Gichy 2 Sgr., Dolata 2 1/2 Sgr., Smelta 2 Sgr. und Grolewski 1 Sgr., Einwohner Jähnisch 1 1/2 Sgr.; in Summa 20 Thlr. 26 1/2 Sgr.

Sammlung für Ostpreußen.

An Beiträgen für die Nothleidenden in Ostpreußen gingen uns ferner zu: Durch Lehrer Hampel von den Schülern der Prybrowoer Schule 24 Sgr. 2 Pf., durch Hl. Elmanger auf Prybrowo bei Samter ges. 26 Sgr. 6 Pf. Fernere Beiträge nimmt gern entgegen.

Die Expedition dieser Zeitung.

Telegramm.

Paris, 31. Januar. Nach der „Patrie“ kehrt General Faillu nächstens mit seinem Truppentheile von Rom zurück. Nur eine Division soll unter Dumont im Gebiet des Kirchenstaats verbleiben. Nach der „France“ erhielt Roussier den Großföhrden des Piusordens. „Etandard“ dementirt, daß Erklärungen zwischen Frankreich und Preußen über die Befestigungsarbeiten auf badischem Gebiet ausgetauscht seien. In der Legislativen Fortsetzung der Berathung des Preßgesetzes. Thiers und Pinard hielten lange Reden. Thiers verlangte Gewährung der Preßfreiheit. Der Minister verteidigte die Vorlage.

Angelommene Fremde

vom 31. Januar.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Dwig aus Lomewin Lewandowski aus Westpreußen und v. Selichowski aus Wiedowice, Kaufm. Neumann aus Leipzig, Rentier v. Bierusjewski a. Bromberg. KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Rabbiner Reimer aus Neuenburg, Tuchfabrikant Seimert aus Frankfurt, Distriktskommiss. Tepper aus Kunitz, die Wirtschaftsinpektoren Philipowicz aus Satejewo und Hilmar aus Dominowo, die Kaufleute Wolfsohn aus Neustadt b. P., Krayn aus Pudewitz, Löwenberg und Rosenburg aus Barwalde, Viehhändler Klawow aus Gochter-Pauland.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Danke aus Berlin, Richter aus Stettin und v. Pryziemski aus Bromberg, Hotelbesitzer Stear aus Marienburg, die Gutsbesitzer Lehmann aus Michalowo und Winkler aus Koflod.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Poninski aus Malczewo, Molinel nebst Frau aus Dabow und v. Gorzenski aus Gembice, die Kaufleute Heinrich aus Breslau, Schmiedel und Gantenberg aus Berlin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Karus aus Magdeburg, Lowinsky, Lindner und Rosenthal aus Berlin, Stiel aus Freiberg, Nau aus Köln, Jung aus Bielefeld und Cöhr aus Breslau, die Rittergutsbesitzer v. Grabst aus Brzuskowo und v. Rathenow aus Spre.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Oberinspektor v. Champorcien aus Otsa, die Kaufleute Senfleben aus Schrimm, Kuche aus Berlin, Wolter aus Barmen, Jünger aus Gera und Hoffmann aus Braunschweig, Rittergutsbesitzer Wirth aus Lopianno, Hauptmann Bachy aus Samter.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Wagrowietz aus Polen und v. Weferski aus Modliewo, die Rittergutsbesitzer v. Samicki aus Rybno, Hardenack aus Lubowice und v. Gargynski und Agronom v. Grabowski aus Popkowo, Frau v. Roznowska und Fräul. v. Chlapowsta aus Schroda.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer v. Nawrocki aus Choczicz, Kaufmann Gottschalk aus Breslau.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Strzyblewski aus Wojcin und Kompf aus Dmowyska, die Eigenthümer Wojciechowski aus Unja und Wojgul aus Gnesen.

HOTEL DU NORD. Propst Ginzicki aus Wielechow, Gutsbesitzer v. Maslowski nebst Frau aus Dopiewo.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Gräfin Boltowska aus Jarogniewice, Starzynski aus Chelkowo, Karsnicki aus Ryfel, Jachowski aus Pomarzanowice, Chlapowski aus Bonkowo und Jaraczewski aus Leipe.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Publicandum.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 18. Dezember 1867 benachrichtigen wir die Besitzer der obigen Güter, welche zur 4% Pfandbriefe-Serie gehören oder gehört haben, daß wir, um die Vertheilung des auf diese Serie fallenden Antheils des landchaftlichen eigenthümlichen Fonds nach der Weihnachts-Versur 1868 zu beschleunigen, die nöthigen Vorbereitungen machen werden, es müssen aber auch diejenigen, welche Theilnahme an demselben haben, sich zeitig um Vertheilung der zur Empfangnahme ihrer Quoten erforderlichen Urkunden bemühen. Von jedem Gute werden Hypothekenscheine, betreffend den Besitztitel seit dem ertheilten 4% Darlehne bis zu dessen Tilgung oder Ablösung beizubringen sein. Hat der jetzige Besitzer nicht selbst das Darlehn aufgenommen,

sondern es sind Besitzveränderungen vorgekommen, so müssen sämtliche Besitzer, welche zur Tilgung des Darlehns beigetragen resp. deren Rechtsnachfolger sich zur Empfangnahme ihrer Quoten stellen, oder sobald dies unmöglich, einen gerichtlichen oder notariellen Vertrag wegen Vertheilung der Quoten nach Verhältnis der Zeit ihres Besitzes zu dem Betrage des getilgten Darlehns zu Stande zu bringen suchen, oder es muß einer der Interessenten von den übrigen gerichtliche oder notarielle Vollmachten resp. Cessionen ihres Rechtes beschaffen, überhaupt nachweisen, daß er zur Empfangnahme der Quoten allein berechtigt sei.

Wird die Legitimation zur Empfangnahme nicht bald nach der Feststellung der Quoten, spätestens aber bis zum 1. Oktober 1869 vollständig geführt, oder entstehen unter den Interessenten Streitigkeiten, so wird der auf das betreffende Gut fallende Antheil zum Depositorium

des Realrichters abgeführt und diesem das weitere Verfahren überlassen werden.

Posen, den 10. Januar 1868.

General-Landchafts-Direktion.

Bekanntmachung.

Im Auftrage der königlichen Regierung zu Posen werde ich im hiesigen landrätlichen Bureau

Freitag den 7. Februar d. J.

um 3 Uhr Nachmittags

die Chausseegeld-Hebestelle zu Strykowo, auf der Stenzewo-Grätz-Bühlschauer Provinzial-Chaussee an den Weisbietenden mit Vorbehalt des höheren Aufschlages vom 1. April d. J.

ab alternativ, und zwar:

a. zunächst für einen Zeitraum von 3 Jahren, so

b. für ein Jahr mit der Maßgabe, daß so lange

nicht von einem der kontrahirenden Theile

6 Monate vor Ablauf des Pachtjahres gekündigt wird, die Pacht stillschweigend immer wieder auf ein Jahr sich verlängert, alsdann aber für jedes neue Pachtjahr eine Steigerung der Pachtsumme von einem bis drei Prozent eintritt,

zur Dikation stellen.

Nur disponitionsfähige Personen, welche vorher 100 Thaler baar, oder in annehmbaren Staatspapieren deponirt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können in der landrätlichen Registratur eingesehen werden.

Posen, den 21. Januar 1868.

Königlicher Landrath.

In Vertretung:

Hagen.

Ostrowo, den 21. Januar 1868.

Die Chausseegeld-Hebestelle zu Gzelanow

auf der Breslau-Kalischer Chaussee, soll vom

1. April c. ab, entweder für den Zeitraum von 3 Jahren oder für 1 Jahr, mit der Maßgabe, daß, so lange nicht von einem der kontrahirenden Theile sechs Monate vor Ablauf des Pachtjahres gekündigt wird, die Pacht stillschweigend immer wieder auf ein Jahr sich verlängert, alsdann aber für jedes neue Pachtjahr eine Steigerung der Pachtsumme von einem bis drei Prozent eintritt, an den Weisbietenden verpachtet werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf

den 25. Februar c.

Vormittags 10 Uhr

in meinem Bureau anberaumt, zu welchem ich Pachtlustige mit der Bemerkung einlade, daß eine Bietungs-Kautions von 100 Thlrn. zu erlegen ist. Die Bietungsbedingungen liegen in meinem Bureau zur Einsicht offen.

Königlicher Landrath.

J. B. Deupke.

Aufkündigung von Kreis-Obligationen des Schro- daer Kreises.

Die am heutigen Tage von der unterzeichneten
Kommission ausgelassenen Kreis-Obligationen:
Litt. A. à 1000 Tblr. Nr. 1. 2.
Litt. B. à 100 Tblr. Nr. 12. 61. 139. 158.
187. 189. 190.
Litt. C. à 50 Tblr. Nr. 41. 61. 97. 143.
148. 162. 169. 177. 183.
Litt. D. à 25 Tblr. Nr. 19. 29. 30. 31. 69.
70. 88. 188. 214. 218. 237. 382.
384. 385. 391. 400.

sind im coursfähigen Zustande nebst dazu gehörigen
Coupons Serie III. Nr. 4. bis 10. infol-
ge des 1. April 1868 auf der Kreis-Kommunal-Kasse
hier selbst gegen Baarzahlung des Nennwerthes
zurückzuliefern.

Nachbenannte Kreis-Obligationen sind noch
nicht eingelöst.

A. aus der Verloofung vom 12. Sept. 1865

Litt. B. Nr. 128.

C. 70.

D. 244.

B. aus der Verloofung vom 13. Sept. 1866

Litt. B. Nr. 51. 160.

C. 19. 98.

D. 196. 239.

Schroda, den 18. September 1867.

Die ständige Kommission

für den Chausseebau im Schrodaer Kreise.

Glaeser. Graf Szodorski.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts

werde ich **Dienstag** am 4. Februar d. J.

Vormittags 11 Uhr in **Vieganowo** bei

Schroda

474 1/2 Scheffel Kartoffeln

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Be-

zahlung verkaufen.

Schroda, den 28. Januar 1868.

Der Auktions-Kommissar **Schroeder**.

Ruhholz-Auktion in Mielno.

Donnerstag den 13. Febr. c.

sollen

von **Vormittags 10 Uhr** an

in **Mielno** selbst

ca. 50 Stück **hartes und sehr hartes Bau-**

holz, sowie

ca. 12 Stück **sehr starke Klöcher**

gegen **gleich baare Bezahlung** öffentlich meistbie-

tend versteigert werden.

Die Verkaufsbedingungen werden vor Be-

ginn der Auktion bekannt gemacht werden.

Mielno, den 27. Januar 1868.

Kutner, Förster.

Zur Aufnahme von Pensionären

empfiehlt seine Familie der Kanzlei

direktor **Grundmann** in **Lissa**.

Ganz solide Mittel, sich jährliche

Revenuen von 50, 100, 200 bis

1000 Tblr. zu verschaffen. Näheres

durch 2 Brochuren nebst Probezu-

behör hierüber, von einem Fabrikge-

schäft zusammengestellt, und gegen

Nachnahme oder Einsendung für zu-

sammen 10 Sgr. zu beziehen. Fr.

Offerten sub **P. H. Nr. 2000**.

post restante **Hannover**.

Versicherungs-Gesellschaft zu Schwedt.

Nach Vorschrift des Artikel 17. des Aller-
höchst bestätigten Statuts vom 14. Septem-
ber 1867 und mit Rücksicht darauf, dass der
nach demselben zu bildende Verwaltungsrath
erst nach dem 2. März constituirt werden
kann, ladet das unterzeichnete Directorium
die Mitglieder der Gesellschaft hierdurch zu
der am 2. März d. J. Vormittags 10 Uhr in
dem Gesellschaftshause zu Schwedt stattfin-
denden ordentlichen General-Versammlung
ein. Es wird in derselben über die im Ar-
tikel 17. sub 1., 2., 3., 4., 5., 6. und 7. be-
merkten Gegenstände, sowie über einen An-
trag auf Gewährung eines Beitrages für die
Nothleidenden in Ostpreussen verhandelt
und beschlossen werden.

Darauf, dass dieser General-Versammlung
nach 9. des vorerwähnten Artikel 17 auch
das Recht zusteht, über die Einberufung
einer außerordentlichen General-Versamm-
lung zu fassen, wird hierdurch gleichzeitig
hingewiesen.

Schwedt, den 29. Januar 1868.

Directorium

der Hagelschaden- und Mobiliar-Brand-Ver-

sicherungs-Gesellschaft.

v. Alkiewicz, Bielke, Groplius, Dobrycha,

Die Maschinen-Fabrik und Eisengießerei

von **F. Eberhardt** in **Bromberg**

liefert neben landwirthschaftlichen Maschinen aller Arten **Ziegel-**

und Torfpressen für Dampf-, Pferde- und Handbetrieb, **Thonschneider**, **Walz-**

werke, **Drainröhrenpressen**, **Sichorienpressen**, **Maschinen zur Farbe-**

mengung, **Maischmaschinen** für Zuckerfabriken, **Einrichtungen von Ce-**

mentsfabriken, überhaupt **Maschinen zum Mischen**, **Kneten** und **Formen**

plastischer Substanzen, ebenso etwa dazu nöthige **Dampfmaschinen-Anlagen**,

Locomobilen und **Kohwerke**.

Zwei Kutschperde,

Schimmel, nebst Ge-

schirr und einem leicht-

ten Halbwagen stehen

preiswürdig auf dem Dom. **Brody** bei Neu-

stadt b. P. zum Verkauf.

Unterleibs-

Bruchsalbe betr.

Ärztliches Zeugniß.

Ich erlaube mir, hiermit um ein Töpfchen

Ihrer ausgezeichneten Bruchsalbe zu bitten, da

ich bereits Wunder von deren Wirksamkeit beob-

achtet habe, und daher dieselbe wärmstens als ein-

zigste Hilfe ohne die mindeste Befürchtung der

leidenden Menschheit gewissenhaft anempfehle.

Diese meine medizinische Anerkennung wollen

Sie nach Belieben veröffentlichen.

Pawlowski bei **Brerau**, **Mähren**, **Oesterreich**,

den 20. August 1867.

Med. Dr. Franz Przibianek.

Diese Salbe ist sowohl **direkt** vom Erfinder

Gottlieb Sturzenegger in **Gerisau**, **Kanton**

Appenzell (Schweiz), zu beziehen, als auch

durch **Hrn. A. Günther**, zur **Venen-Apothek** in

Berlin, **Jerusalemstr. 16**.

Preis pro Töpf 1 Tblr. 20 Sgr. gegen Ein-

sendung des Betrages. **Heilung, ohne Ent-**

zündung, in weitaus den meisten Fällen sicher.

Gebrauchsanweisung nebst weiteren Zeugnissen

gratis.

Reichhaltiges Lager in Bruchbändern.

Herr Dr. **Palicki**, ein vielbeschäftigter Arzt, ist
gestorben. Baldige Niederlassung eines Arztes
wird deshalb dringend gewünscht. Nähere Aus-
kunft ertheilt der Magistrat wie auch der Apo-
theker **G. Sella**.

Rosen, im Januar 1868.

Blumen-Bouquets, Kränze etc., sowie

auch blühende **Topfgewächse** empfiehlt zu bil-

ligen Preisen

Albert Krause,

Kunst- und Handelsgärtner.

Schönebergstr. 13/14.

unweit der Egelsteinischen Fabrik.

300 Stück Brackschafe (dabei circa 150

Stück gut beschaffte Mutterchafe), **4 Stück**

Rühe und **einen 4jährigen Eber** (englisch

halbblut) verkauft das Dominium **Wiel-**

chow bei **Kobylin**.

Das Dom. **Miodasko** bei **By-**

thin hat **50 Stück Mastschafe**

zu verkaufen.

Auf dem Dominium **Neuwelt** stehen 100

Stück Buchmuttern und 200 Stück 1. und 2-jäh-

rige Hammel, ebenso stehen auf dem Dominium

Steinfeld 100 Stück Buchmuttern und 200

Stück Hammel zum Verkauf.

Gefällige Anfragen sind an das Dominium

Dobrycha, Provinz **Posen**, zu richten.

Vom 1. Februar d. J. verkauft der Milch-

feller gr. **Mitterstr. Nr. 16** **gute Morgen-**

u. Abendmilch, das Quart zu 14 Pf.

A. Skornia.

Die bekannte vorrefine **Lafelbutter**

ist wieder zu haben im Milchfeller neben der

Hofbuchdruckerei **Wilhelmstraße 16 a**.

Wegen eingetretener Verlegung ist **Mühlen-**

straße Nr. 3a. dritte Etage, eine Wohnung

von vier Stuben, Küche, Mädchenstube und Zu-
behör (Wasserleitung), fogleich oder zum 1.

April c. zu vermieten. Näheres zu erfragen in
der Wohnung selbst.

Graben Nr. 25.

Wohnungen von 6 und 3 Zimmern sofort zu

vermieten. Näheres: **Dr. Szafartiewicz**,

Breslaustraße 9.

2. Febr. zu verm. 1 oder 2 möbl., sehr gut

heißb. Zimmer **Part. Schifferstr. 20. 1.**

Wilhelmstr. 18 sind zwei zusammenhängende

Zimmer, 1 Treppe hoch, zum 1. April zu verm.

Halbdozstr. 19, im 2. Stock ist eine freund-

liche Wohnung von 4 Piecen, nebst Küche, Kel-

ler etc. für 140 Tblr. zu verm. u. Ofern c. z. b.

Eine tüchtige, in beiden Landessprachen firm

Wirthschafterin

wird pro term. 1. April c. und gegen ein Jahr-

gehalt von 50 Tblr. zu engagiren gesucht von

der **Gräfl. Stolberg'schen Domai-**

nen-Administration Wiazhow per

Kobylin.

Ein deutscher **Sofinspeltor** findet als sol-
cher mit 80 Tblr. Gehalt vom 1. März c. ab
Stellung auf dem Dom. **Cowarzew**
bei **Schwerzenz**. Gute Zeugnisse sind er-
forderlich.

Zum sofortigen Antritt wird ein **Saus-**

mädchen gesucht für die Damen-Pughandlung

von **H. Zitzer**, Markt 55.

Für ein hiesiges Manufaktur-Waaren-

Geschäft en gros wird ein **Lehrling**

mit guten Schulkenntnissen unter gün-

stigen Bedingungen gesucht. Näheres in

der Expedition dieser Zeitung.

In dem Postwagen, der am 30. c. von **Dioga-**

sen um 5 Uhr Morgens hier angekommen ist,

blieb eine **wollene buntfarbte Reisefackel**

liegen, selbige hat Jemand irrtümlich mitge-

nommen und wird ersucht, sie im Hotel de

Paris abzugeben.

Eine **Astrachan-Beizmühle** ist im **Paulus-**

Konert im **Stern'schen Saale** abhanden ge-

kommen. Gegen Belohnung **B. ragstraße 12**,

1 Treppe, abzugeben.

Polytechnische Gesellschaft.

Sonnabend 8 Uhr Abends.

Orchester-Verein.

Dienstag den 4. Februar Abends 7 1/2 Uhr

Soirée musicale,

verbunden mit **Fränzchen** in **Lamberts**

Salon.

Mitglieder, welche Nichtmitglieder einzufüh-

ren beabsichtigen, können Eintrittskarten in der

Buch- und Musik-Handlung von **Schle-**

finger & Spiro entgegennehmen.

Amicitia.

Sonnabend den 1. Februar theatralische Vor-

stellung und Tanztränzen im **Volksfischen** Ge-

sellchafts-Saal.

Der Vorstand.

Spiritus wenig verändert, gef. 15,000 Quart, loco 18½ Br., 18½ Bd., pr. Januar und Jan. Febr. 19½, April-Mai 19½ Bd., Juli-August 20½ Br., Sinf. fest.

Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.

(Bestimmungen der polizeilichen Kommission.)
Breslau, den 30. Januar 1868.

	feine	mittel	ord. Waare.
Weizen, weißer	120-122	117	109-112 Sgr.
do. gelber	119-120	116	108-111
Roggen	95-96	94	92-93
Gerste	66-68	64	60-62
Hafer	44	43	41-42
Erbsen	78-82	76	72-74

Notierungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüben.

Raps	194 Sgr.	184 Sgr.	170 Sgr.
Winterrüben	179	169	159
Sommerrüben	167	157	147
Dotter	165	155	145

(Bresl. Hds. Bl.)

Magdeburg, 30. Januar. Weizen 92-95 Rt., Roggen 79-80 Rt., Gerste 50-57 Rt., Hafer 34-36 Rt.

Kartoffelspiritus. Lotowaare höher bezahlt, Termine steigend. Loco ohne Saß 19½ Rt., pr. Januar und Jan. Febr. 20 Rt., März-April 20½ Rt., April-Mai 20½ Rt., Mai-Juni 21 Rt., Juni-Juli 21½ Rt., Juli-August 21½ Rt., pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde a 1½ Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus fest. Loco 19½ Rt. (Magdb. Stg.)

Bromberg, 30. Januar. Wind: W. Witterung: Schneefall. Morgens 1° Kälte. Mittags 2° Kälte.

Weizen 124-128 pfd. holl. (81 pfd. 6 Lth. bis 83 pfd. 24 Lth. Bollgewicht) 96-101 Thlr. pr. 2125 pfd. Bollgewicht, 129-131 pfd. holl. (84 pfd. 14 Lth. bis 85 pfd. 12 Lth. Bollgewicht) 103-105 Thlr. pr. 2125 pfd. Bollgewicht. Feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 118-122 pfd. holl. (77 pfd. 18 Lth. bis 80 pfd. 16 Lth. Bollgewicht) 75-76 Thlr. pr. 2000 pfd. Bollgewicht, schwächere Qualität 1 Thlr. höher.

Rohrweizen 66-68 Thlr., Futtererbsen 62-64 Thlr. pr. 2250 pfd. Bollgewicht.

Große Gerste 54-56 Thlr. pr. 1875 pfd. Bollgewicht.

Spiritus ohne Handel. (Bromb. Stg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 30. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen unverändert, bunter 740, hellbunter 795, hochbunter 820 fl. Roggen theurer, loco 588 fl. Kleine Gerste —, große Gerste —. Weiße Erbsen 510 fl. Hafer loco 280 fl. Spiritus loco 21 Thlr. Geringe Zufuhren. Auswärts-Verkäufe nicht ausführbar.

Köln, 30. Januar, Nachmittags 1 Uhr. Wetter: Schön. Weizen unverändert, loco 9, 20, pr. März 9, 18½, pr. Mai 9, 22. Roggen loco 8, 15, pr. März 8, 17, pr. Mai 8, 17. Rüböl loco 11½, pr. Mai 11½, pr. Oktober 12½. Leinöl loco 12½. Spiritus fest, loco 24.

Hamburg, 30. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco sehr fest. Roggen auf Termine wesentlich höher. Weizen pr. Januar 5400 pfd. netto 178½ Bantothaler Br., 177½ Bd., pr. Jan. Febr. 177½ Br., 176½ Bd., pr. Frühjahr 178 Br. u. Bd. Roggen pr. Januar 5000 pfd. Brutto 142 Br., 141 Bd., pr. Jan. Febr. 142 Br., 141 Bd., pr. Frühjahr 140 Br., 139 Bd. Hafer fest. Rüböl flau, loco 22½, pr. Mai 23. Kaffee unverändert. Sinf. sehr stille.

London, 30. Januar. Petroleum besser, 15. Leinöl ab Hull loco weichend, 33½.

London, 30. Januar, Nachmittags. Preise für Talg und Leinöl weichend. In Zucker ruhiges Geschäft, eine Ladung guter Panamaguder zu 22 verkauft. Kaffee gefragt zu niedrigen Preisen. Inhaber halten fest. Für Indigo schwimmend 34 Annas vergebens geboten. Reis ruhig.

London, 30. Januar, Abends. Eine Petroleumladung wurde mit 15 bezahlt. Terpentinöl 29½. Sinf. ruhig, Spezialmarkt loco London wurde mit 20½ bezahlt. Talg flau. Jan. 39. Leinöl ab seine Sorte mit 61 bis 62 bezahlt. Olivenöl von Gallipoli 72.

Liverpool (via Haag), 30. Januar, Mittags. (Von Springmann & Comp.) Baumwolle: 20,000 Ballen Umsatz.

New Orleans 8½, Georgia 7½, fair Dhollerah 6½, middling fair Dhollerah 6½, good middling Dhollerah 6, Bengal 5½, good fair Bengal 5, New fair Doria 6½. Für Orleans, Februarverfäufung 8 bez.

Paris, 30. Januar, Nachmittags. Rüböl pr. Januar 91, 50, p. Mai-August 91, 50, pr. Septbr.-Dezbr. 91, 50. Mehl pr. Januar 89, 50, pr. März-April 89, 25. Spiritus pr. Januar 66, 00.

Amsterdam, 30. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest, v. März 314½, pr. Mai 320½, pr. Juni 305, pr. Juli 308, sonst nur Detailgeschäft.

Antwerpen, 30. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. Ruhig. Weizen loco 41 a 42. Roggen loco 31 a 32.

Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Weichend. Raffin., Type weiß, pr. Januar 42½ bz u. Br.

Newport, 29. Januar. (Pr. atlantisches Kabel.) Wöchentlicher Baumwollbericht. (Von Janssen, Schmidt & Rupert.) Middling Upland per Dampfer nach Liverpool „Cost und Fracht“ mit Abzug von 6% 8½ D.

New-Orleans, 29. Jan. (Pr. atlantisches Kabel.) Wöchentlicher Baumwollbericht. (Von Williams, Rupert & Comp.) Middling Orleans per Dampfer nach Liverpool „Cost und Fracht“ mit Abzug von 6% 8½ D., do. per Segelschiff 7½ D.

Bombay, 27. Jan. (Bericht von Volkart Brothers.) Baumwolle ruhig. New Doria 147 R. = 5½ D. „Cost und Fracht“ nach Liverpool. 7 pfd. Grey-Schirtings 5 R., 8½ Grey-Schirtings 6 R. 40er Mule Twist 10½ R., 30er Calvert Twist 10½ R., fest.

Savanna, 29. Januar. (Pr. atlantisches Kabel.) Zucker und Kurs auf London unverändert.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1868.

Datum.	Stunde.	Barometer 195° über der Höhe.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
30. Jan.	Nachm. 2	28° 0" 90	— 0° 4	N	2 heiter. Ci-st. Ci.
30. "	Abnds. 10	28° 0" 90	+ 0° 3	SW	3 bedeckt Ni. "
31. "	Morg. 6	27° 10" 19	+ 0° 8	SW	3 trübe. Ni.

1) Schneemenge: 3/2 Pariser Kubitzoll auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 30. Januar 1868 Vormittags 8 Uhr 9 Fuß 3 Zoll

Neustadt a. d. W., am 29. Januar 1868 8 Fuß 4 Zoll.

Übersicht

der in Posen ankommenden und abgehenden Posten und Eisenbahnzüge

Ankommende Posten.			Abgehende Posten.		
4 U. 30 M. früh Pers.-Post von Trzemeszno.	7 U. — M. früh Botenpost nach Dombrowka.		4 U. 30 M. früh Pers.-Post von Trzemeszno.	7 U. — M. früh Botenpost nach Dombrowka.	
4 — 35 — — — — — Wreschen.	7 — — — — — Pers.-Post — Schwerin a. W.		4 — 35 — — — — — Wreschen.	7 — — — — — Pers.-Post — Schwerin a. W.	
4 — 40 — — — — — Wongrowitz.	7 — 15 — — — — — Unruhstadt.		4 — 40 — — — — — Wongrowitz.	7 — 15 — — — — — Unruhstadt.	
5 — — — — — — — Krotoschin.	7 — 30 — — — — — Pleschen.		5 — — — — — — — Krotoschin.	7 — 30 — — — — — Pleschen.	
5 — 15 — — — — — Obornik.	7 — 40 — — — — — Nakel.		5 — 15 — — — — — Obornik.	7 — 40 — — — — — Nakel.	
5 — 45 — — — — — Ostrowo.	8 — — — — — — — Krotoschia.		5 — 45 — — — — — Ostrowo.	8 — — — — — — — Krotoschia.	
6 — 15 — — — — — Schwerin a. W.	8 — 30 — — — — — Gnesen.		6 — 15 — — — — — Schwerin a. W.	8 — 30 — — — — — Gnesen.	
6 — 45 — — — — — Züllichau.	12 — — — — — Mitt.		6 — 45 — — — — — Züllichau.	12 — — — — — Mitt.	
7 — 15 — — — — — Stralsk. W.	1 — — — — — — — Gnesen.		7 — 15 — — — — — Stralsk. W.	1 — — — — — — — Gnesen.	
7 — 40 — — — — — Obornik.	6 — — — — — Abends		7 — 40 — — — — — Obornik.	6 — — — — — Abends	
7 — 45 — — — — — Gnesen.	7 — — — — — — — Schwerin a. W.		7 — 45 — — — — — Gnesen.	7 — — — — — — — Schwerin a. W.	
7 — 50 — — — — — Dombrowka.	7 — 15 — — — — — Krotoschin.		7 — 50 — — — — — Dombrowka.	7 — 15 — — — — — Krotoschin.	
7 — 55 — — — — — Nakel.	7 — 30 — — — — — Züllichau.		7 — 55 — — — — — Nakel.	7 — 30 — — — — — Züllichau.	
7 — 58 — — — — — Unruhstadt.	8 — — — — — — — Ostrowo.		7 — 58 — — — — — Unruhstadt.	8 — — — — — — — Ostrowo.	
7 — 59 — — — — — Krotoschin.	10 — 40 — — — — — Wongrowitz.		7 — 59 — — — — — Krotoschin.	10 — 40 — — — — — Wongrowitz.	
8 — 15 — — — — — Pleschen.	11 — — — — — Trzemeszno.		8 — 15 — — — — — Pleschen.	11 — — — — — Trzemeszno.	
9 — 35 — — — — — Schwerin a. W.	11 — — — — — Wreschen.		9 — 35 — — — — — Schwerin a. W.	11 — — — — — Wreschen.	

Ankommende Eisenbahnzüge			Abgehende Eisenbahnzüge		
Pers.-Z. von Kreuz.	5:50 Vrm.	6 Vrm.	Nach Breslau.	5:50 Vrm.	6 Vrm.
Gem.-Z. von Kreuz.	9:00 Vrm.	9:00 Vrm.	Breslau.	9:00 Vrm.	9:00 Vrm.
Gem.-Z. von Kreuz.	9:45 Vrm.	9:45 Vrm.	Breslau.	9:45 Vrm.	9:45 Vrm.
Gem.-Z. von Kreuz.	11:15 Vrm.	11:15 Vrm.	Kreuz.	11:15 Vrm.	11:15 Vrm.
Gem.-Z. von Kreuz.	11:15 Vrm.	11:15 Vrm.	Kreuz.	11:15 Vrm.	11:15 Vrm.
Gem.-Z. von Kreuz.	9:15 Vrm.	9:15 Vrm.	Kreuz.	9:15 Vrm.	9:15 Vrm.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 30. Januar 1867.

Preussische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4 95½ bz
Staats-Anl. 1859	5 103½ bz
do. 54, 55, 57	4 95½ bz
do. 56	4 95½ bz
do. 1859, 1864	4 95½ bz
do. 50, 52 conv.	4 89½ bz
do. 1853	4 89½ bz
do. 1862	4 89½ bz
Präm.-St.-Anl. 1855	3 115½ bz
Staats-Schuld.	3 83 bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	3 78½ bz
Kur-niederr. Schuld.	3 78½ bz
Berl. Stadt-Obl.	5 102 bz
do. do.	4 96½ bz
do. do.	3 78½ bz
Berl. Börse-Obl.	5 102 bz
Kur-u. Neum.	3 76½ bz
Märkische	4 85½ bz
Ostpreussische	3 77½ bz
do. do.	4 83½ bz
Pommersche	3 76½ bz
do. neue	4 86½ bz
Posenische	4 — — —
do. do.	4 — — —
do. neue	4 84½ bz
Schlesische	3 83½ bz
do. Litt. A.	4 — — —
Westpreussische	3 76½ bz
do. do.	4 82½ bz
do. neue	4 — — —
do. do.	4 91½ bz
Kur-u. Neumark.	4 90½ bz
Pommersche	4 90½ bz
Posenische	4 88½ bz
Preussische	4 88½ bz
Rhein-Westf.	4 92½ bz
Sächsisch	4 90½ bz
Schlesische	4 90½ bz

Ausländische Fonds.

Defr. Metalliques	5 48 bz
do. National-Anl.	5 55½ bz
do. 250 fl. Präm.-Ob.	4 63½ bz
do. 100 fl. Präm.-Ob.	4 72½ bz
do. 5 pr. Loose (1860)	5 71½ bz
do. Pr.-Sch. v. 1864	4 44½ bz
do. Stb.-Anl. 1864	5 61½ bz
Italienische Anleihe	5 43½ bz
5. Stieglitz Anl.	5 61½ bz
do. do.	5 75½ bz
Englische Anl.	5 85½ etw bz
Russ. Egl. Anl. 3	5 51½ bz
do. v. J. 1862	5 55½ bz
do. 1864	5 88½ bz
do. engl.	5 88½ bz
do. Pr.-Anl. 1864	5 102 bz
Poln. Schatz-D.	4 63½ bz
do. do.	4 63½ bz
Gerl. A. 300 fl.	5 92½ bz
Pfdr. n. i. S.R.	4 57½ bz
Part. D. 500 fl.	4 95½ bz
Amerik. Anleihe	6 76½ etw bz
Neue Bad. 35 fl. Loose	29½ bz
Deffauer Präm.-Anl.	3 96½ bz
Elbinger Präm.-Anl.	3 47½ etw bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine.

Berl. Kassenverein	4 157½ bz
Berl. Handels-Ges.	4 110 bz
Braunschweig. Bank.	4 96½ bz
Bremer do.	4 115½ bz
Coburger Kredit-dn.	4 70 bz
Danzig. Priv.-Bl.	4 108½ bz
Darmstädter Kred.	4 83½ Anf-34½ Post
do. Zettel-Bank	4 96 bz
Deffauer Kredit-B.	4 2½ bz
Deffauer Handelsb.	4 — — —
Dist. Komm. Anth.	4 109 bz
Genfer Kreditbank	4 21½ bz
Gerar. Bank	4 99½ etw bz
Gothaer Privat do.	4 89½ bz
Hannoversche do.	4 77 bz
Höngsb. Privatb.	4 111 bz

Leipziger Kreditb.

Leipziger Kreditb.	4 83½ etw bz
Euremburger Bank	4 78½ bz
Magdeb. Privatb.	4 90 bz
Meininger Kreditb.	4 83½ etw bz
Moldau. Länd. Bl.	4 19½ bz
Norddeutsche do.	4 118½ bz
Defr. Kredit do.	5 72½ etw bz
do. do.	4 30 bz
Pomm. Ritter- do.	4 99½ bz
Pfönerer Bröw. Bank	4 99½ bz
Preuss. Bank-Anth.	4 156½ bz
Schles. Bankverein	4 112 bz
Thüring. Bank	4 64 bz
Bereinsbnt. Hamb.	4 111 etw bz
Weimar. Bank.	4 83 bz
Pr. Hypoth.-Berl.	4 107½ bz
do. do. Certif.	4 100½ bz
do. do. (Genf.)	4 — — —
Genfische Cred. B.	4 — — —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4 83½ bz
do. II. Em.	4 82½ bz
do. III. Em.	4 — — —
Aachen-Masticht	4 70½ bz
do. II. Em.	4 74½ bz
Bergisch-Märkische	4 96½ bz
do. II. Ser. (conv.)	4 91½ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	4 77½ bz
do. Lit. B.	4 77½ bz
do. IV. Ser.	4 93½ bz
do. V. Ser.	4 91½ bz
do. Düsselb. Elberf.	4 83½ bz
do. II. Em.	4 — — —
III. S. (Dm.-Socf.)	4 83 bz
do. II. Ser.	4 91½ bz
Berlin-Anhalt	4 — — —
do. Lit. B.	4 96½ bz
Berlin-Hamburg	4 90½ bz
do. II. Em.	4 — — —
Berl. Potb. Mg. A.	4 86½ bz
do. Lit. B.	4 86½ bz
do. Litt. C.	4 85½ bz
Berlin-Stettin	4 96½ bz
do. II. Em.	4 83½ bz

Berl.-Stet. III. Em.

Berl.-Stet. III. Em.	4 83 bz
do. IV. S. v. St. gar.	4 94½ bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4 91½ bz
Cöln-Grefeld	4 91 bz
Cöln-Minden	4 97½ bz
do. II. Em.	4 102 bz
do. do.	4 84½ bz
do. III. Em.	4 85½ etw bz
do. do.	4 93½ bz
do. IV. Em.	4 83 bz
do. V. Em.	4 83 bz
Cos. Dberb. (Wilt.)	4 — — —
do. III. Em.	4 — — —
do. IV. Em.	4 85½ bz
Magdeb. Halberst.	4 96½ bz
Magdeb. Wittenb.	4 68½ bz
Mosco-Wjassan S. g.	5 86 bz
Niederschles. Märk.	4 88 bz
do. II. a.	4 — — —
do. conv.	4 87½ bz
do. conv. III. Ser.	4 86 bz
do. do.	4 95½ bz
Niedersch. Zweigb.	5 100½ bz
Nordb. Fried. Wilt.	4 — — —
Oberesch. Litt. A.	4 — — —
do. Litt. B.	4 77½ bz
do. Litt. C.	4 85½ bz
do. Litt. D.	4 85½ bz
do. Litt. E.	4 77½ bz
do. Litt. F.	4 93½ bz
Defr. Franzöf. St.	3 259½ bz
Defr. Südl. Staatsb.	3 209½ bz
Pr. Wilt. I. Ser.	5 — — —
do. II. Ser.	5 — — —
do. III. Ser.	5 — — —
Rheinische Pr. Obl.	4 — — —
do. v. Staat garant.	3 77½ bz
do. Prior. Obl.	4 91½ bz
do. do.	1862 4 91½ bz
do. v. Staat garant.	4 95½ bz
Rhein-Nahe St. g.	4 93½ bz
do. II. Em.	4 93½ bz
Ruprort-Grefeld	4 — — —
do. II. Ser.	4 81½ bz
do. III. Ser.	4 — — —
do. II. Em.	4 — — —

Starg.-Pol. II. Em.

Starg.-Pol. II. Em.	4 — — —
do. III. Em.	4 — — —
Thüringer	4 88½ bz
do. II. Ser.	4 97½ bz
do. III. Ser.	4 88½ bz
do. IV. Ser.	4 97½ bz

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Masticht	4 23½ bz
Altona-Kiel	4 123½ bz
Amsterd. Rotterd.	4 100½ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4 135½ bz
Berlin-Anhalt	4 211½ bz
Berlin-Hamburg	4 160 bz
Berl. Potb. Magd.	4 188½ bz
Berlin-Stettin	4 187½ bz
Berlin-Südostl.	4 78½ bz
do. Stamm-Prior.	5 97½ bz
Böhm. Westbahn	5 62½ bz
Bresl.-Schw. Freib.	4 118½ bz
Brieg-Niehe	4 90½ bz
Cöln-Minden	4 135½ bz
Cos. Dberb. (Wilt.)	4 77½ bz
do. Stamm-Pr.	4 85½ bz
do. do.	5 89½ bz
Sal. C. Ludw.	5 85½ bz
Südwestsch.-Verb.	4 150½ bz
Märkisch-Posen	4 66 bz
do. Prior.-St.	5 83 bz
Magdeb. Halberst.	4 169 bz
Magdeb. Leitzig	4 205 bz
Magdeb. Wittenb.	4 — — —
Mosco-Wjassan	4 127½ bz
Mosco-Wjassan	4 75 bz
Mosco-Wjassan	4 89 bz
Mosco-Wjassan	4 89 bz
Niederschles. Märk.	4 88½ bz
Niedersch. Zweigb.	4 76½ bz
Nordb. Fried. Wilt.	4 95½ bz
Oberesch. Lt. A. u. C.	3 184½ bz
do. Lt. B.	5 166½ bz
Defr. Franz. Staat.	5 188½ bz
Defr. St. St. (Rom)	5 94½ bz
Doppel-Larnowitz	5 73½ bz
Rheinische	4 115½ bz
do. Stamm-Pr.	4 — — —
Rhein-Nahebahn	4 30½ bz

Ruprort-Grefeld

Stuttg. Eisenbahnen	6	77½ B
Stargard-Posen	4½	93½ et 13 B (b)
Thüringer	4	130 B, i. 115½ et

Gold, Silber und Papiergeld.